

Bayerischer Landtag
Stenographischer Bericht

8. Sitzung

Mittwoch, den 24. Januar 1951

Geschäftliche Mitteilungen 71, 111, 117

Aussprache zur Erklärung der Staatsregierung

— Fortsetzung —

Dr. Keller (BHE) 72
Bezold (FDP) 78
Haußleiter (DG) 88

(Die Sitzung wird unterbrochen)

Aussprache zur Erklärung der Staatsregierung

— Fortsetzung —

Dr. Hundhammer (CSU) [zur Geschäfts-
ordnung] 99, 100
Haußleiter (DG) [zur Geschäftsordnung] . 99, 100
Dr. Ehard, Ministerpräsident 100

Interpellation der Abg. Dr. Baumgartner, Bantele, Dr. Etzel, Dr. Weiß und Fraktion betr. Wiederaufnahme der tschechoslowakischen Kohlenlieferung an Bayern (Beilage 47)

Dr. Baumgartner (BP) [z. Geschäftsordnung] 105

Besprechung vertagt 105

Interpellation der Abg. Dr. Baumgartner, Dr. Etzel und Fraktion betr. Fortführung des Wohnungsbauprogramms (Beilage 48)

Dr. Etzel (BP), Interpellant 105, 108
Dr. Hoegner, Staatsminister 105, 106
Dr. Zorn, Staatsminister 107
Dr. Baumgartner (BP) [z. Geschäftsordnung] 108

Antrag der Abg. Kaifer und Gen. betr. Bereitstellung von Bundesmitteln zur Wildbachverbauung im Regierungsbezirk Schwaben

Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (Beilage 49)

Baumeister (CSU), Berichterstatter . . . 109

Beschluß 109

Schreiben des Verfassungsgerichtshofs betr. Antrag der Frau Sophie Spatz in Hurlach, Oberbayern, auf Feststellung der Nichtigkeit des Gesetzes über eine Volksbefragung bezüglich der Rückgliederung des Landkreises Friedberg in den Regierungsbezirk Oberbayern (GVBl. S. 50)

Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen (Beilage 50)

Beratung vertagt 109

Interpellation des Abg. Nerlinger und Fraktion betr. Kohlenversorgung der bayerischen Papierfabriken (Beilage 85)

Nerlinger (BP), Interpellant 109
Dr. Seidel, Staatsminister 109, 110
Dr. Baumgartner (BP) [z. Geschäftsordnung] 111

Interpellation der Abg. Dr. Etzel, Dr. Baumgartner u. Fraktion betr. ausgleichende Umsiedlung der Heimatvertriebenen innerhalb des Bundesgebiets (Beilage 78)

Dr. Etzel (BP), Interpellant 111, 112
Dr. Oberländer, Staatssekretär 111, 112
Dr. Keller (BHE) 112, 113

Interpellation der Abg. Dr. Etzel, Dr. Baumgartner u. Fraktion betr. Abwehr des Abbaus der föderalistischen Elemente und Grundlagen des Bonner Grundgesetzes (Beilage 79)

Dr. Etzel (BP), Interpellant 113
Dr. Ehard, Ministerpräsident 113, 114
Dr. Baumgartner (BP) [z. Geschäftsordnung] 116

Bericht über den Empfang der Abordnung einer Frauendemonstration wegen der Kohlennot

Präsident Dr. Stang 116

Nächste Sitzung 117

Präsident Dr. Stang eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 16 Minuten.

Präsident Dr. Stang: Die 8. Sitzung des Bayerischen Landtags ist eröffnet.

Nach Artikel 5 Absatz 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt beziehungsweise beurlaubt die Abgeordneten Beck, Demmelmeier, Piechl, Dr. von Prittwitz und Gaffron, Strobl, Zehner und Zimmerer.

Wir fahren fort in der

Aussprache über die Regierungserklärung.

In der Reihe der Redner erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Keller.

Dr. Keller (BHE): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, im Auftrag der Fraktion des Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten zur Erklärung der Staatsregierung Stellung zu nehmen. Es ist vielleicht nicht unrichtig, hierbei darauf hinzuweisen, daß der BHE nicht eine Partei ausschließlich für die Heimatvertriebenen sein will, sondern daß er die Betreuung und die Obsorge für alle sozial Schwachen, insbesondere natürlich für die sozial Schwächsten, als seine Aufgabe betrachtet. Sie werden daher verstehen, daß naturgemäß die Punkte im Vordergrund unserer Überlegungen zu stehen haben, die sich mit diesen Aufgaben besonders befassen: die Herstellung eines gerechten sozialen Ausgleichs im Sinne einer Verwirklichung ungeteilten Rechts für alle Deutschen, die eine Notwendigkeit unserer Zeit ist. Dies bedeutet keineswegs, daß wir uns an anderen Fragen irgendwie desinteressieren wollen. Wir glauben aber, daß der ungeheure **soziale Notstand**, der eine Folge des Krieges und der nach ihm eingetretenen Entwicklung ist, **das öffentliche Problem Nr. 1** zu sein hat, das vordringlich, mit allen Mitteln und unter Anspannung aller Kräfte gelöst werden muß, und daß viele andere Aufgaben — das ist gestern auch an anderen Stellen in diesem Hohen Haus anerkannt worden — zurückzustehen haben, bis sie in geruhsameren Zeitläuften den dann verdienten und gerechtfertigten Platz finden werden.

Es ist ein Gebot der Vernunft, an alle diese Fragen mit einem nüchternen Blick für die Tatsachen heranzugehen. Wir wissen sehr wohl, wo die Möglichkeiten aufhören und gewisse Grenzen beginnen. Aber wir werden uns auch stets festzustellen erlauben, welche Dinge im Rahmen dieses Möglichen getan werden können und getan werden müssen. Dies möge als Bekenntnis und Mahnung zugleich verstanden werden.

Aber noch eines darf ich sagen: Nur mit einem wahrhaft weiten Blick, der nicht an der Sekunde des Augenblicks oder an den nächsten Stunden haftet, sondern der zurückgeht in die Verpflichtungen der Vergangenheit und der die Zukunft umfaßt, wird man mit Erfolg an die Probleme unserer Zeit herantreten können. Hierbei denke ich an einen besonders bedauerlichen, in der Vergangenheit leider weit verbreiteten Irrtum, der auch heute noch in manchen hartherzigen Gemütern seinen Spuk treibt. Es geht um den Begriff der großen Schicht des Volkes, die heute leider eine ganz besondere soziale Not trägt: die **Heimatvertriebenen**. Es ist nicht wahr mit dem Wort — leider ist es gefallen, und deswegen muß man einmal darüber sprechen können — von den „**lästigen Ausländern**“, die da hereingekommen seien. Ich glaube, es verdient an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit festgestellt zu werden, daß es sich hier um deutsche Brüder und deutsche Schwestern handelt, die im Ablauf ihrer Geschichte in den Gegenden des deutschen Ostens unter schweren Opfern ihre Verbundenheit mit dem gemeinsamen deutschen Volk viel öfter unter Beweis zu stellen hatten, als dies in den Binnenländern Deutschlands der Fall sein mußte.

(Sehr richtig! beim BHE)

Nicht zuletzt verdient es festgehalten zu werden, daß diese deutschen Brüder und Schwestern zum großen Teil Nachfahren gerade der Tüchtigsten und Besten aus diesem Land sind, die vor Jahrhunderten in den damals brachliegenden Osten hinausgingen, um dort mit viel Fleiß und mit dem Mut, der damals dazu gehörte, blühende Dörfer und Städte zu schaffen. Wir hoffen, daß diese Einsicht und die daraus erwachsende Verpflichtung in zunehmendem Maße Gedankengut der Allgemeinheit werden wird, und wir haben vom Herrn Ministerpräsidenten in der Erklärung der Staatsregierung hier viele gute Worte dazu dankbar aufnehmen können und dürfen. Wir erblicken in ihnen viel Verständnis und viel guten Willen und begrüßen daher diese Erklärung mit Dank. Immerhin wird es notwendig sein, manche Einzelheit näher zu streifen und damit kundzutun, wie wir über die Durchführung der einzelnen angeschnittenen Probleme denken. Bei allem Verständnis für die vergangenen Regierungen wird es bei der Behandlung mancher Frage nicht zu vermeiden sein, dabei auf Umstände zurückzugreifen, die noch unter ihrer Amtsführung gespielt haben.

Ein Kardinalpunkt für die Aufrechterhaltung, besser gesagt für die Wiederherstellung eines gesunden Sozialgefüges, das der Regierung offenbar vorschwebt, muß sein, den Vertriebenen die soziale Struktur wiederzugeben, die sie einst in ihrer Heimat hatten. Je länger die ständische und berufliche Gliederung von rund zwei Millionen Menschen außerhalb der Ordnung bleibt, in der sie organisch gewachsen war, um so schwerer wird dereinst diese Ordnung wiederherzustellen sein und um so größere staatspolitische Gefahren werden sich aus einer Verzögerung dieser Maßnahmen zwangsläufig ergeben. Aber noch ehe diese großen Ziele ihre Verwirklichung finden können, wird man diesen Menschen wenigstens eines nicht vorenthalten dürfen: das natürliche Recht, mit ihrer Hände und Köpfe Arbeit das Brot für ihre Familien zu verdienen, die danach verlangen, so gut wie jeder andere auch. Die Statistik weist leider immer noch einen nahezu doppelt so hohen Anteil gerade der Heimatvertriebenen an der Zahl der Erwerbslosen aus, als es ihrem Verhältnis zur Gesamtbevölkerung des Landes entspricht. Es ist untragbar, daß diese Verhältnisse auf die Dauer so weiterlaufen sollen. Man kann auf die Dauer wenigstens denen nicht die Arbeitsplätze vorenthalten, die in Anbetracht ihrer Not das größte Anrecht darauf haben. Auch den zahlreichen, heute noch **arbeitslosen Schwerbeschädigten** und den **Heimkehrern**, die mit Hoffnungen nach Deutschland zurückkehrten, muß endlich die Arbeit gegeben werden, auf die sie ein Vorrecht haben, ebenso den vielen **Fliegergeschädigten**, die draußen auf dem flachen Lande sitzen und die nicht einmal die Statistik erfaßt. Man muß ihnen die Arbeit geben, nach der sie sich sehnen.

Eines darf ich in diesem Zusammenhang feststellen — jede andere Meinung schlägt den Tatsachen ins Gesicht, und Ausnahmen, die es immer gibt, werden hier nur die Regel bestätigen —: Wer immer draußen im Lande sagt, es wären Faulenzer, die nicht arbeiten wollen, dem würde

(Dr. Keller [BHE])

ich raten, nur für kurze Zeit einmal mit ihnen zu tauschen;

(Sehr gut! beim BHE)

er würde sehr bald seine Meinung ändern. Wir können daher das **Arbeitsbeschaffungsprogramm**, das sich die Staatsregierung in so dankenswerter Weise zur Aufgabe macht, nur auf das vollste begrüßen; denn wenn sie unter Einsatz großer Mittel Arbeitsplätze in hinreichender Zahl zu schaffen imstande ist, dann wird der Strom des Geldes, das ja in der Wirtschaft immer rollen muß, nicht mehr zum unfreiwilligen Unterstützungsempfänger hinfließen, sondern aus den Betrieben mit ihren Arbeitsplätzen und aus dem Steueraufkommen heraus in die Kassen des Staates fließen, wo es der Allgemeinheit dienen kann und dienen muß.

Daß der **Lehrstellennot**, vor allem der heimatvertriebenen Jugend, ein besonderes Augenmerk zugewendet werden muß, wenn die Nachwuchsschichtung gesund und organisch sein soll, ist dankenswerterweise auch von der Regierung anerkannt worden.

Eine der nicht nur materiell, sondern zugleich auch seelisch am meisten notleidenden Schichten unserer nun zusammengewachsenen Bevölkerung ist der Stand der **heimatvertriebenen Bauern**. Diesen Bauern hat man mit der Scholle mehr als ein materielles Gut, mehr als einen Besitz weggenommen, man hat ihnen — das darf man sagen und das ist bekannt — den Inhalt ihres Lebens aus dem Herzen gerissen, genau so, wie man jedem alteingesessenen Bauern dieses Landes den Inhalt seines Lebens aus dem Herzen gerissen hätte, wenn man ihn binnen Minuten ohne alles von Haus und Hof verjagt hätte. Es ist zwar richtig, daß man — zum Unterschied von vielen anderen Dingen, wo gewisse Möglichkeiten bestehen — den Boden, etwas einmal Vorhandenes, nicht beliebig vergrößern oder vervielfachen kann. Aber die Möglichkeit, einen großen Teil dieser Menschen hier in einer neuen — in unser aller Interesse hoffentlich nur vorübergehenden — Heimat anzusiedeln, ist immerhin gegeben, und die rechtlichen Grundlagen dazu sind seit langer Zeit geschaffen. Es muß aber gerade an diesem Beispiel festgestellt werden, daß auch das beste Gesetz nichts bedeutet, wenn seine Durchführung der Konsequenz und vielleicht auch des guten Willens ermangelt. Wenn heute feststeht, daß von der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Größe von 32 000 Hektar, die der Großgrundbesitz abzugeben hat, in fünf Jahren erst rund 5000 Hektar versiedelt werden konnten, so ist dies wohl ein Beweis für diese Behauptung. Bei den ehemaligen Wehrmachtsländereien, bei den Ländereien der NSDAP und des ehemaligen Reichsvermögens, bei den Landquellen, die das Bodenreform- und Siedlungsgesetz im Wege von Kann-Bestimmungen zur Verfügung stellen soll, liegen die Dinge noch weit schlimmer. Der Anteil der landwirtschaftlichen Betriebe von Heimatvertriebenen an der Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe Bayerns hat bisher noch nicht ein halbes Prozent erreicht. Das muß für dieses Land, glaube ich, immerhin zu wenig sein. So sind nach der Übersicht in einem Regie-

rungsbezirk an 3600 Rechtsgeschäften, die über landwirtschaftlichen Besitz und über landwirtschaftliche Objekte abgeschlossen wurden, Heimatvertriebene nur mit einer Zahl von nicht ganz 100 beteiligt gewesen. Die Statistik weist aus, daß 8 Prozent der bäuerlichen Betriebe des Landes ohne Betriebsführer sind. Der Anteil an Frauen, die Inhaber von landwirtschaftlichen Objekten sind, ist unverhältnismäßig hoch und groß.

Der Herr Ministerpräsident hat von den Sorgen gesprochen, die das ständige Abströmen vom Land — weit umrissen als **Landflucht** bezeichnet — bereitet. Der Ausweg gäbe es hier mehr als genug. Die heimatvertriebenen Bauern wollen nicht weg von der Scholle; sie sehnen sich nur darnach, wieder eine Scholle, und sei es eine kleinere und kleine, unter den Füßen zu haben.

(Sehr richtig! beim BHE)

Man soll ihnen nur in wirksamerer und schnellerer Form, als es bisher geschehen ist, die Möglichkeit dazu geben. Dies liegt sowohl im Interesse des Landes und seiner Ernährung als auch, auf die Zukunft gesehen, des gesamten deutschen Volkes. Denn wenn es einst mit Mitteln des Friedens eine Rückkehr in den deutschen Osten geben soll, dann wäre es verhängnisvoll, wenn in der Zwischenzeit die Substanz des deutschen Bauerntums aus dem Osten innerlich und äußerlich vernichtet worden wäre. Wir sind davon überzeugt, daß das heimatvertriebene Landvolk auch schon vor der Verwirklichung dieser Ziele, die natürlich eine gewisse Zeit braucht, bereit sein wird, seinen Teil zur Sicherung der Ernährung beizutragen, so wie es einst zu Hause auf eigener Scholle die Ernährung sicherzustellen geholfen hat. Man muß ihm nur die Möglichkeiten dazu geben, bei ausreichenden Landarbeiterlöhnen und entsprechender Unterbringung in Wohnungen menschenwürdig zu leben.

In Not befinden sich heute auch weite Kreise Heimatvertriebener der **Angehörigen des öffentlichen Dienstes**, die von dem Grundsatz der wohl-erworbenen Rechte, der in allen Beamten-gesetzen und -regelungen an erster Stelle gestanden hat, heute wenig verspüren. Es ist bekannt, wieviel gerade für die Beamten und Angestellten zu tun geblieben ist, die das Schicksal des Krieges oder der Nachkriegszeit aus der Heimat oder aus dem Amt oder aus beiden zugleich verdrängt hat. Besonders schlimm liegen die Verhältnisse bei den Angestellten der **Kommunalverwaltungen** und bei den Angehörigen der ehemaligen **ostdeutschen Forstverwaltung**. Wenn in diesem Hohen Hause davon gesprochen wurde, daß wegen der Verzögerung der Regelung für den unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personenkreis eine Übergangslösung erwogen werde, um die größte Not zu überbrücken, dann mußte man, glaube ich, in diesen Personenkreis und in die Übergangsregelung alle die einbeziehen, die im Zuge der Kriegs- oder Nachkriegsentwicklung aus ihren Dienstverhältnissen ausscheiden mußten, und man dürfte nicht nur einen engeren Rahmen umgreifen.

Die Regierung hat mit Recht die Bedeutung der **Kredite für wirtschaftlich Schwache** betont. Ich glaube, es wäre ein Gebot der Gerechtigkeit, die auf

(Dr. Keller [BHE])

diesem Gebiete für Heimatvertriebene geltenden Sonderregelungen auch auf andere Gruppen auszudehnen, die im Kriege geschädigt worden sind. Allerdings sind die zur Zeit nur für Heimatvertriebene geltenden Kredithilfe-Bestimmungen unübersichtlich und zu einer Wissenschaft für sich geworden. Es wäre sinnvoll, sie zu vereinfachen; dies würde sicherlich von mehr Nutzen als Schaden sein. Es wäre eine dankbare Aufgabe der Staatsregierung, für eine Beschleunigung der bisher schleppenden Behandlung der Kreditanträge, die in der Vergangenheit soviel Schaden verursacht hat, und für eine bessere Regelung der Fragen der **Refinanzierung** zu sorgen.

Das Gebiet der **Flüchtlingskredite** bedarf überhaupt einer grundlegenden Reform. Denn bei den zur Zeit auch für sie geforderten hohen Zinssätzen und bei den von den Geldinstituten trotz der Ausfallbürgschaft des Staates immer wieder in hohem Maße verlangten zusätzlichen Absicherungen müssen sich die Betroffenen nicht zu Unrecht fragen, ob für sie überhaupt noch eine Sonderregelung getroffen ist, die ihnen Vergünstigungen gewährt.

(Abg. Kraus: Soll noch mehr kaputtgehen?)

— Es sind bemerkenswert wenig kaputtgegangen. Man müßte einmal die Zahlen vergleichen, wieviele auf der einen und wieviele auf der anderen Seite kaputtgegangen sind.

(Abg. Kraus: Das wissen Sie scheinbar nicht!)

— Lesen Sie bitte die Zahlen des Statistischen Landesamts nach!

(Beifall beim BHE)

Wir teilen die Meinung der Staatsregierung, daß an den **Grundsätzen der Gewerbefreiheit** festzuhalten ist. Die Wiedereinführung eines **Befähigungsnachweises** hat sicherlich vieles für sich, müßte aber doch Gegenstand sorgfältiger Überlegungen sein, die die organische Entwicklung berücksichtigen. Keinesfalls dürfen kommende Maßnahmen dazu führen, daß auf dem Umweg über den Befähigungsnachweis sich wieder der Grundsatz der **Bedürfnisprüfung** einschleichen könnte, eine Frage, die — das ist ein offenes Geheimnis — in der Vergangenheit nicht zu selten etwas einseitig beurteilt worden ist und die den gesunden Wettbewerb hindern würde, der die Entfaltung neuer Existenzen des Mittelstandes fördert.

Das **Grenzlandproblem** verdient unseres Erachtens ganz besondere Beachtung und sollte sich der uneingeschränkten Förderung aller Seiten erfreuen dürfen. Es ist richtig, die Not zuerst dort aufzulockern, wo sie sich auf Grund der wirtschaftlichen, strukturellen und nicht zuletzt verkehrsmäßigen Gegebenheiten in den Grenzgebieten besonders stark zusammengeballt hat und daher am gefährlichsten ist. Wir glauben aber doch, daß sich alle diese Maßnahmen in eine in der Vergangenheit stark vernachlässigte und daher in Zukunft — auch das haben begrüßenswerterweise gestern schon viele Seiten des Hauses anerkannt — um so mehr zu aktivierende **Landesplanung** einfügen müssen, die, sinnvoll auf den wirtschaftlichen Ge-

gebenheiten fußend, die Arbeitskräfte, besonders die zahlreichen ohne Arbeitsmöglichkeiten auf dem flachen Lande sitzenden Heimatvertriebenen, an bestehende oder neu aufzubauende Industrien heranzuführen oder umgekehrt im geeigneten Falle Industrien an Wohnsiedlungsgebiete heranzubringen hätte.

Dies alles sind Dinge, die einmal kommen müssen, wenn sie auch nicht auf einmal kommen können. Bis dahin aber das Niveau der Schichten unseres Volkes nicht unter ein gewisses Minimum, nicht unter das Niveau des Menschenwürdigen sinken zu lassen, muß das Ziel einer gerechten und weit-schauenden **Sozialpolitik** sein, einer Sozialpolitik, der im Augenblick entscheidende Bedeutung zukommt. Wo immer sich keine anderen Möglichkeiten bieten, wird die **Fürsorge der öffentlichen Hand** in ausreichendem Maße einzugreifen haben. Wir begrüßen es daher dankbar, daß die Staatsregierung durch den Herrn Ministerpräsidenten gerade für diesen Bereich in sehr klarer und präziser Form ihre Mithilfe zugesagt hat. Allerdings bedarf es dabei gewisser **Reformen**. Es ist bekannt, daß die zur Zeit gewährten Unterstützungssätze der Fürsorge zum Leben zu wenig und zum Sterben ein wenig zu viel sind. Viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben dies bei den verschiedensten Gelegenheiten zugegeben und anerkannt. Aber leider hat man nicht die Konsequenzen aus dieser Einsicht gezogen. Man möge nicht vergessen, daß dem Gedanken der öffentlichen Fürsorge, der gerade bei uns in Deutschland in einem bemerkenswerten Maße entwickelt worden ist, nicht nur der Gesichtspunkt einer karitativen Gesinnung inne-wohnt, sondern auch die Erkenntnis, daß es dann, wenn das Niveau des einzelnen Staatsbürgers ohne sein Verschulden unter eine gewisse Grenze abzugleiten droht, eine Pflicht der Gesamtheit ist, einzuspringen, um zu verhindern, daß sich die Gesellschaft in falscher Sparsamkeit ihre eigenen Grundlagen untergräbt und eine Entwicklung fördert, die sie zu sprengen droht. Es geht nicht an, in diesen Dingen, in denen es doch wirklich um das primitivste Menschenrecht geht, zuerst zu fragen: Was kostet das? Die Frage müßte lauten: Was ist nach den Grundsätzen des geschriebenen und des natürlichen Rechts, das über uns allen schwebt, notwendig und zu tun? Es geht nicht an, daß die Bezirksfürsorgeverbände immer wieder darauf hinweisen, die Nachbarkreise handelten ähnlich, es würde, wie man zu sagen wagt, ein schlechtes Beispiel geben und die Entwicklung käme ins Rutschen. Wir glauben, es geht nicht an, die Behandlung dieser Frage dahin abzuschieben, daß man einfach sagt, diese Menschen sollen sich anderswo versorgen, sie sollen sich anderswo etwas dazu verdienen. Wenn sie das tun — sie müssen es, um leben zu können —, dann kommen andere Behörden und verfolgen sie wegen Schwarzarbeit, man entzieht diesen Menschen die öffentliche Unterstützung und bestraft sie für ihre Existenzbehauptung, für Ratschläge, die ihnen andere Behörden in dem törichtesten Glauben erteilt haben, den Problemen ausweichen zu können. Natürlich wissen wir, daß diese Probleme weitgehend der Selbstverwaltung unterliegen. Aber wir glauben doch, daß es dem heilsamen Einfluß der

(Dr. Keller [BHE])

Staatsregierung, wenn sie immer wieder auf eine Lösung dieser Fragen dringt, gelingen kann, besonders unter sinnvoller Regelung der Übernahme der Kriegsfolgenfürsorge, Entscheidendes zu erreichen.

Besonders bestimmend aber sollte dabei der **Grundsatz der Individualität** werden, den der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung ebenfalls betont hat. Es ist richtig: Fürsorge, im weitesten Sinne begriffen, kann nur dann Fürsorge sein, wenn sie auf die Individualität des einzelnen Falles abstellt. Es wäre wertvoll, die Verwaltungen darauf besonders hinzuweisen, die sich unter diesem Gesichtspunkt in der Vergangenheit manchmal keine besonderen Ruhmesblätter erworben haben.

Einschneidend ist die Not heute natürlich — das ist bekannt — auf dem Gebiet des **Wohnungswesens**. Ich glaube, daß die Alternative dabei nur lauten kann: entweder gerechte Verteilung des vorhandenen Wohnraums oder Auflockerung des sonst notwendigerweise gedrängten Zusammenlebens durch eine umfassende Neubautätigkeit. Die **Zahl der Elendsquartiere** ist noch so erschreckend groß und hat trotz Neubautätigkeit und trotz Wegzugs nach anderen Zonen und Aufnahmelandern nicht in dem Verhältnis abgenommen, in dem sie hätte abnehmen müssen. Es ist bekannt, daß die Wohnraumverhältnisse mit Recht der Gegenstand öffentlicher Kritik weiter Schichten des ganzen Volkes sind; denn es herrschen da Zustände, die der heutigen Notlage geradezu Hohn sprechen. Leider hat die bisherige Praxis der Wohnraumbewirtschaftung in vielen Fällen dazu geführt, daß man die Kleinen genommen und die Großen gelassen hat,

(Zuruf vom BHE: So ist es!)

daß man auch vielen kleinen Bauern den Wohnraum in einem Maße belegt hat, das nicht zu vertreten war, auf der anderen Seite aber aus unverständlicher Rücksicht auf gesellschaftliche Begriffe Kontraste zugelassen hat, die in unserer heutigen Zeit nicht zu rechtfertigen sind. Viele Menschen wohnen heute noch so, als ob es keinen Krieg gegeben hätte, während andere in Verhältnissen — und das ist kein demagogisches Wort sondern reine, nackte Tatsache — schlimmer als in Zuchthäusern wohnen und zugrunde gehen müssen.

(Lebhafter Beifall beim BHE)

Die **Wohnraumbewirtschaftung** befindet sich im Augenblick in der Gefahr einer verhängnisvollen Verflachung. Wenn die Entwicklung so weitergeht, wird die Wohnraumnot nicht behoben, sondern verschlimmert werden. Aber das darf nicht sein! Es mehren sich die Fälle, daß in nicht vertretbarem Ausmaß unterbelegte und freiwerdende Wohnungen aus der Wohnraumbewirtschaftung praktisch herausgenommen werden, ihr also nicht mehr unterliegen. Die Staatsregierung wird einer klugen und strengen Hand zugleich bedürfen, auf diesem wichtigen sozialen Sektor unseres ganzen Lebens dafür zu sorgen, daß die Praxis im Einklang mit den Erfordernissen bleibt. Die Wohnungsbehörden brauchen dazu nicht allein den

guten Willen, den sie zweifellos oft haben, sie bedürfen auch eines gewissen, unerläßlichen Personalstandes. Leider wird dieser von den Kommunen oft so gering gehalten, daß eine zielbewußte Wohnungspolitik im Wege der Auflockerung und Verbesserung der Verhältnisse unmöglich ist und man nicht einmal der laufenden Fluktuation auf dem Wohnungsmarkt folgen kann.

Ein endgültiger und für alle Beteiligten tragbarer Ausweg wird ausschließlich in der Förderung und der vordringlichen Durchführung des **sozialen Wohnungsbaus** gefunden werden können. Allerdings eröffnet sich ein wahrhafter Ausweg nur dann, wenn die Wohnungsuchenden in den neugeschaffenen Wohnungen ohne Rücksicht auf ihre soziale Stellung ein Unterkommen finden können, gleichgültig, ob sie kleine Angestellte, Arbeiter, Rentenempfänger oder auch zur Zeit Arbeitslose sind; denn der soziale Wohnungsbau hätte keinen Sinn und dürfte nicht „sozial“ heißen, wenn er nur gewissen Schichten zugute kommen sollte. Man wird, glaube ich, die Möglichkeiten suchen und finden müssen, indem man entweder durch eine rationellere Bauweise — auch das ist schon von der Regierung in einem Referat vor dem Vertriebenenausschuß angedeutet worden — die Mietpreise senkt oder — es wird kein anderer Ausweg bleiben — im Einzelfall die Gewährung von Mietbeihilfen für sozial Schwache einer ernsthaften Prüfung unterzieht.

(Sehr richtig! links)

Auch in unserer von materiellen Nöten so bestimmten Zeit dürfen die **Fragen der Kultur** nicht in den Hintergrund treten. Das Hereinströmen von Millionen neuer Menschen, aber deutscher Menschen, hat eine Vermengung der verschiedensten Kulturkreise gebracht und damit Probleme aufgeworfen, die bei geschickter Lösung zu einer gegenseitigen Befruchtung führen können. Die Kulturpolitik ist ein wichtiges und grundsätzliches Gebiet. Sie muß, glaube ich, auch im Rahmen dieser Debatte Gegenstand besonderer Erwägungen und Überlegungen sein. Nur eines darf ich sagen: Wir glauben, daß das **Schul- und Bildungswesen** im Einklang mit den Bestimmungen und dem Geist der Verfassung allen Bürgern dieses Staates, ob arm oder reich, uneingeschränkt und gleichermaßen zur Verfügung stehen muß. Und ein weiteres: Wir glauben, daß sich das **Berufsschulwesen** im Interesse der Entwicklung unseres gewerblichen Nachwuchses einer uneingeschränkten, großzügigen Förderung erfreuen sollte.

Entscheidend dafür, was aus all diesen Plänen und Planungen in der Praxis wird, ist ihr **Vollzug**. Hierauf wird auch bei der kommenden **Neuordnung der Selbstverwaltung** füglich Bedacht zu nehmen sein. Die Ausdehnung der Selbstverwaltung nach unten, im Sinne einer Demokratisierung unseres öffentlichen Lebens, können und müssen wir, glaube ich, alle in dieser neu anbrechenden Demokratie begrüßen und willkommen heißen. Aber wir dürfen nicht darauf vergessen, daß die Kriegsfolgen mit ihren sozialen Belastungen Probleme herausgestellt haben, deren Lösung nur den Stellen

(Dr. Keller [BHE])

gelingen kann, die einen Überblick über die Verhältnisse und die zu ihrer Lösung zu beschreitenden Wege besitzen. Das können in vielen Fällen die unteren und untersten Verwaltungsbehörden, also die Gemeinden, nicht sein. Es ist daher nur richtig, wenn die Staatsregierung den Einfluß des Staates in den Angelegenheiten sich vorbehalten will, die sich für Selbstverwaltung nicht eignen. Ich glaube, daß dieser Standpunkt volle Würdigung verdient.

Viel spricht man von einer **Vereinfachung der Verwaltung**. Wir glauben auch, daß sie im Zuge der nicht zu umgehenden Sparmaßnahmen nötig ist. Aber eine Vereinfachung der Verwaltung im wohlverstandenen Sinne darf doch wohl unter keinen Umständen zu einer Verschlechterung der Verwaltung führen, die in unseren Zeiten so große Aufgaben vor sich hat. Auf lange Sicht spart nicht, wer am falschen Platze spart.

Es ist natürlich und wird verstanden werden, daß der Zweig der Staatsverwaltung, der zur Zeit unter dem Namen „**Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen**“ bekannt ist, uns ganz besonders am Herzen liegt. Ist er doch für die Betreuung eines so großen Kreises von notleidenden Menschen bestimmt. Ich darf zugleich anfügen, daß eine Erweiterung des Aufgabenkreises dieser Verwaltung auf Fliegergeschädigte und Evakuierte sehr sinnvoll wäre und einem Gebot der Gerechtigkeit entspräche. Erfreulicherweise zeigen bereits einige von den verschiedensten Seiten dieses Hauses eingebrachten Anträge und Stellungnahmen, daß sich eine solche Lösung des Problems eines steigenden Verständnisses zu erfreuen beginnt. Die Staatsregierung vollbrächte ein segensreiches Werk, wenn sie die staatliche Betreuung auf diesen Personenkreis ausdehnen würde, der oft trotz härtester Not keiner staatlichen Betreuung unterliegt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die Frage einer gesonderten Verwaltung für alle diese Fragen im Zug der Koalitionsverhandlungen, die zur Bildung dieser Regierung geführt haben, eine große Rolle spielte, und es ist auch ein offenes Geheimnis, daß damals der BHE auf eine gesonderte Verwaltung mit weitgehenden selbständigen Befugnissen, sogar mit einem Ministerium an der Spitze, nur schweren Herzens zugunsten der Schaffung einer allgemeinen, breiten Verständigung in der Verantwortung verzichtet hat. Wenn die Frage heute erneut von anderer Seite angeschnitten wird, so könnte man dem Bedenken, es würde ein Mammutministerium geschaffen werden — sei dem wie dem sei —, vielleicht entgegen, daß große Aufgaben zu ihrer Lösung noch immer entsprechende Einrichtungen verlangt haben. Jedenfalls, wie immer es kommen möge: Nur eine weitgehende Koordinierung, deren Wichtigkeit auf einem anderen Gebiet auch der Herr Ministerpräsident als segensreich anerkannt hat und die auch bei der Behandlung dieser Frage als der Schlüssel zu ihrer Lösung bezeichnet worden ist, wird eine fühlbare Erleichterung schaffen; sie allein könnte zu einer sinnvollen Arbeit führen.

Vor allem aber soll eine Meinung nicht verhehlt werden: Die Aufgaben, die — nennen wir es so — dem Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen gestellt sind, sind so schwere, umfassende und, auf die Dauer gesehen, staatspolitisch bedeutsame, daß man von allen dort Tätigen das Bewußtsein verlangen muß, im Dienst einer Mission zu stehen, der sie zu dienen haben.

(Sehr richtig! beim BHE)

Auf der anderen Seite zeigt eine lange und traurige Kette von Verfehlungen der Menschen, die in dieser Verwaltung tätig waren — nicht aller natürlich, aber sehr vieler —, wie in der Vergangenheit dort oft das Gegenteil praktiziert worden ist. Die Zeitungsspalten und die Prozeßakten über die bisher bekannt gewordenen Fälle sind Beweise genug für diese Behauptung. Daher wird man gerade in diesem Zweig der Verwaltung besonderen Wert darauf legen müssen, daß der Mensch das Maß aller Dinge ist.

Als eine der vordringlichen Aufgaben auf dem Sektor der Flüchtlingsverwaltung ist in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit des öfteren die **Auflösung der Massenlager** bezeichnet worden. Es ist in der Tat selbstverständlich, daß alles getan werden muß, um diese gefährlichen Zusammenballungen von Menschen, die langsam aber sicher der Vermassung anheimfallen müssen, wenn die Dinge ewig so weiterlaufen, auszumerzen und eine entsprechende Regelung zu finden. Aber in einem darf ich den Herrn Staatssekretär für das Flüchtlingswesen — wie ich annehmen muß, mit seiner Zustimmung — noch erläuternd ergänzen: Lagerauflösung — ja! Aber nur in Formen, die garantieren, daß die Auflösung der Lager tatsächlich zu einer Verbesserung der Verhältnisse der Betroffenen führt,

(Beifall bei SPD und BHE)

so daß es nicht infolge Fehlens geeigneter Unterkünfte und der sonst erforderlichen Mittel de facto zu einer Verschlechterung der Lebensverhältnisse kommt. Ich glaube auch, daß die angekündigte Maßnahme nur in diesem Sinne verstanden werden konnte. Wenn hier so viel über das große und sehr vordringliche Problem der Heimatvertriebenen gesprochen wurde, so ist es ein Gebot der Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß das in die Südostecke des Bundesgebiets gelagerte Land **Bayern** in der Vergangenheit laufend einem **überdurchschnittlichen Zustrom** von Menschen ausgesetzt war und es heute noch ist, der im Vergleich zu den anderen deutschen Ländern, die diesen Krieg ebenfalls verloren haben, nicht gerechtfertigt ist.

(Sehr gut! bei der CSU)

Wir sind daher mit der bayerischen Staatsregierung und zahllosen Heimatvertriebenen selbst darin eins, daß ein Abfluß in die wirtschaftlich stärkeren Aufnahmeländer einzuleiten und zu beschleunigen ist, unter der Voraussetzung natürlich, daß Abfluß und Umsiedlung auf freiwilliger Grundlage erfolgen und diese Maßnahme nicht, wie es leider anfänglich geschehen ist und was die Betroffenen mit größter Skepsis erfüllt hat, eine Ver-

(Dr. Keller [BHE])

schlechterung der Verhältnisse in den neuen Ländern bewirkt,

(Zuruf vom BHE: Noch in letzter Zeit!)

sondern eine Verbesserung und einen Aufstieg. In diesem Beispiel kommt jedoch besonders sinnfällig zum Ausdruck, daß der Föderalismus mit all seinen guten Seiten in dieser Hinsicht doch gewisse Grenzen finden sollte. Ein **innerdeutscher Flüchtlingsausgleich** wird unseres Erachtens nur dann zu erreichen sein, wenn der Bund — in diesem Falle sicherlich zurecht, das werden auch Sie, meine Herren, bestätigen — die unverständlicherweise widerstrebenden Länder durch bindende Weisungen dazu anhält, sich an den Lasten der Schicksalsgemeinschaft der deutschen Länder zu beteiligen.

(Sehr richtig!)

Alle kommende Arbeit kann und wird von Erfolg getragen sein, wenn sie vom guten Willen aller Seiten beseelt ist. Diese Dinge wurden gestern schon in diesem Hohen Hause sehr oft ausgesprochen, und wir würden es nur begrüßen, wenn sie sich in den kommenden Jahren verwirklichen ließen. Nichts würde ich mehr begrüßen, als wenn in diesem Hohen Hause immer und bei jeder Gelegenheit die Dinge einfach so beim Namen genannt würden, wie sie nun einmal sind. Nur wenn man immer sagt, was man meint, kommen wir einer Lösung der Fragen näher.

(Sehr richtig!)

Auch bei der Bereitstellung von Mitteln für zwingende Erfordernisse wird sich dieser gute Wille zu bewähren haben. Wir haben daher dankbar die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten begrüßt, daß notfalls auch an eine Erhöhung der Einnahmen gedacht werden wird. Vor allem aber hoffen wir, daß der wirksame **Vollzug der Steuergesetze** endlich zu den Erfolgen führt, die der Steuergesetzgebung vorschweben.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Es wäre auf die Dauer untragbar gewesen, daß die Masse des arbeitenden Volkes, die Lohnempfänger, pünktlich und auf den letzten Pfennig die Steuern entrichten, von denen der Staat leben soll, während in den höheren Einkommensschichten, die aus Gründen der Moral und Vernunft eine angemessene Besteuerung ertragen können, diese Maßstäbe nicht zur gleichen Auswirkung kommen.

Der gute Wille Bayerns wird sich auch über die Grenzen unseres Landes hinaus bis hinein in den Bundesrat auszuwirken haben, wo so wichtige Probleme zur Beratung stehen. Dort wird der **Lastenausgleich** zum Prüfstein der staatsmännischen Klugheit werden, an dem sich entscheidet, ob unser von sozialen Spannungen zerrissenes Land wieder ein gesundes soziales Fundament erhält, das allein erlaubt, die ständig steigenden, schweren inneren Spannungen und damit verbundenen Drohungen auszugleichen. Möge das kleine, fleißige Volk der Finnen als leuchtendes Beispiel dienen! Dieses Land, das sich — im Verhältnis gesehen — den gleichen schwierigsten Nachkriegsverhältnissen gegenüber sah wie wir, hat in einem Lastenausgleich

seine Verhältnisse bereits geordnet und hinter sich gebracht, und es ist daran nicht zugrunde gegangen,

(Sehr richtig! beim BHE)

sondern ist heute bereits in einem wirtschaftlichen Wiederaufschwung begriffen, der dem Lande gerade angesichts seiner geographischen Lage, die ein wenig mit der unseren verwandt ist, von großem Nutzen sein kann.

Man sollte bedenken, daß der christliche Geist, vor dem sich — das dürfen wir doch wohl sagen — das Abendland in seiner Gesamtheit beugt, abseits von jeder dogmatischen Spaltung und Differenzierung, nicht nur ein Denkmal der Liebe, sondern auch ein Denkmal der Konsequenz der Liebe verkörpert. Daher ist der Lastenausgleich gleichermaßen ein Gebot der Vernunft, der Moral und nicht zuletzt, sondern zuvörderst, des Christentums. Wenn der Herr Ministerpräsident seine Worte dahin formulierte, der Lastenausgleich müsse so gestaltet werden, daß er zu gleichen Teilen den Interessen der Gebenden und der Nehmenden gerecht werde, dann dürfen wir mit einer ernsten und nicht mißzuverstehenden Mahnung sagen: Er kann nur dann den Interessen auch der Gebenden gerecht werden, wenn er den von ihnen Nehmenden gibt, wessen sie eben bedürfen. Eine andere Lösung gibt es nicht. Nach vielen Enttäuschungen hoffen wir doch, daß die neue Regierung mit Weitsicht und sozialem Gefühl an die Lösung dieser Fragen herantreten wird. Die warm empfundenen Worte des Herrn Ministerpräsidenten, die von tiefem Verständnis, ehrlicher Hingabe, Toleranz und sozialem Ausgleich sprachen, berechtigten uns, zumindest bisher, zu dieser Erwartung. Möge es einer bedachten Staatsführung gelingen, den sozialen Ausgleich, den Schlüssel zur Zukunft, zu verwirklichen! Denn ein sozialer Ausgleich allein vermag den inneren Frieden zu sichern, der so oft auch die Grundlage des äußeren Friedens und mit ihm unlösbar verknüpft gewesen ist, eines Friedens, den die Menschheit nie aufgehört hat zu ersehnen, den aber immer wieder menschliche Unvernunft und Engstirnigkeit zerstört haben. Die sittliche Kraft und Geduld, mit der gerade die Heimatvertriebenen ihren Sturz in das Elend getragen haben, und ihre Standhaftigkeit, die sie immer wieder von einer ihrer Verbitterung nur zu naheliegenden Radikalisierung zurückgehalten hat, sind beispiellos; das wird die Geschichte einst bestätigen.

(Lebhafter Beifall beim BHE)

Man darf die Geduld dieser Menschen nicht länger auf die Probe stellen. Man wird ihnen in einer opfervollen Anstrengung nationaler Solidarität die Plätze in unserem wieder zu sich zurückfindenden deutschen Volk geben müssen, auf die sie wahrhaftig einen Anspruch haben und die sie verdienen.

Wenn dann einst geruhigere Zeiten auf die Wirrsale zurückblicken werden, in denen sich unsere Tage bewegt haben, dann wird unsere Geschichte wieder einmal die Worte finden, die sie in der Vergangenheit schon so oft bestätigen mußte: daß Deutschlands ärmste Söhne zugleich seine getreuesten gewesen sind.

(Lebhafter Beifall beim BHE)

Präsident Dr. Stang: In der Reihe der Redner folgt der Herr Abgeordnete Bezold.

Bezold (FDP): Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Die **Regierungserklärung**, über die es heute zu sprechen gilt oder zumindest zu sprechen gälte, wurde abgegeben von einem Manne, der zum zweiten Mal an der verantwortlichen Stelle unseres Staates steht, der die Lasten und die Crux der Verwaltungsarbeit kennt und vielleicht durch diese Verwaltungsarbeit und ihre Schwierigkeiten zu einer Resignation gekommen ist, die sich nach meinem Eindruck in der Regierungserklärung insofern ausgedrückt hat, als diese keine politische Erklärung geworden ist, sondern die Zusammenfassung eines unendlich fleißig zusammengetragenen Verwaltungsmaterials, einer Mehrzahl von Haushaltsreden der einzelnen Ressorts. Daß wir durch diesen Umstand von vornherein in eine **Sphäre der Verwaltung** gerückt wurden, ist um so erklärlicher, wenn wir uns überlegen, wie oft im vorigen Landtag, in der Presse und in Reden darauf aufmerksam gemacht wurde, daß der Hauptteil der Arbeit unserer staatlichen Stellen — die nicht geschaffen seien, zu verwalten, sondern zu regieren — heute noch in einer Verwaltungstätigkeit bestehe, daß sich Ministerien mit Aufgaben beschäftigen, die für sie zu klein sind, kurzum, daß viele der Gedanken, die an die Arbeit des Regierens gewendet werden müßten, tatsächlich an die kleinere Arbeit des Verwaltens gewendet werden.

(Abg. Dr. Haas: Sehr richtig!)

Das ist vielleicht nicht erstaunlich bei einem Volk, das das Unglück hatte, zwölf Jahre lang unter der Diktatur, also einer Staatsform leben zu müssen, in der der einzelne politisch Tätige keine andere Möglichkeit hatte, als seine politische Kraft und seinen politischen Willen der Verwaltungsarbeit zu widmen. Denn die Diktatur hat das zu eigen, daß dort nur einer oder nur sehr wenige führen und alle übrigen, die irgendwie politisch tätig sind, sich nur Verwaltungsaufgaben widmen können. Das ist nicht erstaunlich, sage ich, aber umso bedauerlicher, gesehen von dem Grundsatz aus, daß wir nur dann zu einer funktionierenden Demokratie kommen können, wenn es gelingt, mit politischem Elan alle Gespräche zu durchdringen, die nun einmal die Staatskunst, die Regierungskunst zum Gegenstand haben und haben sollen.

Meine Damen und Herren! Es ist außerordentlich schwer, auf eine so geartete Regierungserklärung eine politische Antwort zu geben;

(Sehr gut! bei der Bayernpartei)

denn ich kann es Ihnen nicht zumuten, daß ich mich etwa hierher stelle und Haushaltsreden zu den einzelnen Ressorts halte. Wir hätten gedacht, der Sinn einer politischen Erklärung wäre, sich mit den brennenden politischen Fragen der Gegenwart auseinanderzusetzen.

(Sehr richtig!)

Nach unserer Meinung hätte uns die Regierung von der politischen Schau aus in großen Zügen

sagen müssen, wie sie sich ihre zukünftige Arbeit denkt. Wenn sie uns auch Hunderte sehr schöner Mosaiksteine vorgelegt hat, so wäre es doch wohl besser gewesen, sie hätte es nicht uns überlassen, diese Mosaiksteine zu einem Bild zusammenzufügen, wie es sich der einzelne denkt. Wenn Sie die bis jetzt gehaltenen Reden daraufhin untersuchen, dann werden Sie mir recht geben, daß so verfahren wurde. Es wäre besser und sicher auch die Aufgabe einer Regierungserklärung gewesen, in großen Umrissen aufzuzeichnen, wie sich die Regierung ihre künftige Politik denkt.

Es bedarf wohl keiner Ausführungen, daß die erste und brennendste politische Frage der Gegenwart die der **Koalitionsbildung** selbst ist. Die Regierungserklärung hat sich auf den Satz beschränkt, nach der gegebenen Sachlage und nach der Haltung der in Frage kommenden Parteien stelle die zustandegekommene Koalition die einzige Möglichkeit dar, eine wirklich tragfähige Regierungsmehrheit im Landtag herauszustellen. Dieser Satz kann nicht unwidersprochen bleiben.

(Beifall bei FDP und BP. — Widerspruch bei den Regierungsparteien)

Daß das Resultat der **Landtagswahl** vom November 1950 zu einem **Kompromiß**, zu einer **Koalition** gezwungen hat, das brauchte nicht erst bestätigt zu werden, das konnte jeder Staatsbürger an den Zahlen ablesen. Aber ich glaube, es hat sich immerhin nach den Erörterungen in Presse und Rundfunk im Lande herumgesprochen, daß die Koalitionsverhandlungen außerordentlich langwierig und schwierig waren, daß ein großes Hin und Her der Meinungen stattfand und daß es durchaus auch eine andere Lösung hätte geben können.

(Sehr richtig! bei der FDP)

Ich will nicht darüber richten, ob diese andere Lösung die richtige gewesen wäre.

(Zuruf: Aha!)

Ich will nicht einmal so weit gehen, dem Regierungschef vorzuwerfen, daß er die jetzige Lösung gewählt hat. Aber man hätte, glaube ich, verlangen können, daß er in der Regierungserklärung über die Koalitionsverhandlungen mehr gesagt hätte als jenen einen, außerordentlich dürrtigen Satz. Dies um so mehr, als die Koalition, die sich gebildet hat, aus zwei politischen Elementen zusammengesetzt ist, von denen man wohl nicht wird leugnen können, daß sie, den gegensätzlichen politischen Auffassungen gemäß, auseinanderstreben. Selbst die Tatsache, daß uns der Sprecher der SPD gestern in seiner Rede versichert hat, die Sozialdemokratie in Bayern sei ein außerordentlich altes und ehrwürdiges, ein mit einem Bart versehenes Gebilde, kann uns höchstens zu der Frage veranlassen, ob es die Sozialdemokratie mit aller Ehrlichkeit bejahen kann, daß dieser mit dem Bart versehene Greis aus seinem Dogmenschlaf bereits zu einer politischen Wirksamkeit erwacht ist.

(Abg. Dr. Franke: Das sollten Sie begriffen haben!)

(Bezold [FDP])

Ich sage: Man hätte von einer politischen Regierungserklärung mit Fug und Recht Auskunft über diese Dinge und eine Rechtfertigung erwarten dürfen, warum der Regierungschef diesen Weg gewählt und eingeschlagen hat. Mag sein, daß gewisse Vorkommnisse in Bonn schließlich den Ausschlag gegeben und einen Brückenschlag unmöglich gemacht haben, den sich ein immerhin großer Teil des bayerischen Volkes für die kommende Regierungsarbeit erhofft hat. Mag sein, daß der **Mythos der größeren Zahl** unseren sehr verehrten Herrn Regierungschef zu der Bildung einer Koalition veranlaßt hat, wie wir sie heute vor uns sehen.

(Abg. Dr. Franke: Was heißt Mythos? — Zahlen sind Tatsachen. — Zuruf: Materialist! — Heiterkeit)

Meine Damen und Herren! Sie werden es mir nicht übel nehmen, wenn ich als Vertreter der Freien Demokratischen Partei von dieser Stelle aus eine Frage beantworte, die immer wieder an unsere Partei gerichtet wird: Warum seid Ihr nicht mit in die Koalition hineingegangen? Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, den gestern schon Herr Dr. Etzel sich zu eigen gemacht hat, daß es natürlich das gute Recht und unter Umständen die Pflicht einer Partei ist, in eine Koalition einzutreten. Wenn wir nicht in diese Koalition eingetreten sind, so deshalb nicht, weil wir nach den letzten Beratungen und dem Resultat, das sich abzeichnete, nicht annehmen konnten, in dieser Koalition unseren politischen Auffassungen mit dem nötigen Gewicht zum Wort und zum Sieg verhelfen zu können. Wir haben es — ich sage das ganz offen —, auch deshalb nicht getan, weil wir keine Lust dazu haben, als eine Art Scheidemauer zwischen den beiden Gegensätzen zu stehen — dem Seienden auf der einen und den Fordernden, wozu Sie zweifellos die Partei des BHE rechnen müssen, auf der anderen Seite — und uns allmählich zerreiben zu lassen, ohne politisch wirksam werden zu können.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

Wenn wir das Ergebnis der Koalitionsverhandlungen betrachten, dann können wir nicht umhin, in die Vergangenheit zurückzublicken und festzustellen, daß diese **unorganische Koalition** im Grunde das Resultat von Kompromissen ist, wie sie sich bereits in der Verfassungsgebenden Landesversammlung gezeigt haben.

(Abg. Dr. Keller: Ohne Kompromisse geht es im Leben nicht.)

Man kann sehr wohl über die Frage streiten — und man hätte gerne zur Klärung dieser Frage etwas in der Regierungserklärung gehört —, ob es besser gewesen wäre, eine Koalition und eine Regierung zu bilden, die sich eindeutig nach politischen Begriffen orientiert hätte und geeignet gewesen wäre, diesen Begriffen in ihrer künftigen Arbeit auch Rechnung zu tragen. Dann wäre auf der einen Seite der Block und die Vereinigung derjenigen gestanden, die sozialistischen Lehren nun einmal

nicht folgen wollen, weil sie nicht des Glaubens sind, daß der Sozialismus das Allheilmittel der kommenden Zeit sein wird, während auf der anderen Seite die Sozialisten gewesen wären. Man kann sich aber nicht — wie es die Regierungserklärung tut — allein mit dem Hinweis rechtfertigen, daß in schlechten Zeiten Kompromisse geschlossen werden müssen, selbst wenn sie das Unvereinbare umfassen. Denn, Herr Ministerpräsident, schlechte Zeiten haben wir seit jenen trüben Tagen des Jahres 1914, als Deutschland in den ersten Krieg gestürzt wurde. Man könnte jede Art politischer Koalition und Betätigung seitdem mit dem Hinweis auf die schlechten Zeiten verteidigen. Man muß schon, um die Koalitionsbildung zu verstehen, auf jene Zeit der Verfassungsgebenden Landesversammlung zurückgreifen, in der die Sozialdemokratie einen Teil ihres staatspolitischen und kulturpolitischen Willens und ihrer Ideale darangegeben hat — es gibt dafür schon kein anderes Wort —, um sich dafür von der Christlich-Sozialen Union bestimmte sozialistische Elemente in der Wirtschaftspolitik zusichern zu lassen, die diese nach unserer Auffassung besser nicht gegeben hätte. Daß aus diesem gegenseitigen Handel ein Gebilde, die bayerische Verfassung nämlich, wurde, zu dem nein zu sagen wir unseren Wählern geraten haben, liegt zwar im Schoße der Vergangenheit, ist aber die Grundlage, auf die sich auch diese Koalition aufbaut.

Es erscheint mir nun doch sehr fraglich, ob man auf politischen Fehlern und Sünden der Vergangenheit wirklich eine tatkräftige Regierung aufbauen kann; es erscheint mir um so fraglicher, wenn man ab und zu, wie in den letzten vier Jahren, mehr oder weniger freundlich oder spöttisch an diese Fehler der Vergangenheit erinnert wird.

Wenn man diese Dinge berücksichtigt, dann kann man allerdings den Satz der Regierungserklärung als richtig bezeichnen, der da sagt: Wir wissen nicht, was kommt.

(Heiterkeit und lebhafte Zustimmung bei der FDP und BP. — Abg. Dr. Keller: Die Dinge sind zu ernst. — Abg. Stock: Hoffentlich wissen die Demokraten, was kommt; das haben sie von 1920 an nicht gewußt.)

— Wir haben diesen Satz nicht geschrieben!

(Heiterkeit bei der BP. — Abg. Stock: Aber kritisiert!)

— Ich glaube, das ist unser gutes Recht.

Noch eines möchte ich dazu sagen: Wenn man so taktlos wäre, die politische Geschichte der letzten Jahre zu bemühen, dann müßte man sogar in strengster Logik erklären: Wir wissen, daß die Regierung nicht weiß, was kommt; aber die Geschichte dieser letzten Jahre gibt eine außerordentlich deutliche Antwort auf die Frage, was kommen wird.

(Abg. Dr. Franke: Rückschauender Prophet! — Abg. von Knoeringen: Wir sind neugierig; sagen Sie es uns einmal! — Heiterkeit.)

— Herr Waldemar von Knoeringen, ich glaube, daß diese Frage der Partei, die sich damals selbst aus

(Bezold [FDP])

der Koalition gelöst hat, außerordentlich schlecht ansteht.

(Abg. Dr. Hundhammer: Sehr richtig! — Sehr gut! bei der FDP und BP.)

Ich fürchte nur zu sehr, daß trotz Ihrer Behauptung, diese Koalition werde vier Jahre und keinen Tag länger dauern, vielleicht Sie es sein werden, der auf diese Frage dereinst eine Antwort geben wird ähnlich der, die Sie ja schon einmal haben geben müssen.

(Sehr gut! bei der FDP. — Dr. Franke: Weniger; länger ist Verfassungsbruch! — Abg. Haas: Das war ein Ausweichen. — Abg. Kiene: Hic Rhodus, hic salta!)

— Entschuldigen Sie, Herr Kollege Kiene, wir haben hier gar keinen Grund, zu springen. Wir gehören nicht zu den Springern, sondern wir gehören zu denjenigen, die mit dem Metermaß die Sprünge messen werden.

(Sehr gut! bei der FDP und BP)

Meine Damen und Herren! Ob und um welchen Preis es der so zusammengesetzten Regierung gelingen wird, jenen inneren Frieden zu wahren, von dem sie zu Beginn der Regierungserklärung spricht, das wird die Zukunft lehren müssen. Ich glaube, es wird niemand in diesem Hause sein, der sich nicht bemühen wird, ihr bei der Aufgabe der Wahrung dieses Friedens zu helfen. Zunächst allerdings scheint mir die Auswirkung der Koalition die zu sein, daß — es tut mir leid, ich muß wieder auf die Regierungserklärung zurückkommen —

(Abg. Zietsch: Über die sprechen wir, Herr Kollege!)

— über die sprechen wir, wenigstens ich, Herr Kollege —, daß diese Regierungserklärung von einer Vorsicht der Diktion ist, die zur Folge hat, daß sehr vieles nur angedeutet und nicht präzise beantwortet wird. Ich werde auch weiterhin immer wieder fragen müssen, was die Andeutungen sagen wollen. Wenn ich dazu die Erinnerung an die Vergangenheit heraufrufe, deren Bild bei dieser Koalition immer wieder ersteht, dann werden diese Erklärungen allerdings recht fragwürdig. Erinnerung man sich nicht der Vergangenheit, wenn man mit erstaunten Augen den Satz liest, daß sich Bayern in der Bundestreue in Zukunft von keinem Land übertreffen lassen werde? Man muß sich, wenn man diesen Satz liest, jener Stunden erinnern, da im Landtag über die Annahme oder die Ablehnung des Grundgesetzes verhandelt wurde, der gleiche Mann, der heute diesen Satz spricht, glaubte, gegen das Grundgesetz sprechen zu müssen, und das Grundgesetz — wie Sie wissen, in Bayern als dem einzigen Land — abgelehnt wurde.

Dr. Ehard, Ministerpräsident: Das war aber vor dem Zustandekommen des Bundes, Herr Abgeordneter!

Bezold (FDP): — Das ist richtig; es war vor dem Zustandekommen des Bundes.

Herr Ministerpräsident, es ist noch ein weiteres richtig. Wenn man sich dieser Dinge erinnert und die Regierungserklärung nochmals betrachtet, so merkt man, daß diesem Satz ein „Wenn“ vorausgeht, ein „Wenn“, das ihn in einen Zusammenhang mit Ausführungen über die Eigenstaatlichkeit Bayerns und über den Föderalismus bringt, die nicht in absolut logischem Zusammenhang mit diesem Satz selbst stehen.

(Richtig! bei der FDP)

Wir sind gestern, ich möchte sagen, aus dem sehr berufenen Mund des Herrn Abgeordneten Dr. Etzel über Notwendigkeit, Auswirkung und Sinn des **Föderalismus** belehrt worden. Wenn Herr Dr. Etzel bei dieser Belehrung allerdings erklärt hat, daß der heutige westdeutsche Bundesstaat ein Gebilde der Besatzungsmacht sei, dann hat er damit eine sehr unvorsichtige Erklärung abgegeben, und zwar insofern, als man ihm darauf antworten kann, daß der bayerische Staat ein Gebilde des Staatswillens Napoleons sei.

(Sehr richtig! bei der FDP. — Abg. Dr. Baumgartner: Napoleon hat vor 1000 Jahren noch gar nicht gelebt. — Anhaltende Heiterkeit, vor allem bei FDP und SPD. Zuruf von der FDP: Da ist Bayern nur bis zur Donau gegangen! — Unruhe, Glocke des Präsidenten. — Abg. Dr. Baumgartner: Napoleon hat Bayern lediglich vergrößert; der Staat ist 1400 Jahre alt. — Abg. Dr. Korff: Aber wesentlich vergrößert! — Abg. Dr. Baumgartner: Sehr traurig, daß das Haus darüber lacht. Das weiß jeder; lesen Sie doch die bayerischen Geschichtsbücher!)

— Herr Dr. Baumgartner, Ihre erste Bemerkung ist zweifellos richtig; man müßte denn Anhänger der Seelenwanderungslehre sein. Aber ich möchte Ihnen, wenn Sie sich mit den Fragen des Föderalismus beschäftigen, eines empfehlen: Sehen Sie sich doch einmal alte Atlanten, alte Landkarten an und vergessen Sie nicht, daß es nicht nur in der Technik und in der Wirtschaft, sondern daß es auch in der Geschichte eine Fortentwicklung gibt! Vergessen Sie zum zweiten nicht, daß jede politische Auffassung ihren Grund haben muß und daß der letzte Grund des Föderalismus doch das Zurückgehen auf die Stammesgeschichte und die Infiltrierung des Stammeswillens und der Stammeseigenschaften in die Geschichte der verschiedenen Völker ist! Wenn Sie mir das zugeben, dann müssen Sie notwendigerweise zu dem Resultat kommen, daß Sie, föderalistisch betrachtet, nicht von einem Bayern sprechen können, sondern daß Sie dann von einem Schwaben, von einem Franken und von einem Altbayern sprechen müssen.

(Zustimmung bei der FDP)

Sie können nicht irgendeinen Abschnitt der Geschichte fixieren und diesen Abschnitt Ihren politischen Betrachtungen zugrundelegen; denn Sie müssen damit rechnen, daß ein anderer eben einen früheren Zeitpunkt der Geschichte fixiert und von diesem aus seine Betrachtungen anstellt.

Wenn es nach unserer Auffassung in der geschichtlichen Entwicklung nun einmal so weit gekommen ist, daß wir den Staatsbegriff Deutschland

(Bezold [FDP])

haben, dann sind wir Freien Demokraten in der heutigen außenpolitisch so gespannten Situation nicht zuletzt deshalb dieser Überzeugung, weil wir nicht haben wollen, daß etwa irgendein Aggressor den Staat Bayern als Gabelbissen vorweg genießt. Wir glauben, diese Gefahr wird zum mindesten nicht vermindert, wenn wir dieses Bayern durch die Betonung der Eigenstaatlichkeit aus dem gesamtdeutschen Bund herausnehmen.

(Zuruf von der Bayernpartei: Das wollen wir gar nicht! — Abg. Dr. Baumgartner: Das sagt ja niemand!)

— Dann sind wir uns ja einig.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Dann verstehe ich allerdings nicht, warum sich gestern Herr Dr. Etzel so ehrlich bemüht hat.

(Heiterkeit bei der FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zu der Regierungserklärung zurückkommen. Gegen das, was in ihr über den Föderalismus gesagt wird, kann man wenig einwenden. Aber mir ist dabei eines aufgefallen: daß diese Regierungserklärung — ich hätte das gerne gelesen oder gehört — mit keinem Wort von **Europa** gesprochen hat, und zwar in einer Zeit, in der dieses Europa doch als das von der Geschichte angesprochene Gebilde erscheint. Die Regierungserklärung hätte vielleicht doch auch der Auffassung Ausdruck geben dürfen, daß ein Zusammenschluß von Staatsgebilden eben nur dann möglich ist, wenn jeder der sich Zusammenschließenden etwas von seinen Rechten und seiner Eigenstaatlichkeit abgibt. Ich hätte gemeint, gerade eine Regierung, die doch durch eine Koalition nach solchem Rezept gebildet wurde, hätte sich nicht allzu schwer getan, das zu unterstreichen.

Natürlich sind auch wir der Auffassung, daß das innere Leben des Staates, die **innere Verwaltung** nach eigenstaatlichen Gesetzen ablaufen und durch Worte und Begriffe des Landes bewältigt werden soll. Wir sind keine so sturen Zentralisten, daß wir etwa den ganzen Kopf kalt und kahl scheren wollen, wenn wir glauben, irgendwo die Schere ansetzen zu müssen. Wie lange aber schon hat uns die Regierung eine Reform und eine Verbesserung der inneren Verwaltung versprochen!

(Richtig! bei der FDP)

Wer die Ehre hatte, dem vorigen Landtag anzuhören, wird sich erinnern, wie der Innenminister immer und immer wieder derartige Versprechungen machte, die schließlich nur mehr insofern interessant waren, als man gespannt war zu hören, mit welchen sprachlichen Mitteln er den Begriff „bald“ abwandeln werde.

(Heiterkeit bei der FDP)

Wir hoffen, daß es diesmal nicht nur bei Andeutungen einer Verwaltungsreform verbleibt, die eng mit dem innerstaatlichen Finanzausgleich zusammenhängen wird.

Wenn die Regierungserklärung sich hinsichtlich des **innerstaatlichen Finanzausgleichs** auf einige

allgemeine Hinweise beschränkt hat, so können wir uns damit in keiner Weise begnügen. Bereits bei Verabschiedung des letzten vorläufigen Finanzausgleichsgesetzes in der Landtagssitzung vom 7. September 1950 gab der Berichterstatter die Zusage der Staatsregierung bekannt, daß eine endgültige Neuregelung des Finanzausgleichs bis zum 1. April 1951 in Kraft treten könne. Jetzt beschränkt sich die Staatsregierung darauf, die Schaffung eines gerechten Verteilungsschlüssels für die Zuweisungen an die Gemeinden und die Stadt- und Landkreise anzukündigen. Damit können wir uns auf keinen Fall zufrieden geben. Gerade weil der Rahmen der Einnahmequellen der Gemeinden sehr eng gezogen ist, müssen wir fordern, daß ihnen innerhalb dieses Rahmens eine wesentlich größere Selbständigkeit und Selbstverantwortung eingeräumt wird als bisher. Wir halten es auch für völlig unmöglich, in absehbarer Zeit eine neue Gemeindeordnung, eine neue Kreisordnung und eine neue Bezirksordnung zu beraten, ohne daß endgültige Klarheit über die **Abgrenzung der Eigenverantwortlichkeit der kommunalen Körperschaften** hinsichtlich ihrer Einnahmen geschaffen wird. Jede ohne solch gleichzeitige Regelung durchgeführte Neugestaltung des Selbstverwaltungsrechts hätte nur formale Bedeutung und wäre ein Verstoß gegen den Grundgedanken des Artikels 11 unserer Verfassung und damit ein Flickwerk. Wir wünschen, daß die Selbstverantwortlichkeit der Kommunalverbände nicht nur für die ihnen zustehenden Abgaben und Realsteuerquellen, für die Art und Höhe der ihnen zustehenden Gebühren und sonstigen Einnahmen aus Erwerb und Vermögen klar und uneingeschränkt festgestellt wird; wir wünschen darüber hinaus, daß der innerstaatliche Finanzausgleich den Gemeinden auch die Möglichkeit eröffnet, der früheren Regelung entsprechend Zuschläge zu den Staatssteuern zu erheben.

Bei dieser Forderung wissen wir uns eins mit dem jetzigen Herrn Staatsminister des Innern, der sich bereits im September 1950 bei Beratung der damaligen Zwischenregelung zum Sprecher für diese Forderung gemacht hat. Des weiteren wünschen wir eine **klare Aufteilung der Steuerquellen** zwischen den einzelnen Selbstverwaltungskörpern, Gemeinden, Kreisen und Bezirken.

(Zuruf: Keine Nivellierung!)

— Das muß noch keine Nivellierung sein. Das gegenwärtige System, wonach die Kreise neben der staatlichen Bezuschussung fast ausschließlich auf die Anwendung des Umlagensystems unter den Landgemeinden angewiesen sind, ist nicht mehr tragbar. Hier muß die Gemeinde von der Bürgerschaft die Höhe der Steuer beschließen lassen, während der vornehmlichste Nutznießer dieser Steuer der Kreis ist. Gleiches gilt selbstverständlich für den Selbstverwaltungscharakter der Bezirke.

Ich kann es verstehen, daß die Herren der Regierung außerordentlich unangenehm beeindruckt sind, wenn sie bei der heutigen Lage des Staates von Geld und Finanzen hören. Sie können sich damit trösten, daß der Staatsbürger ebenso unange-

(Bezold [FDP])

nehm beeindruckt ist, wenn er seinen Steuerbescheid erhält.

(Sehr richtig!)

Damit komme ich zu einer Frage, die gar nicht wichtig genug genommen werden kann: zum Gebot der notwendigen **Sparsamkeit** in allem, was in Zukunft im Staate getan, geschaffen und geplant wird. Wir haben heute wieder Gelegenheit gehabt, in der Zeitung mit Grausen die Feststellungen des Herrn Bundesfinanzministers zu lesen, aus denen sich ergibt, daß die Staatsausgaben sowohl des Bundes wie der Länder noch wesentlich höher sind und sein müssen, als man angenommen hat. Wir müssen die Regierung inständig bitten, Schritte zu ergreifen, um dem Zustand abzuweichen, daß die Last der Staatsverwaltung allmählich wie ein Alpdruck auf dem Volk liegt.

(Sehr gut!)

Wenn Sie die Prozentziffern vergleichen, was der Verwaltungsbetrieb des Staates im Frieden gekostet hat und heute kostet, so können Sie, glaube ich, das Ansteigen dieser Ziffern nicht allein durch die Zunahme der Bevölkerung und durch die Mehrung der Aufgaben des Staates rechtfertigen. Es wird daher ein immerwährendes *ceterum censeo* bei allen Beratungen des Kabinetts und des Landtags sein, daß größte Sparsamkeit im Staate geübt werde. Es müssen sich Mittel und Wege zur Herabsetzung der Ausgaben ziffern finden, und sie werden sich, denke ich, vor allem finden lassen bei der Regelung und Beschneidung bestimmter sächlicher Ausgaben.

Wenn wir die Wirklichkeit des Lebens sehen, dann muß ich schon sagen, daß bei vielem, was in den letzten Monaten und Jahren geschehen ist, vor allem bei vielem, was gebaut worden ist, die Notwendigkeit der Sparsamkeit doch offensichtlich nicht genügend berücksichtigt worden ist.

(Sehr richtig!)

Ich darf Sie nur an die Gebäude erinnern, die gerade das Finanzministerium hier erstellt hat. Es ist ein sehr schöner Grundsatz, daß der Staat sozusagen für die Ewigkeit oder wenigstens für Jahrhunderte bauen und Gebäude erstellen soll, die seiner Bedeutung würdig sind. Aber dieser Grundsatz muß in etwa in Einklang gebracht werden mit dem mageren und dürftigen Geldbeutel seiner Staatsbürger.

(Sehr gut!)

Wir haben bereits bei den Koalitionsverhandlungen auf eine dringende Notwendigkeit hingewiesen: Bei einer Reihe von Gemeinden, nicht zuletzt bei der Stadtgemeinde München, hat es sich als äußerst glücklich erwiesen, daß dort ein **unabhängiger Sparkommissar** eingesetzt wurde. Wenn dieser Sparkommissar die nötige Unabhängigkeit und die nötige wirtschaftliche Erfahrung hat,

(Abg. Wimmer: Reden's nicht weiter, sonst müßte ich auch noch etwas dazu sagen! — Heiterkeit)

— Herr Wimmer, das bleibt Ihnen unbenommen!

— Nach unserer Auffassung kann es nur nützlich sein und wir möchten es der Regierung doch nahelegen, der Einsetzung eines von der Regierung unabhängigen Staatskommissars näherzutreten, der das Recht hat, die Rechnungslegung sämtlicher Staatsbehörden zu prüfen und die staatlichen Stellen betriebswirtschaftlich zu überprüfen. Dieser Staatskommissar hätte seine Berichte unmittelbar dem Landtag zu erstatten, der diese Berichte bei der Haushaltsberatung verwerten kann und gegen den man wohl mit Recht in den letzten Jahren immer wieder den Vorwurf erhoben hat, daß er sich noch zu stark in das **Schlepptau der Ministerialbürokratie** nehmen lasse. Wenn der Satz gilt, daß jedes Volk die Regierung hat, die es verdient, dann gilt auch der Satz, daß jede Volksvertretung genau die Bedeutung und die Macht im Staate hat, die sie verdient.

An dieser Stelle möchte ich auch auf die Tatsache eingehen, daß der Landtag bis jetzt von seiner Regierung eigentlich noch keine wesentlichen Informationen über die Tätigkeit dieser Regierung oder ihrer Beauftragten im **Bundesrat** in Bonn erhalten hat.

(Sehr richtig!)

• Ich glaube, es müßte eine engere Verflechtung zwischen der Arbeit des Landtags und der Arbeit der Regierung im Bundesrat möglich sein.

(Abg. Dr. Haas: Sehr richtig!)

Der Konnex, der zwischen Bundesrat und Regierung einerseits und zwischen Regierung und Landtag andererseits besteht, müßte noch wesentlich mehr ausgenutzt werden. Ich möchte vorschlagen, eine Art außenpolitischen Ausschuß zu errichten, der in Zusammenarbeit mit der Regierung, der er dann auch die entsprechenden Empfehlungen erteilen kann, sich laufend über die Stellungnahme und über die Arbeit der Regierung in Bonn informiert.

(Sehr richtig! — Abg. Dr. Franke: Wird geschehen!)

Sie werden gemerkt haben, daß ich mich mit meinen Ausführungen von dem Inhalt der Regierungserklärung entfernt habe. Nach meiner Auffassung ist es die bessere Methode, die Gegenstände im Staate getrennt nach Staatspolitik im weiteren und engeren Sinn, nach Wirtschaftspolitik und Kulturpolitik zu behandeln.

Wir selbst haben keinen Grund, irgend etwas gegen jene Erklärungen der Regierung zu äußern, die sie hinsichtlich des **Berufsbeamtentums** gemacht hat. Ich möchte nur hinzufügen, daß es nicht die Beamten allein waren, die damals verhinderten, daß der gesamte staatliche Apparat in Schutt und Asche fiel, sondern daß der Arbeitswille und der Anstand unseres ganzen Volkes es waren, die das verhindert haben. Wenn man aber schon der Beamtenschaft diese Tätigkeit nachrühmt und davon spricht, daß sie in Zukunft noch Höheres wird leisten müssen, dann hätte ich doch gerne gesehen, wenn man auch eines Umstandes Erwähnung getan hätte: daß

(Bezold [FDP])

das **Gehaltsniveau des Beamten** ungefähr auf dem Stande von 1927 stehen geblieben ist. Ich brauche nicht darüber zu sprechen, daß das nicht allein den Lebensstandard des einzelnen Staatsdieners betrifft, sondern daß es nicht zuletzt von seiner Vorbildung, seiner Weiterbildung und seinem Eingefügtsein in den Staat abhängt, ob die Aufgaben des Staates im Sinne der Demokratie erledigt werden oder nicht. Daß sich die Regierungserklärung Ausführungen darüber geschenkt hat, hängt vielleicht damit zusammen, daß sie geglaubt hat, die Beamtenschaft sei durch die Hereinnahme in das Betriebsrätegesetz wider Willen hinreichend belohnt.

Wenn ich dieses Wort „**Betriebsrätegesetz**“ ausspreche, kann ich nicht umhin, zugleich an die Beratungen darüber zu erinnern und die Schatten der Vergangenheit zu beschwören. Ich kann aber auch nicht umhin, der Regierung zu sagen, was ich ja schon am Anfang gesagt habe: es erscheint mir unmöglich, daß die Regierungserklärung eine der brennendsten Fragen der heutigen Politik, nämlich die Frage des **Mitbestimmungsrechts** und die Frage des Streiks mit keinem Wort gestreift hat.

(Abg. Kiene: Wissen Sie denn, ob in Bayern gestreikt wird?)

— Ich wußte, daß der Einwand kommen wird, diese Dinge gingen Bayern ja nicht unmittelbar an, ich glaube aber, man kann nicht über Politik reden und darüber schweigen, was heute den politischen Boden erzittern macht, was zweifellos auch in Bayern ein Politikum ist und sich im Fall eines Streiks, den Gott verhüten möge, auch praktisch auswirken wird.

Dr. Ehard, Ministerpräsident: Am 9. Januar waren diese Fragen noch nicht akut; da konnte niemand dazu Stellung nehmen.

Bezold (FDP): Am 9. Januar, als die Regierungserklärung abgegeben wurde, war bereits — soviel ich weiß, liegen diese Dinge ja schon Monate zurück — vom Mitbestimmungsrecht und vom Streik um das Mitbestimmungsrecht die Rede.

(Staatsminister Dr. Hoegner: Wir waren doch keine Hellseher! — Hagen Lorenz: Da wurde ja noch zwischen den Sozialpartnern diskutiert.)

— Ich möchte durch meine Ausführungen die Diskussion zwischen den Sozialpartnern keineswegs stören. Ich möchte auch nicht darüber rechten, ob das Ausmaß des Mitbestimmungsrechts, wie es verlangt wird, sachlich berechtigt ist oder nicht. Eines aber muß gesagt werden: So, wie sich hier die Dinge zugespitzt haben, geht es nicht, wenn man auf dem Boden der Rechtsstaatlichkeit beharren will. Diesen Boden verläßt man, wenn man durch einen **politischen Streik** den Gesetzgeber zu bestimmten Maßnahmen zwingen will,

(Sehr richtig! bei der FDP)

durch einen Streik, der übrigens, rein formal betrachtet, nur eines zum Ziel haben könnte, näm-

lich die Gewerkschaften noch mehr an die Macht zu bringen, ihnen noch mehr Einfluß zu geben, als sie bereits haben.

(Zustimmung bei der FDP)

Hagen Lorenz (SPD): Dagegen, daß die Aktienbesitzer bisher das alleinige Recht gehabt haben, wenden Sie sich nicht!

Dr. Korff (FDP): Das alleinige Recht hat das Parlament, Herr Hagen!

Hagen Lorenz (SPD): In der Wirtschaft eben nicht!

Dr. Korff (FDP): Dann machen Sie ein Gesetz!

Bezold (FDP): Ich möchte auf die Bemerkung des Herrn Kollegen Hagen mit der Frage antworten: Was würden die Gewerkschaften sagen, wenn die Arbeitgeber sich hätten einfallen lassen, etwa zu erklären, sie würden Entlassungen vornehmen, um zu erreichen, daß das Mitbestimmungsrecht in einem ganz bestimmten Sinne geregelt wird?

(Zuruf von der SPD: Das ist ja x-mal geschehen!)

Sie würden genau dasselbe sagen wie ich: daß sie sich damit von dem Boden der Rechtsstaatlichkeit und der Verfassung abgesetzt hätten.

Hagen Lorenz (SPD): Herr Kollege Bezold, warum haben Sie darüber nicht im letzten Landtag gesprochen, als am 15. Juli 1950 der frühere Reichsminister Dr. Hermes eine Erklärung für den Bauernstand abgegeben hat, die sicher eher Hochverrat beinhaltet hat als das, was die Gewerkschaften heute machen? Ich habe die Rede hier, wenn Sie sie hören wollen.

(Zuruf von der FDP: Also auch Hochverrat!)

Bezold (FDP): — Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, Herr Kollege Hagen, daß ich den Ausdruck „Hochverrat“ nicht gebraucht habe.

Hagen Lorenz (SPD): Er ist aber in der Debatte hier gebraucht worden.

(Zuruf von der SPD: Von Dr. Dehler!)

Bezold (FDP): — Ich habe ihn nicht gebraucht, und in diesem Zusammenhang ist er auch von Dr. Dehler nie gebraucht worden. Es ist aber immerhin merkwürdig, daß Sie selbst erklären, das Verhalten der Gewerkschaften beinhalte Hochverrat.

Hagen Lorenz (SPD): — Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt: das ist sicher eher Hochverrat gewesen.

Bezold (FDP): — Ich möchte nicht so weit gehen, möchte Ihnen aber eines ganz offen sagen: Es ist für uns besonders bedrückend, daß die Gewerkschaften diesen Weg gewählt haben.

(Abg. Hagen Lorenz: Gezwungenermaßen!)

(Bezold [FDP])

— Ich sage Ihnen offen, daß wir in den Gewerkschaften den besten Bundesgenossen im Kampf für die demokratische Freiheit gesehen haben und daß wir immer der Auffassung waren, daß an dem Widerstand der Gewerkschaften jede Art eines Vorgehens scheitern würde, das nur zu sehr an frühere Zeiten erinnert.

(Sehr richtig! bei der FDP — Abg. Laumer:
Was Sie wollen, ist nur die politische Demokratie, aber keine wirtschaftliche!)

— Sie können mit solchen Begriffen hier nichts besser machen. Ob Sie von Wirtschaftsdemokratie oder politischer Demokratie sprechen, ändert nichts an der Tatsache, daß das Volk seine Volksvertretung wählt, daß jeder Volksgenosse die Möglichkeit hat, durch seinen Stimmzettel sich zu entscheiden, ob er nach sozialistischen oder nach nichtsozialistischen Grundsätzen die Arbeit der Regierung abgewickelt wissen will, sei es nun die Regierung eines Landes oder die Regierung des Bundes, und daß es ein Nonsense ist, wenn nun die gleichen Volksgenossen gegen die Abgeordneten aufgerufen werden, die sie selbst gewählt haben, um zu erreichen, daß die Abgeordneten bei ihrer Gesetzesarbeit ganz bestimmte Maßnahmen ergreifen und einen ganz bestimmten Weg einschlagen.

(Lebhafte Zustimmung bei der FDP und BP)

Ich will noch eines sagen: Die Gefahr mag heute so groß sein, wie sie will, auf jeden Fall besteht sie darin, daß damit der Anfang einer Entwicklung gemacht ist, die sich unter Umständen für die Demokratie katastrophal auswirken wird,

(Lebhafte Zustimmung bei der FDP — Abg. Hagen Lorenz: Für die Demokratie, wie Sie sie verstehen!)

wobei durchaus noch nicht feststeht — denn das stand noch niemals in der Geschichte fest —, ob diejenigen die Nutznießer sein werden, die begonnen haben, diesen Weg zu beschreiten.

(Erneute Zustimmung und Händeklatschen bei der FDP und der BP — Zurufe von der SPD)

Ich hätte gewünscht, daß die bayerische Regierung — besonders unter Berücksichtigung des Umstands, daß unser sehr verehrter Herr Ministerpräsident Präsident des Bundesrates ist — das Gewicht ihrer moralischen und staatlichen Bedeutung im Bundesrat eingesetzt hätte, um die Dinge zu mildern und um auf jene Gefahr aufmerksam zu machen. Damit, daß das nicht geschah, ist, fürchte ich, eine große Chance verspielt worden.

Daß nicht nur wir, sondern auch das Ausland die Dinge in dem Licht sieht wie ich, des zum Beweis erlauben Sie mir, Ihnen eine Auslandsstimme vorzulesen: die Stimme des englischen „Economist“. Er stellt mit schroffen Worten fest, daß die Führer des westdeutschen Gewerkschaftsbundes einen Kurs verfolgen, der so undemokratisch und so destruktiv sei, wie es Moskau nur wünschen könnte.

(Hört! bei der FDP)

Er schreibt weiter:

„Die Gewerkschaften wissen, daß die Arbeiter mit sehr viel weniger zufrieden wären. Sie haben nicht die Absicht, eine demokratische Entscheidung des Parlaments abzuwarten. Es ist keineswegs einzusehen, warum die Regierung eines nicht totalitären Staates Privatunternehmungen zwingen sollte, die Hälfte der Aufsichtsratsposten mit Vertretern der Gewerkschaften zu besetzen. Wenn die Industrie durch den Streik an der Ruhr etwa stillgelegt wird, werden einige wenige Männer mit einer Sucht nach Macht Westdeutschlands größten Aktivposten verschleudert haben, nämlich die Hingabe des deutschen Arbeiters an seine Unternehmen.“

Meine Damen und Herren, wenn Ihnen diese Stimme nicht genügt, dann kann ich nicht umhin, zum Beweise dessen, daß es sich nämlich tatsächlich um Machtgelüste eines Gebildes im Staate handelt, noch etwas anderes zu verlesen.

(Erregte Zurufe von der SPD)

— Ich habe Herrn von Knoeringen, der abgelesen hat, mit keinem Wort unterbrochen. Wenn ich mich nun bemühe, nach den Vorschriften der Geschäftsordnung nach Möglichkeit frei zu sprechen, so dürfte ich doch wohl verlangen, daß allzu eifrige und allzu lange Zwischenrufe unterdrückt werden und daß die Herren oder Frauen Zwischenrufer ihre Gedankenblitze solange aufheben, bis sie Gelegenheit haben, hier heraufzugehen und sich gegen meine Worte zu äußern, was ihnen ja unbenommen ist.

(Sehr richtig! bei der FDP)

Ich sage, ich möchte Ihnen noch etwas verlesen, was sich hier in Bayern ereignet hat, in Memmingen nämlich, wo einer der SPD-Abgeordneten des Landtags — ich nenne keinen Namen, ich tue das prinzipiell nicht — unter anderem erklärt hat: „Von 14 Millionen Arbeitnehmern sind 5 273 000 in der Gewerkschaft organisiert. Es fehlen uns noch 3 Millionen, dann haben wir die Macht im Staate.“

(Lebhaftes Hört, hört! bei der FDP — Gelächter bei der SPD)

Das ist natürlich die Erklärung eines Kleinen, aber manchmal läßt auch ein Kleiner die Katze aus dem Sack.

(Sehr gut! bei der FDP)

Das ist bestimmt keine Erklärung, die sich mit dem Begriff der menschlichen und politischen Freiheit der Demokratie vereinbaren läßt.

(Lebhafte Zustimmung bei der FDP und der BP — Abg. Hagen Lorenz: Geben Sie die weiteren Ausführungen, die der Redner gemacht hat, auch bekannt!)

— Wollen Sie behaupten, daß die übrigen sozialistisch regierten Staaten der Welt, in denen, soweit mir bekannt ist, von einem Mitbestimmungsrecht und von einem Kampf um das Mitbestimmungsrecht mit keinem Wort die Rede ist, unsozial sind? Vielleicht geben Sie auf diese Frage eine Antwort.

(Zurufe von der SPD)

(Bezold [FDP])

Wenn man diese Vorkommnisse und Gedankengänge würdigt, dann möchte man dem Satz der Regierungserklärung „Ein soziales Zeitalter erfordert soziale Regierungen“, den wir an sich absolut unterschreiben,

(Zuruf von der SPD: Donnerwetter!)

doch den Nachsatz hinzufügen: „aber keine sozialistischen!“

(Sehr richtig! bei der FDP und der BP)

Ich glaube in der Annahme nicht fehl zu gehen, daß die Regierungserklärung mit diesem Satz alle die Aufgabengebiete in die Sphäre der eigentlichen Staatspolitik hineingehoben hat, die jene Menschenklassen angehen, welche der Gesetzgebung der vergangenen Jahre schon so viel Mühe und so viel Sorge gemacht haben. Ich will nicht wiederholen, was hier über die Flüchtlinge, was über die Jugendlichen, was über die Heimkehrer und Spätheimkehrer, über Arbeitslose und Kriegsverletzte gesagt worden ist. Ich hätte aber gerade im Hinblick auf den Konnex mit dem Bundesrat gewünscht, daß uns die Regierungserklärung gesagt hätte, die Regierung werde sich durch ihren Einfluß im Bundesrat bemühen, daß in Bonn nun endlich und rasch jenes Gesetz über den Lastenausgleich angenommen werde,

(Sehr richtig! in der Mitte)

auf das schließlich das ganze Volk und die ganze Wirtschaft wartet.

(Lebhafte Zustimmung bei der FDP und BP)

Was die Regierungserklärung über die Jugendlichen, über die Förderung des Berufsschulwesens usw. sagt, kann man nur unterschreiben.

Was die **Heimkehrer** betrifft, so erinnere ich mich, daß der Herr Ministerpräsident in seiner Erklärung vom 10. Januar 1947 über die Tragik des Schicksals der Kriegsgefangenen gesprochen und unter anderem ausgeführt hat, „das Wirtschaftsleben bräuchte dringend die arbeitsamen Hände dieser fleißigen Menschen“. Sie sind jetzt teilweise zurückgekehrt. Manche sind sehr spät zurückgekehrt, und manche gerade der spät Zurückgekehrten sehen sich einer Situation gegenüber, die bestimmt nicht mit diesem Wort des Herrn Ministerpräsidenten in Einklang zu bringen ist. Ich glaube, man müßte der Regierung empfehlen, diesen Dingen nachzugehen, gerade für die Spätheimkehrer Erleichterungen zu schaffen und ihnen die Erschwerungen, die der Gang der Entnazifizierung und des Reinigungsverfahrens immer noch mit sich bringt, zu erlassen. Die Spätheimkehrer haben weiß Gott genug gebüßt, genug gelitten und genug für das Volk getan.

(Sehr richtig! bei der FDP)

Wir können uns auch den Ausführungen anschließen, die die Regierung über die **Arbeitslosen** gemacht hat.

Natürlich brauchen alle diese Dinge Geld, Geld und wieder Geld, und es wird außerordentlich

schwierig sein, bei den heutigen knappen Finanzen die nötigen Summen dafür herzubringen. Aber ich glaube, die bereits einmal angezogene **Verwaltungsvereinfachung** könnte doch helfen, Mittel für diese Aufgaben freizumachen, eine Verwaltungsvereinfachung, die damit beginnen müßte, daß einmal das Gestrüpp der sich widersprechenden Gesetze und Verordnungen beseitigt wird,

(Abg. Dr. Haas: Richtig!)

das zur Folge hat, daß auf dem Gebiet der Verwaltungsgerichtsbarkeit zwischen Antrag und Entscheidung oft so lange Fristen und Zeiträume liegen, daß das Vertrauen in die Verwaltungsgerichtsbarkeit überhaupt zu schwinden beginnt.

(Sehr richtig! bei der FDP)

Diese Fristen sind vielleicht deshalb so lang, weil nicht einmal der Fachmann ohne außerordentliche Drangabe von Zeit und Mühe durch dieses Dickicht der sich widersprechenden und gegenseitig verhetzenden Gesetze hindurchzufinden vermag. Allein eine klare **Kodifikation des Verwaltungsrechts**, wie sie auch im vorigen Landtag schon wiederholt verlangt worden ist, könnte schon eine wesentliche Einsparung bringen.

(Abg. Dr. Haas: Richtig!)

Nicht viel anders ist es auf dem Gebiet des **Baurechts**, wo oft mit den kleinlichsten und formalsten Beschlüssen und Beschränkungen begonnene Bauunternehmen bis zu einem Zeitpunkt verzögert werden, in dem sie praktisch nicht mehr durchgeführt werden können.

Meine Damen und Herren! Zum Gebiet der inneren Verwaltung gehören zwei Sphären, deren Nutzen sich nicht in Ziffern abschätzen, sondern erst dann deutlich wird, wenn ihre Institutionen versagen: das Gebiet der **Polizei** und das Gebiet des **Gesundheitswesens**. Auch hier wird man sich im allgemeinen den Ausführungen der Regierungserklärung anschließen können, wenngleich eines zu bedenken ist: Es muß, glaube ich, die Möglichkeit bestehen, daß der Bund unter Umständen einen gewissen Einfluß auf die Tätigkeit der Institution der Polizei hat, die ruhig eine Landesinstitution bleiben soll. Und auf dem Gebiet des Gesundheitswesens muß vor allem darauf geachtet werden, daß die richtigen Männer an der richtigen Stelle stehen und daß die Beträge, die für das Gesundheitswesen ausgeworfen werden, auch tatsächlich den Aufgaben zugute kommen, für die sie gedacht sind.

Ich darf nun, ehe ich weiterhin zur Regierungserklärung Stellung nehme, auf eine Angelegenheit zu sprechen kommen, die nicht verschwiegen werden darf. Es scheint sich die Gewohnheit herauszubilden zu wollen, frühere Politiker auf Beamtenstellen zu übernehmen, denen sie nach Art und Maß ihrer Ausbildung nicht gerecht werden können.

(Sehr gut! bei der FDP)

Wenn wir von der Opposition mit den Gedanken der Regierungserklärung über das Berufsbeamtentum einverstanden sind, dann beinhaltet das, daß wir selbstverständlich an ein ohne alle politischen

(Bezold [FDP])

Gesichtspunkte und Maßstäbe zusammengesetztes Berufsbeamtentum denken. Es geht nicht an, daß Männer der Politik sich auf eine Beamtenstelle, die ihnen nach ihrer Ausbildung nicht zukommt, zurückziehen können, um dort das Karma des Verdienstes ihrer politischen Tätigkeit zu genießen,

(Zustimmung bei der FDP und BP)

solange zu genießen, bis es etwa abläuft und bis sie dann vielleicht wieder in die Politik zurückgenommen werden können. Das würde ja wirklich bedeuten, daß wir allmählich zu einer Art **politischen Clan** und zu einer politischen Institution und Gesellschaft kämen, in die frisches Blut überhaupt nicht mehr einmünden könnte.

(Sehr gut! bei der FDP)

Das wäre ein Zustand, der sich mit den Gedanken einer Demokratie, wie die bayerische Verfassung sie wahrhaben will, nicht verträgt.

Wir sind mit der **Landesplanung** einverstanden. Es tut mir leid, daß Herr Kollege von Knoeringen nicht anwesend ist. Dem, was er gesagt hat, ist nichts hinzuzufügen; es war sachlich, ausführend und richtig. Sie werden sich vielleicht wundern, daß Sie von einem Vertreter der Freien Demokratie dieses Einverständnis zu einer Planung hören. Aber, meine Damen und Herren, wir sind nicht gegen die Planung als solche. Im Gegenteil: Wir wünschen, daß im großen Rahmen geplant wird, weil nämlich dadurch allein vermieden werden kann, daß durch Fehler in der Wirtschaft, auf die ich jetzt zu sprechen kommen werde, der Staat zur Einführung einer Zwangswirtschaft gezwungen werden könnte. Es ist nach unserer Auffassung ein außerordentlicher Unterschied zwischen Planung und Zwangswirtschaft.

(Abg. Zietsch: Der Meinung sind auch wir, Herr Kollege!)

— Wenn Sie dieser Meinung sind, Herr Kollege Zietsch, dann brauche ich nicht auf die Gefahr hinzuweisen — denn dann besteht sie vielleicht nicht —, von der ich jetzt angesichts der Regierungskoalition sprechen möchte: auf die Gefahr, daß zwischen **freier Wirtschaft** und **Zwangswirtschaft** oder Kontrollwirtschaft des Staates, wie Sie sie nun nennen wollen, durch bestimmte Bestandteile der Koalition ein noch größerer Mischzustand entstehen könnte, als er schon jetzt vorhanden ist. Ich glaube, auch da gilt es, reine Begriffe zu schaffen. Auch da kommen wir zu keiner vernünftigen und nützlichen Lösung, wenn wir uns nicht entweder so oder so verhalten. Nach unserer Auffassung — wir haben das oft genug erklärt —, ist die **Marktwirtschaft** die einzige Form, die durch den Konkurrenzkampf eine Auslese der Tüchtigen gewährleistet, den Konsumenten zur Einsicht erzieht und so der Wirtschaft hundertprozentig dient. Wenn jemand diese Gedanken wahrhaben will, muß er die freie Wirtschaft sich aber auch voll auswirken lassen und darf sie nicht mit Elementen einer Zwangswirtschaft vermischen, hinter die sich nur zu gern und zu oft gerade jene Unter-

nehmer verschanzen, die sich dem Kampf der freien Konkurrenz nicht aussetzen, sondern mit Hilfe staatlicher Zuteilung und staatlicher Verteilung nach wie vor ein Leben in Schönheit und Bequemheit unter dem Schutz des Staates führen wollen. Es geht natürlich nicht an, schlechtweg all die wirtschaftlichen Fragen zuerst unter dem Gesichtspunkt zu behandeln: Jeder, der wirtschaftet, ist ein Egoist, ein Profitjäger und denkt nur an sich. Abgesehen davon, daß jeder Mensch das Recht hat, seine Ware und sein Eigen so teuer wie möglich zu verkaufen, — —

(Zuruf von der SPD: Auch der Arbeiter seine Arbeitskraft! — Weitere Zurufe von der SPD)

— Lassen Sie mich doch ausreden! Das hat so doch gar keinen Sinn, das ist ja wie in der Schule, wo die guten Schüler den Lehrer überschreien.

(Heiterkeit. — Zuruf von der SPD: Sie sind der Lehrer?! — Glocke des Präsidenten)

Auch der Arbeiter hat das Recht, seine Arbeitskraft so teuer wie möglich zu verhandeln, und er tut es auch.

(Zuruf des Abg. von Rudolph)

Es nimmt ihm kein Mensch übel, wenn er es tut.

(Abg. Dr. Franke: Und wenn er nun seine Ware zurückhält, dann ist es Hochverrat!)

Den Gewerbetreibenden wird das nur zu schnell übelgenommen. Auswüchse und asoziale Elemente, die es unter ihnen selbstverständlich genau so gibt wie überall — es gibt auch Arbeiter, die Arbeitslosenunterstützung schinden —, werden als Prototyp und als Vorstellungsbild genommen.

Sie können, wie gesagt, die Dinge nicht vermischen, wenn daraus nicht Unglück entstehen soll. Kontrollratsgesetze, das Fortbestehen — sagen wir es einmal ganz offen — einer Bürokratie, die an Zwangswirtschaft gewöhnt war und aus ihr ihre Daseinsberechtigung hergeleitet hat, haben heute einen **Mischzustand zwischen freier Marktwirtschaft und Zwangswirtschaft** herbeigeführt, der sich immer gegen die Konsumenten auswirkt. Denn es berührt immerhin merkwürdig, daß gerade bei den Waren Knappheiten und Schwierigkeiten eingetreten sind, die der freien Wirtschaft entzogen sind und die praktisch heute noch unter der Kommandowirtschaft des Staates oder anderer Stellen stehen.

(Zuruf des Abg. von Rudolph)

Man müßte einmal gerecht sein und sich auch die Ursachen des heutigen, auch uns katastrophal anmutenden Ablaufs der Entwicklung überlegen. Die Veranlassung sind zweifellos nicht wir im Westen, sondern ist die Tatsache, daß sich im **Osten** eine immer größere Drohung entwickelt, der wir mit Mitteln begegnen sollen, die wir nicht bereitstellen können, wenn wir nicht unseren Lebensstandard verringern wollen.

(Abg. Dr. Haas: Sehr wahr!)

Dann möchte ich die Regierung fragen, ob sie das **Sonn- und Feiertagsgesetz** fortgelten lassen will,

(Bezold [FDP])

ein Gesetz, das der bayerischen Wirtschaft 6mal 70 Millionen, das sind rund 400 Millionen, kostet, einer Wirtschaft, die durch die Entfernung von den Rohstoffquellen, durch die Schwierigkeiten in der Energieversorgung und durch gesetzliche Maßnahmen ohnehin genug gequält ist? Vielleicht überlegt die Regierung sich doch, dieses Gesetz wieder fallen zu lassen und damit einen Zustand herzustellen, der auch in dem sicher ebenso gut christlichen Nordrhein-Westfalen und in den ganzen Rheinlanden gilt.

(Sehr richtig! bei der FDP)

Wir hätten auch gewünscht, daß die Regierung sich über die **Energieversorgung** in Bayern näher ausgelassen hätte, über die in den letzten vier Jahren schon so unendlich viel gesprochen worden ist. Es wäre uns angenehm gewesen, zu erfahren, in welcher Phase und an welchem Punkt die Bearbeitung von Projekten, wie des Sylvensteinspeichers, des Aschaffener Dampfkraftwerks und anderer steht und welchen Standpunkt die Staatsregierung zu diesen Projekten in Zukunft einnehmen wird. Vollends untragbar aber scheint uns die Tatsache zu sein — das soll nicht verschwiegen werden —, daß der **Generaldirektor des Bayernwerks**, ein Erzeuger also, heute noch der **Landeslastverteiler** ist

(Abg. Dr. Korff: Hört, hört!)

und einen Großteil seiner Ware zugleich erzeugt verteilt.

(Sehr richtig! bei der BP und FDP)

Meine Damen und Herren! Ich habe wenig zu sagen über die Erklärung der Regierung zum **Fremdenverkehr**, so wichtig, völkerverbindend und devisabringend er für Bayern auch ist. Ich könnte darauf aufmerksam machen, daß die jetzt anlaufenden ausländischen Vertretungen und Konsulate als Mittler und zu Propagandazwecken in den Dienst des Fremdenverkehrs gespannt werden könnten.

Nach unserer Auffassung gehört zum Gebiet der gewerblichen Wirtschaft engstens die **Landwirtschaft**. Auch darüber will ich mich nach dem Vielen, was bereits gesagt worden und in der Regierungserklärung niedergelegt ist, ganz kurz fassen. Wir sind der Auffassung, daß sich auch in der Landwirtschaft die Dinge nur in einer freien Wirtschaftsform auspendeln können. Darüber, daß sie sich auspendeln müssen, ist sich ja wohl das ganze Haus im klaren.

(Widerspruch bei der SPD)

Es wird nicht die Aufgabe des Landtags sein, über die Sperrung der Einfuhr ausländischer Produkte zu sprechen. Diese Dinge wird letzten Endes Bonn behandeln.

(Zuruf von der SPD: Das Mitbestimmungsrecht auch!)

Wenn der Ausschuß des Landtags zustandekommt, der die Verbindung zwischen dem Landtag und dem Bundesrat herstellen soll, wird Gelegenheit sein, darüber zu verhandeln.

Nur ganz kurz noch einige Punkte! Es ist eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit, die **Arbeit der Bauernfamilien** und ihrer Mitarbeiter, insbesondere der **Bauersfrauen**, ebenso hoch zu werten wie jede andere ehrliche Arbeit.

(Sehr richtig!)

Es ist aber eine Forderung der Vernunft, daß die Belastung der Landwirtschaft mit Steuern und öffentlichen Abgaben nicht zu einer Störung ihrer Erzeugungsfähigkeit und zu einer Gefährdung ihres Eigentums führen darf.

(Sehr richtig! bei der BP, CSU und FDP)

Ich könnte noch eine ganze Reihe von Einzelheiten anführen. Ich erinnere nur an die unbedingte Notwendigkeit der **Wassergewinnung im westlichen Franken**, ein Problem, das zu engst mit der Gesundheitsbetreuung zusammenhängt.

Daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, **übergroße Ernten** durch entsprechende **Lagerung und Vorratshaltung** abzuschöpfen, um dadurch den Preis so hoch zu halten, daß er nicht unter den Gestehungspreis sinkt, ist ein weiterer Punkt, den ich nur am Rande erwähnen möchte, wie ich auch und wärmstens den **Genossenschaftsgedanken** empfehlen möchte, der sich in der dänischen und in der schwedischen Landwirtschaft so außerordentlich günstig ausgewirkt hat.

(Zustimmung bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Wenn ich zum Schluß zu dem Gebiet der **Kulturpolitik** komme, so muß ich die Regierung allerdings auf einen Widerspruch in ihrer Erklärung hinweisen. Sie spricht davon, daß in der Kulturpolitik die bisherige Linie beibehalten werde, weiterhin sagt sie, die neue Regierung bürge in ihrer Gesamtheit aber auch dafür, daß die Toleranz in allen Glaubens- und Weltanschauungsdingen zum unantastbaren Grundsatz gemacht werde usw. Das scheint doch ein ziemlicher Widerspruch zu sein.

(Sehr wahr! bei der FDP)

Denn ich glaube, wir haben bisher immer deutlich und laut genug beklagt, daß die Kulturpolitik, die in Bayern in den letzten Jahren betrieben wurde, keine Kulturpolitik ist, die nun gerade die Toleranz als vornehmste Eigenschaft für sich in Anspruch nehmen kann.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit möchte ich mich auf einige Punkte beschränken, die wir bereits bei den Koalitionsverhandlungen als Mindestmaß des zu Fordernden erklärt haben. Wir wünschen, daß das **Schulaufbaugesetz** nach dem Referentenentwurf von Staatsrat Meinzolt unter Berücksichtigung der **Kempfenhausener Schulreform-Beschlüsse** vorwärtsgetrieben wird. Wir wünschen die verfassungsmäßige Durchführung des Schulorganisationsgesetzes; denn wir haben davon noch recht wenig gemerkt. Wir bitten — und damit schließe ich mich den anderen Rednern an —, daß der **Lehrerbildung** das größte Augenmerk zugewandt wird, daß sie auf Universitäten mit voller

(Bezold [FDP])

Matrikel erfolgt und daß mindestens eines der Institute interkonfessionell ist. Was über die **Berufsschulen** gesagt worden ist, kann ich nur unterstreichen.

Leider muß ich zum Schluß die Regierung noch auf zwei Unterlassungen in ihrer Erklärung hinweisen. Wir hätten gern gehört, was in Zukunft mit der **Freiheit von Kunst und Wissenschaft** sein soll. Es steht darüber kein Wort in der Regierungserklärung.

Dr. Ehard, Ministerpräsident: Das steht in der Verfassung.

Bezold (FDP): — Das steht in der Verfassung. Gut, ich bin befriedigt. Es steht viel in der Verfassung, was auch in der Regierungserklärung steht, Herr Ministerpräsident.

Zum zweiten: Wir hätten — und das steht nicht in der Verfassung — ebenso gerne gehört, wie sich die Regierung zu jenem Plan einer **vierten**, und sagen wir auch einmal **fünftens Landesuniversität** stellen wird, der, wenn mich nicht alles täuscht, auf zwei Jahre zurückgestellt ist, also in der nächsten Zeit wieder auftauchen wird. Ich wäre der Regierung dankbar, wenn sie mir auf diese Frage Antwort geben könnte.

Und zum Schluß muß ich die Regierung auf eine unhöfliche Unterlassung hinweisen. In der ganzen Regierungserklärung ist mit keinem Wort von der **deutschen Frau** die Rede. Sie wissen, meine Damen und Herren, im Grundgesetz ist die Bestimmung der bayerischen Verfassung: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“ erweitert auf die Fassung: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“. Bei der Anzahl der Frauen innerhalb unserer Bevölkerung wäre es wohl wert gewesen, einiges auch über die Stellung der Regierung zu den Problemen der Frauen und zur Frauenfrage zu sagen.

(Abg. Dr. Hundhammer: Herr Kollege Bezold, Sie haben es ja selber noch nicht zu einer Frau gebracht! — Abg. Dr. Korff: Deshalb, Herr Hundhammer! — Heiterkeit)

— Daher die Captatio benevolentiae. Man hat so außerordentlich viel,

(Abg. Kiene: Es muß etwas geschehen, Herr Kollege!)

und mit Recht viel, von der Stellung des Lehrers im Aufbau der Demokratie gesprochen. Auch die Beeinflussung der **Mutter** spielt bei der demokratischen Erziehung eine Rolle.

(Sehr richtig! links)

Will man die Frau nicht als Demokratin und Freiheitsliebende gelten lassen? Sollte dem so sein, dann möchte ich Sie an eines erinnern: Wenn Sie durch die Säle des Louvre gehen, werden Sie im Staatssaal ein Bild von Delacroix sehen. Es zeigt die Erstürmung der Bastille. Auf diesem Bild

stürmt mit erhobener Fahne eine Frau voran in den Kugelregen,

(Abg. Dr. Lacherbauer: Das ist die France als Symbol!)

eine wahre Vertreterin der Freiheit, der Menschlichkeit und der Demokratie. Denn im Grunde waren die Urgedanken, die damals die Revolution verursacht haben — sie mochten dann verschlackt werden — die gleichen, die uns heute zur Demokratie führen. Ich weiß nicht: Hat man die Frauen für so unwichtig gehalten, daß man sie nicht erwähnt hat? Herr Ministerpräsident, ich möchte Sie an ein Buch erinnern, das Sie zweifellos kennen, an das Buch „Die Tochter Farinatas“ von Gertrud von Le Fort. Da sagt die Bice: „Mein Vater ist ein Mann, und ich bin nur ein schwaches Weib; Gott will meinesgleichen nicht zum Werkzeug.“ Und der Mönch antwortet: „Ihr solltet nicht klagen, Jungfrau, weil Ihr ein Weib seid; das Weib ist sehr mächtig; große, wenn auch stille Dinge sind ihm anvertraut.“

Dr. Ehard, Ministerpräsident: Wenn ich das gesagt hätte, hätte Herr Dr. Etzel erklärt, es wäre lyrisch.

Bezold (FDP): Ich möchte zum Schluß sagen:

(Zuruf von der CSU: Sei froh, daß Du nicht verheiratet bist! — Heiterkeit)

Wenn es der Regierung gelingt, die Frau in das politische Leben, in den Rhythmus des Staates einzuschalten, dann dürfen wir für die Demokratie wirklich hoffen. Dann, und nur dann, wird die Regierungserklärung mit Recht an den Anfang die Gestalt des Friedens gestellt haben, und es wird in Erfüllung gehen, was der Wunsch eines jeden Demokraten ist: Friede sei den Menschen, die eines guten Willens sind!

(Lebhafter Beifall bei der FDP, vereinzelt bei der BP)

Präsident Dr. Stang: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Haußleiter.

Haußleiter (DG): Meine Damen und Herren! Für die Politik des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard ist seit der Verfassungsgebenden Versammlung eine konsequente Bemühung charakteristisch gewesen: die Bemühung um die **Stabilität der Regierung**. So wie er für das Präsidialregime eingetreten ist und die Wahl des Ministerpräsidenten auf vier Jahre in der bayerischen Staatsverfassung verankert hat, so hat er immer Wert darauf gelegt, eine Regierung zu bilden, die standhalten soll. Das ist ihm bei der ersten Regierungsbildung 1946 nicht geglückt. Damals hat eine Scheidung stattgefunden. Wir befinden uns also jetzt in der merkwürdigen Lage, gleichsam ein Ehepaar vor uns zu sehen, das schon einmal geschieden war und nun zum zweiten Male vor den Traualtar getreten ist.

(Abg. Dr. Franke: Um besonders glücklich zu werden!)

(Haußleiter [DG])

Dies ist die Situation. Wir haben der gestrigen Diskussion aufmerksam zugehört, da auch für uns die Frage, ob die Regierungsbildung von 1951 stabiler sein wird, als die von 1946, und vor allem, ob die jetzt gebildete Regierung arbeitsfähiger sein wird als das Kabinett der Koalition von damals, von entscheidender Bedeutung ist. Als Sprecher einer Oppositionsgruppe habe ich — das muß ich Ihnen allerdings sagen — nicht die Absicht, die Regierung von vornherein so scharf anzugreifen und so kritisch zu beurteilen, wie es der Fraktionsvorsitzende der stärksten Regierungspartei im bayerischen Rundfunk am 30. Dezember 1950 getan hat. Das heißt: In diesem Hause gibt es ohne Zweifel eine Opposition, die nicht spricht. Die „heimliche Opposition“ hat sie die „Süddeutsche Zeitung“ genannt, eine „latente Opposition“. Wenn wir nun die Frage nach der Stabilität des gegenwärtigen Regimes stellen, dann müssen wir die Symptome der schweigenden, latenten Opposition ein wenig untersuchen.

Der Fraktionsvorsitzende der stärksten Regierungspartei hat am 30. Dezember 1950 folgendes gesagt:

„Die von 1946 bis heute erfolgte Verbesserung der gesamten Lebensverhältnisse ist so einschneidend gewesen, daß ich unserem Volk nur wünschen würde, es möchte in den nächsten vier Jahren die Entwicklung in Bayern um dasselbe Stück zum Besseren weiterschreiten. Ich fürchte nur, es wird nicht so kommen.“

Er hat die Gründe dafür angegeben; sie liegen im Zerfall der CSU.

(Abg. Dr. Hundhammer: Nein, das sind nicht die Gründe!)

— Herr Dr. Hundhammer, ich darf vorlesen —

Dr. Hundhammer (CSU): Das sind nicht die Gründe für die Zukunft, sondern es ist die weltwirtschaftliche Lage!

Haußleiter (DG) — Der Herr Präsident wird mir gestatten vorzulesen; denn hier steht ganz genau, was Herr Dr. Hundhammer angedeutet hat, und ich darf es ein wenig aus der Sprache der Andeutung, zu der ihn seine Funktion offenkundig zwingt, in die klarere Wirklichkeit übersetzen.

(Abg. Dr. Hundhammer: Sie wollen hinein-deuten, Herr Haußleiter!)

Präsident Dr. Stang: Ich möchte nur bitten, sich etwas zu beschränken und keine allzu lange Vorlesung zu halten.

Haußleiter (DG): Ich darf vielleicht auch bitten, den Herrn Zwischenrufer um eine gewisse Beschränkung zu bitten.

„Für die nächste Zeit trägt nicht mehr“

— so fährt er fort —

„im selben Maß die CSU ausschließlich die Verantwortung.“

Das ist der Grund, weshalb es seiner Ansicht nach nicht mehr so gut weitergehen wird, also nicht die Frage der Weltwirtschaft. Ich darf weiter vorlesen:

„Daß es so gekommen ist, hat seinen Grund nicht in unbefriedigenden Leistungen der bisherigen Regierung, der kaum jemand die Anerkennung versagen wird, sondern in der bedauernswerten Spaltung unserer früheren großen Partei.“

Herr Dr. Hundhammer, das ist etwas anderes als die Weltwirtschaftslage, auf die Sie sich jetzt berufen haben.

(Abg. Dr. Hundhammer: Das ist nicht die Begründung für die Entwicklung der Zukunft!)

„CSU und Bayernpartei zusammen haben auch heute noch mehr als die Hälfte aller Abgeordneten im Landtag.“

Das ist eine interessante Berechnung in der Geburtsstunde einer Regierung, die diese Majorität nicht zur Grundlage hat. Und nun kommt Herr Dr. Hundhammer und sagt, es habe doch keinen Sinn, in der Vergangenheit zu grübeln, obwohl er offenkundig ein wenig zu diesem Grübeln geneigt hätte. Er sagt: „Wir müssen daraus lernen.“

(Heiterkeit bei der CSU)

Und was will er daraus lernen? Daraus könnte er lernen, daß Unternehmungen wie die **bayerische Volksaktion** nicht ohne Reiz wären . . .

(Heiterkeit bei der CSU)

Er hat gestern ein latentes Koalitionsangebot ebensolcher Art gemacht. Ich habe sehr aufmerksam zugehört, Herr Dr. Hundhammer.

(Abg. Dr. Hundhammer: Aber anscheinend schlecht verstanden! — Heiterkeit bei der CSU)

— Nein, Sie haben die Opposition ermahnt, nicht so radikal vorzugehen; denn es könnte doch der Augenblick kommen, daß eine der Oppositionsparteien in die Regierung eintritt. Ich persönlich habe das nicht als eine Aufforderung an die Deutsche Gemeinschaft empfunden.

(Große Heiterkeit bei CSU und BP)

Ich habe dabei nur annehmen können, daß sich Herr Dr. Hundhammer aus alter Freundschaft mit einer leisen Verneigung an unseren Kollegen Baumgartner gewandt hat.

Dr. Hundhammer (CSU): Die Gefahr, daß er sich an Herrn Haußleiter wenden könnte, besteht sicherlich nicht!

(Heiterkeit bei der CSU und BP)

Haußleiter (DG): — Dann sind hier klare Verhältnisse in einem Punkt geschaffen. Herr Dr. Hundhammer, Sie erlauben dem Sprecher der Opposition, ein wenig darauf zu dringen, daß auch klarere Verhältnisse in der anderen Richtung geschaffen werden; das ist das berechtigte Interesse der Opposition. Auch das Volk hat Interesse an möglichst klaren Grundlagen der Regierung.

(Haußleiter [DG])

Sehen Sie, wenn wir davon ausgehen, daß selbst bei der Wahl des Herrn Ministerpräsidenten, der doch viel Autorität im Lande hatte und dem auch die Autorität der CSU-Fraktion gehörte, 16 Stimmen nicht für ihn abgegeben worden sind, dann geht diese Diskussion ohne Zweifel über den Reiz einer heiteren Zwiesprache weit hinaus; denn von diesen 16 Stimmen sind vier für Herrn Dr. Anker-müller abgegeben worden. Ich glaube nicht, daß die SPD oder der BHE diese Stimmen heimlich für ihn abgegeben haben.

(Heiterkeit links)

Ich glaube vielmehr, daß es vier CSU-Stimmen sind und daß also selbst die Autorität des bayerischen Ministerpräsidenten nicht ausgereicht hat, um ihm bei seiner Wahl die volle Zustimmung der CSU zu sichern. Das ist ein Symptom. Wir sehen dieses Symptom aufmerksam an. Wir sind dazu verpflichtet, es zu tun, weil das bayerische Volk Wert darauf legt, zu wissen, wie fest die Fundamente des Abkommens der Koalition sind. Das ist das Problem. Wir werden also die heimliche Opposition beobachten, auf ihr Gewicht hin prüfen und ihre Äußerungen sorgfältig analysieren.

Und nun darf ich Ihnen eines sagen: Das ist ja nur —

(Abg. Dr. Hundhammer: Schreiben Sie darüber wieder ein Kriegstagebuch?)

Das ist ja nur die erste Frage bei dieser Regierungsbildung. — Dieser Kampf, Herr Dr. Hundhammer, ist Ihr Kampf; darüber können Sie Kriegstagebücher verfassen!

(Abg. Dr. Hundhammer: Ich habe darin nicht die Erfahrung wie Sie!)

Mir scheint, daß nicht bloß diese Symptome das eigentliche Problem unserer innerbayerischen Lage andeuten, sondern daß die Frage viel weitergeht.

Zunächst möchte ich erklären, daß in dieser Koalition schon **erste Anzeichen innerer Spannungen** ganz deutlich sichtbar geworden sind. Herr Kollege Bezold hat davon gesprochen, und seine Bemerkung ist richtig, daß die Koalition CSU-SPD in der bayerischen Staatsverfassung vorgebildet ist. Daß Staatssekretäre mit Stimmrecht in der Regierung sitzen, ist darauf zurückzuführen, daß man damals in der Tat dieses gekoppelte System — Minister von der einen, Staatssekretär von der anderen Partei — verfassungsmäßig verankern wollte,

(Abg. Dr. Lacherbauer: Stimmt ja gar nicht!)

um so eine Koalition zu erleichtern. Nun erlauben Sie mir, eines zu sagen: Ich habe diese Methode damals für falsch gehalten und halte sie heute für falsch, aus einem ganz einfachen Grund: Es ist eine **Methodik des gegenseitigen Mißtrauens**. Sie werden nur dann zu arbeitsfähigen Ministerien kommen, wenn diese aus einem Guß sind. Wenn Sie dem Minister der einen Partei den Staatssekretär der anderen Partei gegenüberstellen, dann werden sich diese immer gegenseitig hemmen oder es wird wenigstens die Tendenz dazu bestehen. Dann wird die

Folge eine mangelnde Einheitlichkeit der Regierungsarbeit und eine erhebliche Erschwerung klarer Arbeitsergebnisse in den jeweiligen Ministerien sein. Das scheint mir festzustehen. In der Verfassung ist da ein Problem enthalten, das sich auch auf diese Koalition auswirken wird.

In diesem Zusammenhang darf ich eines sagen: Ich bewundere den Mut unserer Kameraden vom BHE, sich in diese schon einmal geschiedene und nun von neuem geschlossene Ehe als dritter Partner hineinzuwagen.

(Zuruf: Als Hausfreund!)

— Bitte sehr; als eine Art von Hausfreund. Ich hätte gewünscht, daß diese Gruppe, wenn sie schon in die Regierung eintritt, stärker an ihr beteiligt ist. Der Stärke von 20 Abgeordneten hätten in der Regierung ohne Zweifel ein Ministerium und zwei bis drei Staatssekretariate entsprochen. Ich halte die Forderungen, die der BHE stellt, für absolut notwendig, um den sozialen Ausgleich im Lande durchzuführen, und was wir tun können, um diese Forderungen zu unterstützen und uns mit aller Entschiedenheit — und wenn Sie wollen, mit allem Radikalismus — hinter sie zu stellen, das werden wir hier tun, damit sich eines nicht ereignet, was wir bereits gesehen haben: Zwei soziale Probleme sind in diesem Hause bisher diskutiert worden. In beiden sind die Regierungsparteien offenkundig auseinandergefallen; darüber besteht gar kein Zweifel.

Es dreht sich also hier nicht nur um die Frage die Regierungsbildung — das war die Trauung —, es dreht sich um die Frage des ehelichen Friedens. Erlauben Sie mir, bei diesem Bild zu bleiben. Das eine Problem war der **Lastenausgleich**. Der Ministerpräsident hat ein Wort gesagt, das sehr schön zu klingen scheint. Er hat gesagt: Ein soziales Zeitalter erfordert eine soziale Regierung. Erlauben Sie mir die Bemerkung: Diesen Satz empfinde ich als eine ziemliche Trivialität. Und warum? Wir haben absolut unsoziale Verhältnisse, die eine **konkrete Sozialpolitik** erfordern, um aus den unsozialen Verhältnissen von heute soziale Verhältnisse von morgen zu schaffen. Das ist die Situation, in der wir uns befinden. Worin beruht denn das, was man heute als soziales Zeitalter bezeichnet hat? Es gibt noch **Zehntausende von Heimatvertriebenen**, die in Lagern leben. Seien wir uns doch darüber im klaren, daß hier von einem sozialen Zeitalter nicht gesprochen werden kann! Ich kenne die Lager, bin oft genug in ihnen und möchte ein Wort unterstreichen, das Herr Dr. Keller gesagt hat und von dem ich sehr bedauere, daß es auf den Widerspruch der Bayernpartei gestoßen ist: Wer nicht die Disziplin dieser Menschen und ihren staatsbürgerlichen Sinn anerkennt, den sie bewahren, der weiß nicht, was er diesen Männern zu danken hat, die heute ein solches Schicksal ertragen.

(Beifall beim BHE und der DG)

Das sollte auch die Bayernpartei begreifen, wenn sie am Land Bayern hängt: daß keiner dieser Menschen freiwillig gekommen ist, daß hier eine Not-

(Haußleiter [DG])

lage besteht und daß jeder dieser Menschen diszipliniert gehandelt hat. Einzelfälle von Verzweiflung werden sich immer finden; aber bitte, meine Herren, versetzen Sie einmal Zehntausende, ob es Einheimische oder Heimatvertriebene sind, in diese Notlage!

(Unruhe bei der BP)

Das ist ein Prüfstein der moralischen Haltung, und diese Prüfung hat die Masse der Heimatvertriebenen bestanden. Das sollten wir in dieser Stunde sagen.

(Abg. Dr. Baumgartner: Diese Belehrung haben wir nicht notwendig.)

— Herr Dr. Baumgartner, Sie hätten einiges besser machen können in der letzten Zeit. Denken Sie an Ihre Sprüche in Bonn!

(Heiterkeit. — Beifall bei DG, BHE und SPD)

Dr. Baumgartner (BP): Ich habe einen Flüchtlingsausgleich gefordert, nichts anderes. Das sind keine Sprüche!

Präsident Dr. Stang: Herr Abgeordneter Haußleiter, ein Bundestagsabgeordneter macht niemals Sprüche.

Dr. Baumgartner (BP): Das waren eher Sprüche, was Sie jetzt gesagt haben, Herr Haußleiter!

Haußleiter (DG): Herr Dr. Baumgartner, klatschen Sie sich selber Beifall, weil es sonst so wenig Leute im Lande tun!

(Zuruf von der BP)

In den zwei sozialen Problemen, die bisher zur Debatte standen, war keine einheitliche Haltung der Regierungsparteien zu erkennen. Die Diskussion über den **Lastenausgleich** im Haushaltsausschuß wird draußen im Lande die Sorge um den Bestand der Regierung weiter erhöht haben; darüber besteht gar kein Zweifel. Ich wiederhole sonst ungern, aber erlauben Sie mir jetzt das, was gestern ein Kollege, Dr. Keller, gesagt hat, noch einmal auszusprechen: Die christlichen Positionen müssen konkretisiert werden. Wenn ich von Lastenausgleich spreche, dann meine ich in der Tat nicht Maßnahmen, die unsere Wirtschaft zerstören. Aber manchmal habe ich das Gefühl, als wollte Herr Schäffer, indem er an die Stelle eines echten Ausgleichs eine Art **Substanzsteuer** setzt, den Lastenausgleich durch fiskalische Maßnahmen ad absurdum führen. Das ist unser unbehaglicher Eindruck bei dieser Maßnahme.

Ich habe die eine Bitte: Hören Sie, was Ihnen ein gemäßigter Sprecher der Heimatvertriebenen gesagt hat, sehr aufmerksam an! Der Bestand der christlichen Welt hängt nicht davon ab, daß man sich hier formal zu ihr bekennt, sondern davon, daß man mit ihr tödlichen Ernst macht. Ich habe aber das verdammte Gefühl, daß man auf die Bayernpartei, wo sie sich christlich nennt, jenes bedenkliche Wort Fontanes über die Engländer anwenden

kann — ich glaube, es ist auch unter dem Besatzungsstatut erlaubt, es zu zitieren —, der einmal gesagt hat: Sie sagen Christus und sie meinen Kattun.

(Abg. Dr. Baumgartner: Den Flüchtlingsausgleich meinen wir! Eine Frechheit, so etwas zu sagen. — Weitere Zurufe. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Stang: Herr Abgeordneter Dr. Baumgartner, ich möchte die Zwischenrufe, die eben gefallen sind, entschieden zurückweisen.

(Abg. Dr. Baumgartner: Ich spreche nicht mit Kriegsberichterstattern.)

Haußleiter (DG): — Ich war nicht Kriegsberichterstatter.

(Abg. Dr. Baumgartner: Alte Nazi-Phrasen sind das! — Zurufe von der BP: Nazi-Berichterstatter! — Der Herr Leutnant, was tut der hier überhaupt?)

— Ich habe mich hier mit Ihnen über meine Vergangenheit nicht auseinanderzusetzen.

(Abg. Lanzinger: Der ist nur durch Schwindel hereingekommen! — Weitere Zurufe. — Große Unruhe. — Glocke des Präsidenten)

Präsident Dr. Stang: Herr Abgeordneter Lanzinger, ich muß diesen Ausdruck unter allen Umständen zurückweisen. Ich rufe Sie zur Ordnung.

Haußleiter (DG): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Lastenausgleich ist nicht mehr zu verschieben. Ich habe die eine Sorge: Wenn jetzt der Bayerische Landtag Stück für Stück, so wie es begonnen worden ist, aus den Konzessionen, die man in Bonn mühselig den Heimatvertriebenen gemacht hat, herausbricht und das ganze Thema von neuem zur Diskussion stellt, dann werden wir eine Radikalisierung erleben, für die genau diejenigen die Verantwortung tragen, die sich heute als konservativ bezeichnen wollen.

(Beifall bei DG und BHE)

So ist doch die Situation, und um diese Auseinandersetzung haben wir zu kämpfen.

Erlauben Sie mir, Herr Dr. Baumgartner, zu diesen ganzen Sprüchen von wegen Nazi-Kriegsberichterstatter usw. zu sagen: Ich bin nicht bei der PK gewesen; ich habe aber auch nicht die Absicht, meine Vergangenheit zu tarnen und zu verbergen. Die kennt jeder in diesem Land, sie kann überprüft werden. Einige Ihrer Anhänger würden sich zu Tode wundern, wenn sie hören würden, wie Sie hier nur in der Vergangenheit kramen, statt daß Sie einmal etwas anderes tun würden, nämlich mit den Heimatvertriebenen konstruktive Wege zum sozialen Ausgleich zu suchen. Sie verschärfen die soziale Situation in unverantwortlicher Weise; Sie sind einer der Urheber eines neuen Radikalismus in diesem Hause.

(Abg. Dr. Baumgartner: Schauen Sie unsere Anträge im Bundestag an!)

(Haußleiter [DG])

— Ich kenne Ihre Anträge sehr genau und habe auch die Protokolle genau genug gelesen, Herr Dr. Baumgartner.

Ich möchte also sagen: Hier muß Klarheit geschaffen werden, hier muß konstruktiv gearbeitet werden, und der Bayerische Landtag — das ist das mindeste — darf nicht die Verantwortung für Verzögerungen auf sich laden, wenn er schon keine neuen, konstruktiven Vorschläge durchsetzen kann.

Die Regierung hat sich als Regierung des sozialen Ausgleichs bezeichnet. Wenn die Bonner Vorschläge unkonstruktiv sind, dann machen Sie, bitte, neue Vorschläge, Sie dürfen aber nicht das Minimum, das vorliegt, vom Bayerischen Landtag aus torpedieren. Ich sehe nicht ganz, wie die Regierung bei den Divergenzen, die zum Ausdruck gekommen sind, zu einer einheitlichen, klaren Vertretung der Lastenausgleichsforderungen im Bundesrat gelangen will.

Die gleichen Divergenzen — ich deute sie nur einmal an — haben wir gestern bei der Diskussion über die zweite entscheidende soziale Frage, die Frage des **Mitbestimmungsrechts**, erlebt. Auch da waren wir Zeugen eines leichten Duells und einer Auseinandersetzung zwischen den Regierungsparteien, nicht aber einer Übereinstimmung zwischen ihnen. Sobald es an die konkreten sozialen Tatbestände herangeht, tauchen die Differenzen auf. Auch hiezu meine offene Meinung! Die **Methoden der kapitalistischen Manager**, die über den Arbeiter hinweggehen, sind nicht richtig. Der Arbeiter will, daß sein Betrieb zu einer organischen Zelle wird. Deshalb wird er dann skeptisch sein, wenn Funktionärs-Apparaturen der Gewerkschaften in den Betrieb hineinregieren wollen. Man packt also dieses Problem von beiden Seiten auf eine durchaus falsche und komplizierte Weise an. Nun ist in der Tat zu einem politischen Machtkampf geworden, was eine Frage der organischen Regelung an der Arbeitsstätte sein sollte. Diese Entwicklung wird von allen in Deutschland, insbesondere auch vom Arbeiter, bedauert. Der deutsche Arbeiter, Herr Kollege Hagen, will nicht den Kampf im Betrieb, sondern eine organische Lösung im Betrieb. Eine lebendige Form **echten Mitunternehmertums des Arbeiters** scheint mir eine soziale Forderung der Stunde zu sein. Es muß aber gegen jede Art von Funktionär-Regime abgeschirmt werden, gleichgültig, ob es kapitalistische oder gewerkschaftliche Funktionäre sind, weil wir nicht weit drüben über der Grenze die Entartungen von Funktionärs-Apparaturen, wenn sie die politische Macht in der Hand haben, am genauesten beobachten und studieren können. Deshalb werden wir für alles eintreten, was die Stellung des Arbeiters verbessert, und gegen alles stehen, was die Stellung von Managern verstärkt, gleichgültig, welcher Herkunft sie sind. In der Diskussion habe ich bei den Vertretern der Regierungsparteien, Dr. Hundhammer hier und Herr von Knoeringen dort, bisher keine konstruktiven Ansätze für ein einheitliches Programm zu entdecken vermocht.

Nun zur **Regierungserklärung** selbst. Die Regierungserklärung ist eine Art **müder Verwaltungsbericht** gewesen. Von politischer Haltung kaum eine Spur, von politischer Planung kaum ein Wort. Es war die Regierungserklärung des „sowohl als auch“. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, er wolle kein leuchtendes Programm aufstellen. Es sollten keine Versprechungen gemacht werden. Wenn Sie das Regierungsprogramm aufmerksam lesen, dann ist es nichts anderes als eine Aneinanderreihung von unpräzisen und sofort wieder zurückgenommenen Versprechungen. Das macht das Wesen dieses Regierungsprogramms aus. Der bayerische Ministerpräsident verdient wegen seiner Gewissenhaftigkeit, wegen des Ernstes seiner Bemühungen Anerkennung und hat sich dadurch auch im Lande Autorität erworben. Er wird einmal als Staatsmann in die Geschichte eingehen nicht wegen der Kunst, entschiedene Maßnahmen zu treffen, sondern wegen der Kunst, jeden Anstoß zu vermeiden. Das ist vielleicht auch eine Kunst. Ich beherrsche sie allerdings weniger.

(Heiterkeit)

Aber die Kunst, nicht anzustoßen, bietet in unsicheren und unruhigen Zeiten nicht die Gewähr dafür, daß dem Volk die notwendigen Sicherheiten sozialer und politischer Art gegeben werden. Bei der vollendeten Technik des „sowohl als auch“ hat das Volk das Gefühl der inneren Führungslosigkeit. Eine gewisse politische Klarheit sollte gerade in einem demokratischen Staat herrschen, wenn man nicht eine radikale Entwicklung geradezu provozieren will. Jeder Satz dieser Regierungserklärung ist so undeutlich, so verheißungsvoll auf der einen Seite und wieder so eingeschränkt und zurückgenommen auf der anderen Seite, daß sie nicht als ein echtes Programm aufgenommen werden kann. Sie sehen das auf jedem Gebiet, sei es nun der Föderalismus oder sonst etwas. Ein faszinierender Vorgang: den föderativen Erklärungen des Herrn Ministerpräsidenten hat gestern, wenn ich recht gehört habe, sowohl die Sozialdemokratische als auch die Bayernpartei zugestimmt. Das kann nur dadurch erklärt werden, daß er für beide Teile eine einigermaßen ausweichende Erklärung abgegeben hat. Auf der einen Seite: Bayern über alles; auf der anderen Seite: der bundestreueste Staat, den es gibt. Die eine Hälfte für die Bayernpartei, die andere Hälfte für die Sozialdemokratische Partei.

(Zuruf: Da bleibt für Dich nichts mehr!)

Beide sind zufrieden, beide sind einigermaßen abgefunden.

Mir scheint das ein sehr großes Problem; denn es gibt einige Fragen, bei denen ein entschiedenerer Kurs gesteuert werden müßte. Der Bayerische Rundfunk hat behauptet, ich trete für die Remilitarisierung ein, weil ich eine stärkere Vollmacht des Bundes in **Polizeifragen** für notwendig halte. Die Entwicklung der Bereitschaftspolizei auf Länderebene spricht nicht dafür, daß auf diesem Gebiet ein **überzüchteter Föderalismus** eine glückliche Lösung ist. Außerdem widerspricht die Haltung der Regierung innerlich sich selbst. Sie kämpft auf der einen Seite gegen die Dezentralisierung der Polizei

(Haußleiter [DG])

im eigenen Lande. Da ist sie glücklich, daß sie zentralistisch einen Schritt weiter gekommen ist. Auf der anderen Seite lehnt sie jede zentrale Vollmacht des Bundes in dieser Frage ab. Internationale Verbrecherbanden, mit denen wir uns hier und dort auseinanderzusetzen haben, respektieren leider nicht die gegenwärtig ein wenig künstlichen Ländergrenzen. Es ist also notwendig, daß in der Frage der Bundespolizei die erforderliche zentrale Autorität sichergestellt wird. Mit den allgemeinen höflichen Wendungen, die der Herr Ministerpräsident so meisterlich beherrscht, darf den Entscheidungen nicht ausgewichen werden.

Zum Thema **Föderalismus** noch folgendes: Herr Kollege Bezold hat den Mangel des Wortes „Europa“ beklagt. Ich meine, jede Regierungserklärung müßte berücksichtigen, daß durch die Teilung Deutschlands dieses Land einer der Eckpfeiler des Abendlandes geworden ist. Wenn wir in diesem Land den Kurs der Regierung diskutieren — und dieses Land ist ja stolz darauf, eine Staatsverfassung zu haben —, dann muß auch von Staatspolitik geredet werden. Daher, meine Damen und Herren, erlauben Sie es mir, zu kritisieren, daß in der Regierungserklärung kein Wort von den Brüdern und Schwestern jenseits des eisernen Vorhangs, kein Wort vom deutschen Osten, kein Wort von der deutschen Mitte enthalten ist. Wir bitten den Herrn Ministerpräsidenten, nachzuholen, was er da versäumt hat.

Was Herr **Dr. Etzel** dazu gestern nachzuholen versuchte, indem er eine merkwürdige Mischung aus Urreden der Bayernpartei, erste Fassung beim Start einerseits und Nachhol-Lernbedarf aus der Deutschen Gemeinschaft andererseits produziert hat, schien mir nicht ganz glücklich zu sein. Er hat ein wenig von der Elbe-Linie gesprochen. Er hat Passagen in seiner nicht ganz verständlichen Rede gehabt, von denen ich nicht genau weiß, ob sie unter großbayerischen oder unter großdeutschen Vorzeichen gestanden haben. Manchesmal habe ich das Gefühl gehabt, als sollte die **großbayerische Position**, da sie seit dem Hungerwinter 1947/48 ein wenig abgeblättert und vergilbt ist, etwas durch **gesamtdeutsche Ergänzungen** zeitgemäß erneuert und aufpoliert werden.

(Heiterkeit)

Dieses Bemühen der Bayernpartei kommt zu spät. Die Partei, der Professor Berr als Mitglied angehört, wird vergeblich versuchen, sich als Hüterin der gesamtdeutschen Position in Bayern zu bezeichnen. Herr Dr. Etzel, Ihre Bemühungen, auf diesem Gebiet die höhere Ebene zu erreichen, kommen zu spät. Sie sind zu sehr profiliert und zu sehr fixiert.

Bei diesem Punkt möchte ich aber noch eines hinzufügen: Wenn wir im bayerischen Parlament das Verhältnis Bayerns zum übrigen Deutschland betrachten, dann dürfen wir niemals die **Verbindung zur deutschen Mitte** vergessen. Ich glaube nicht, daß das Nationalismus ist. In einer Stunde, in der man die Deutschen auffordert, wieder Sol-

daten zu werden, sollte man auch ganz deutlich sagen: Heimatlose können nicht für eine Heimat kämpfen. Wenn wir deshalb Politik, Staatspolitik treiben, wie Bayern es will, dann müssen wir uns auch bei einer Regierungserklärung zum verlorenen **deutschen Osten** bekennen, den man gegen jedes Menschenrecht den Deutschen und Deutschland geraubt hat.

Ich wäre dem Herrn Ministerpräsidenten dankbar, wenn er die Frage beantworten würde, warum er geglaubt hat, allein auf das Verwaltungsgebiet ausweichen zu können und sich jeder politischen Entscheidung entziehen zu müssen.

Nun zu einigen Punkten. Der Herr Abgeordnete Bezold hat bereits gesagt: Man kann nicht — und das ist diese Politik des „sowohl — als auch“ — auf der einen Seite versichern, daß man die **Kulturpolitik** unverändert fortsetzen wolle, während auf der anderen Seite in der Regierungserklärung ein einziges Mal, gleichsam über alle nüchterne Vernunft hinweg, das Unterbewußtsein wirksam geworden ist. Man hat nämlich gesagt, daß die **Toleranz** nun zum Grundsatz erhoben werden soll. Dazu darf ich sagen, daß hier das Unterbewußtsein — ich bin sonst kein Schüler von Freud — sehr interessante Wirkungen gezeitigt hat. Damit ist nämlich ausgedrückt, daß die Toleranz bisher offenkundig nicht zum Grundsatz erhoben gewesen ist. Ich meine also, wir könnten diesen Satz der Regierungserklärung besonders willkommen heißen. Herr Dr. Hundhammer hat gestern im Herrn Kultusminister den Mann gesehen, der die kulturpolitische Linie des Ministers Dr. Hundhammer fortführt. Den Herrn Staatssekretär im Kultusministerium hat er nicht erwähnt. Vielleicht ist hier eine interne Verteilung der Regierungsaufgaben erfolgt. Vielleicht verwaltet der Herr Kultusminister die Fortführung der bisherigen Linie; vielleicht soll der Herr Staatssekretär die Toleranz verwalten?

(Heiterkeit)

Vielleicht ist dies der Grund, weshalb Herr Dr. Hundhammer, der Fraktionsvorsitzende der CSU, sitzen geblieben ist, als die Ernennung des Staatssekretärs im Kultusministerium hier im Hause zur Bestätigung gelangte. Ich könnte mir vorstellen, daß für den Herrn Fraktionsvorsitzenden der CSU dabei ein wenig zu viel Toleranz im Spiele war, die man von ihm anscheinend nicht erwarten darf. Wir werden also dem Destillat aus der Fortsetzung des Alten und der Hinzufügung der Toleranz in den kommenden Monaten unsere liebevolle Aufmerksamkeit schenken.

Eine andere Frage, die nicht beantwortet ist, die aber jede Oppositionspartei stellen muß, ist die: Wie ist es mit der **vierten Landesuniversität**? Dieses Problem hat tiefste Beunruhigung in weiten Kreisen der Bevölkerung hervorgerufen. Die Frage muß rasch entschieden werden; da stimme ich mit der FDP völlig überein.

(Abg. Meixner: Nach zwei Jahren!)

(Haußleiter [DG])

— Ich weiß, Herr Kollege Meixner, warum Sie die Vertagung um zwei Jahre wollen; das haben wir längst gemerkt.

(Heiterkeit. — Abg. Meixner: Entschuldigen Sie, die Vertagung hat Abgeordneter Bezold angeregt.)

Damals war ich gegen die Vertagung eines solch entscheidenden Problems. Jetzt wollen wir von der Regierung, vielleicht im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen, die, soviel ich weiß, ja nicht veröffentlicht worden sind, sehr genau wissen, wie es mit der vierten Universität steht und wie sich die Koalitionsparteien über dieses Problem einigen werden.

(Abg. Kiene: Davon steht nichts drin!)

— Ja eben, das müßte ein wenig nachgeholt werden, Herr Kollege!

Auch auf dem Gebiet der **Vereinfachung der Staatsverwaltung** hat der Herr Ministerpräsident sehr undeutlich und ein wenig doppeldeutig gesprochen. Auf der einen Seite hat er die neuen Kräfte gelobt, die nach 1945 in die Verwaltung einströmen sind. Das Wort „einströmen“ kann man in diesem Zusammenhang bis zu einem gewissen Grade als zutreffend bezeichnen. In der Tat war der Andrang neuer Kräfte auf einigen Gebieten so erheblich, daß der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zwei Seiten später zugeben muß, daß die Staatsregierung „zu schwerfällig und zu kostspielig“ ist und einer inneren Reform bedarf. Offenbar war also der Andrang neuer Kräfte zu stark und hat zu einer Überfüllung der Bürokratie geführt. Hier erscheint es mir in der Tat notwendig — und das ist ein Problem, um das wir zu ringen haben —, von politischen Gesichtspunkten abzugehen und wieder auf die sachliche Qualifikation der Männer in den Amtsstuben zu sehen. Das heißt: Es gibt keine billigere Staatsverwaltung als die Staatsverwaltung durch Fachleute.

(Abg. Piechl: Das hat der Loritz gesagt!)

Die erste Voraussetzung für eine Staatsvereinfachung ist die Überprüfung ungeeigneter Leute und ihre Ersetzung durch geeignete Kräfte. Hier ist es oft notwendig, Aufräumarbeit zu leisten. Bei der jetzigen Koalition haben wir gerade die große Sorge, daß sie zu der echten Säuberung in den Amtsstuben nicht in der Lage ist. Ohne Zweifel sind hier und dort 1945/46 gute Leute eingesetzt worden, aber es sind doch in der Majorität Nichtfachleute in die Ämter gekommen. Dieser Mangel an Fachkräften in den Ämtern lähmt die Verwaltung und macht sie zu kostspielig. Die **Überprüfung des Beamtenapparates** mit Ersetzung der Nichtfachleute ist eine Forderung, auf der wir bestehen müssen und die wir unter allen Umständen zu verwirklichen haben, wenn der Steuerzahler entlastet werden soll.

Auf diesem Gebiet müßten wir uns langsam von den **Restbeständen der Entnazifizierung** lösen, die von allen Parteien im Wahlkampf als ein schwerer innenpolitischer Fehlschlag bezeichnet

worden ist. Ich bitte das auch einmal so zu sehen: Wir können nicht auf die Dauer einen politischen Zwei-Klassen-Staat aufrechterhalten. Was bisher zur Beendigung der Entnazifizierung geschehen ist, ist weiter nichts als eine Art Fortsetzung der Entnazifizierung unter anderen Vorzeichen; das wollen wir uns hier einmal ganz nüchtern gestehen. Hier sollten die Parteien zu der Haltung zurückkehren, die sie auf diesem Gebiet ohne Zweifel alle zusammen vor den Wahlen eingenommen haben. Was sich hier abspielt, ist zum Teil absurd. Denken wir daran, daß die Entnazifizierung, die wir heute noch erleben, in vielen Fällen nicht um Lebende geht, daß es, soweit ich informiert bin, einen Toten gibt, der zum siebten Mal entnazifiziert wird! Warum? Weil es um den Nachlaß geht. Der Rechtsstreit mit den Hinterbliebenen, soweit es sich um die Frauen handelt, bedeutet in diesen Fällen eine Sippenhaftung, von der wir uns endlich freimachen sollten. Es muß endlich einmal Schluß gemacht werden mit überflüssigen Ausgaben für den Nachhall der Auswirkung eines Gesetzes, von dem niemand in diesem Hause glaubt, daß es ein glückliches Gesetz gewesen ist.

Nun ein anderer Gesichtspunkt! Bezüglich der **Gemeindeordnung** sind die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten genau so orphisch, genau so mystisch dunkel wie auf anderen Gebieten. Er sagt: Möglichst weitgehende **Selbstverwaltung** unter Wahrung des staatlichen Einflusses in Angelegenheiten, die sich nicht zur Selbstverwaltung eignen. Da ist jeder mögliche Spielraum gegeben, danach besteht keine Möglichkeit, die Gemeinden, die unteren Selbstverwaltungskörper zu selbstständigeren Organen zu machen, als sie bisher gewesen sind. Ich habe mit dem Bürgermeister von Windsheim, einer kleinen ehemaligen freien Reichsstadt, gesprochen. Er hat mir die Akten aus der Geschichte der Stadt gezeigt. Dieses Windsheim, eine kleine Stadt, aber früher einmal eine freie Reichsstadt, eine selbständige Vereinigung von Bürgern, war in der Lage, über die Teilnahme des Reichs an den Türkenfeldzügen selbstständig zu entscheiden. Heute muß der Bürgermeister die Genehmigung der übergeordneten Instanz einholen, wenn er die Polizeistunde von 12 Uhr auf 1 Uhr nachts verlängern will. So sieht es doch aus! Der **Münchener Zentralismus**, gepflegt durch das bayerische Innenministerium, ist darauf ausgegangen, die Selbstverwaltung veröden zu lassen; darüber besteht gar kein Zweifel. Man spricht in diesem Lande von Föderalismus, wendet ihn aber unten nicht an; dort hat man jede Möglichkeit der Zentralisierung für zweckmäßig und sinnvoll gehalten. In diesem Punkte müssen die Gemeinden wieder selbstständiger werden.

Es ist bedauerlich, wenn der Herr Ministerpräsident erklärt, daß die volle **Finanzhoheit der Gemeinden** in weiter Ferne liege. Der Staat kann mehr tun als bisher. Ich möchte Sie auch auf etwas hinweisen, wofür ich schon als einzelner eintrat, als ich noch in den Reihen der CSU stand: Es ist notwendig, daß Landräte und Bürgermeister unmittelbar von der Bevölkerung gewählt werden, damit zwischen Landrat beziehungsweise Bürgermeister und Bevölkerung der echte Konnex her-

(Haußleiter [DG])

gestellt wird, der bei Einschaltung der Kreis- und Gemeindeparlamente als Zwischeninstanzen vielfach fehlt. Auch das ist eine Forderung, für die wir eintreten werden.

Nun die Frage des **Landeswahlgesetzes**, die bereits ein wenig diskutiert worden ist. Der bayerische Innenminister hat ein neues Landeswahlgesetz angekündigt. Falls er nicht selbst den Appendix beseitigen will, den das jetzige Landeswahlgesetz noch hat, werden wir durch Anträge unsererseits darauf hinwirken. Ich meine die abgekürzte **Proskriptionsliste**, die man dem Gesetz anzufügen damals für richtig gehalten hat.

(Abg. Zillibiller: Ich habe gedacht, Sie meinen die Mehrheitswahl.)

— Für die Mehrheitswahl trete ich ohne Unterlaß ein, Kollege Zillibiller.

(Abg. Zillibiller: Das werden wir uns merken.)

Aber ich will Ihnen sagen, warum ich die Proskriptionsliste, die das Landeswahlgesetz als Anhang hat, für falsch halte. Diese Liste bedeutet im Grunde eine Diskreditierung sämtlicher Spruchkammern. Entweder erkennen wir als bayerisches Parlament die Spruchkammerurteile an — dann haben wir uns auch beim Landeswahlgesetz nach ihnen zu richten —, oder aber wir negieren diese Spruchkammerurteile — dann müssen sie allesamt als problematisch bezeichnet werden. Sie können aber nicht aus der Rechtsprechung der Spruchkammern einen Sektor herausgreifen und sagen: Der oder jener ist fahrlässigerweise von den Spruchkammern zu Unrecht zum Mitläufer erklärt worden. Entweder die Spruchkammern haben richtig entschieden, dann müssen ihre Entscheidungen generell gelten, oder aber es ergibt sich die Notwendigkeit, die gesamten Spruchkammerurteile in Frage zu stellen; dann sind alle die Bestimmungen nicht berechtigt, die Sie zum Beispiel zugunsten der Wiedereinstellung des Spruchkammerpersonals getroffen haben. Hier muß ein Entweder-Oder erfolgen. Ich bin ein absoluter Gegner der halben Maßnahmen. Beim Landeswahlgesetz hat man eine unentschiedene Maßnahme getroffen: Man hat auf der einen Seite die Spruchkammerurteile anerkannt und auf der anderen Seite wieder schematische Klassifizierungen eingeführt, die auf die Dauer nicht gelten können.

Nun ein Punkt, der mir wesentlich zu sein scheint. Ich war ein wenig überrascht darüber, daß Herr von Knoeringen, der Fraktionsvorsitzende der SPD, den Vorschlag eines **Sonderministeriums für Aufbau**, Heimatvertriebenenfragen und Landesplanung abgelehnt hat. Herr von Knoeringen hat das bestechende Wort gesprochen: Die ganze Regierung sollte ein Aufbauministerium sein. Das ist ein Ideal, ein Idealzustand, der bei der Diskrepanz zwischen den Ressorts in der Vergangenheit nachweislich nicht zu erreichen war. Erlauben Sie mir zu sagen: Was trotz einiger Bemühungen des Herrn Ministerpräsidenten auf diesem Gebiet in einer einheitlichen Regierung nicht möglich gewesen ist, das wird erst recht nicht erreicht werden können in

einer nicht einheitlichen Regierung. Das scheint mir eine ganz nüchterne Überlegung zu sein.

Die Regierungserklärung ist ein Beweis dafür, daß **echte Planung** in diesem Lande bisher nicht bestanden hat. Sehen Sie doch einmal die vagen Ankündigungen über die geplante Arbeitsbeschaffung an! Sie sind genau das, was Herr Dr. Adenauer in Bonn einmal in kritischer Stunde als Arbeitsbeschaffungsprogramm vorzulegen gewagt hat. Es heißt nämlich, die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung werden zusammengestellt. Dr. Adenauer hat damals in Bonn alle vorliegenden Wohnungsbaupläne und ähnliche Vorhaben durch die Ressorts addieren lassen, einen Strich darunter gemacht und das Ganze zusammengezählt; das war dann das Arbeitsbeschaffungsprogramm. Wenn wir eine funktionierende Landesplanung hätten, dann müßten darüber selbst in einer Regierungserklärung gewisse konkrete Angaben über den Sollbestand an möglichen Maßnahmen gemacht werden können. Ich sehe in diesem Mangel an Planung einen der Grundfehler dessen, was uns hier als Regierungserklärung vorgelegt worden ist.

Die **Landesplanung** soll also kommen. Wenn sie nur im Bereich der Theorie bleibt, das heißt, wenn die Koordinierung, die notwendig ist, nicht erreicht werden kann, dann, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Sie zwar neue Bilanzen über das, was geschehen könnte, Sie haben aber keine Stelle von Autorität, die neue konstruktive Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchsetzen könnte.

Der Herr Ministerpräsident hat, das steht fest, die Aufgabe der Koordinierung. Hier aber, in der Frage des sozialen Wohnungsbaus, in der Frage der Arbeitsbeschaffung, in der Frage der Eingliederung der Flüchtlingsjugend in den Arbeitsprozeß, in der Fürsorge für die Heimkehrer, die in der Regierungserklärung leider nicht erwähnt sind, in allen diesen Dingen handelt es sich um zeitgeborene Sonderprobleme, und diese Sonderaufgaben müssen in einer Hand vereinigt werden, die meiner Ansicht nach nicht die Hand des Ministerpräsidenten sein kann, der gleichzeitig Bundesratspräsident ist. Der Ministerpräsident ist heute zu sehr vielen Reisen, zu den Verhandlungen mit der Besatzungsmacht gezwungen, er wird bei der Koordinierung der Sonderaufgaben auf dem Gebiete des Aufbaus, der Landesplanung, der Heimatvertriebenenfragen immer eines Stellvertreters bedürfen. Nun frage ich Sie, bei der Kenntnis der Stärke des Widerstands der Bürokratie: Wird sich jemals ein Sonderbeauftragter durchsetzen können, wenn er nicht die notwendige Autorität gegenüber den anderen Ressorts hat? Da dreht es sich nicht um ein Mammutministerium, da dreht es sich um einen Sonderbeauftragten — nennen Sie ihn bitte verfassungsgemäß einen Sonderminister für Aufbau! —, der die notwendige Autorität in Vertretung des Ministerpräsidenten hat, damit dieses Land endlich aus der Periode der Improvisation in die Periode der Planung eintreten kann, zu der wir uns bekennen wollen.

Ich muß Ihnen sagen, daß für mich der Standpunkt der Sozialdemokratischen Partei in dieser

(Haußleiter [DG])

Frage taktisch unverständlich ist. Sie steht effektiv in Widerspruch mit sich selbst. Hier zu sagen, es gäbe ein Mammutministerium, ist nach meiner Ansicht aus folgender Erwägung nicht richtig: Sie haben das Staatssekretariat für Heimatvertriebenenfragen — vielmehr, Sie haben es noch nicht; im Grunde gibt es nur den Staatssekretär für Heimatvertriebenenangelegenheiten, nicht das Staatssekretariat —. Sie müssen das Amt für Landesplanung schaffen und Sie müssen den sozialen Wohnungsbau und ähnliche Dinge zusammenfassen. Sie haben also im Grunde nur einige Ministerialabteilungen zusammenzufassen, die innerlich zusammengehören, wenn Sie konstruktive Politik in diesem Lande machen wollen, und dann haben Sie dem Chef dieser Ministerialabteilungen, die zusammengefaßt werden, die notwendige Autorität zu geben, damit er sich den anderen zögernden Ministerien mit ihrem Ressortehrgeiz gegenüber durchsetzen kann. Für diesen Plan trete ich seit langem ein. Seit 1947 stehen Anträge von mir auf diesem Gebiet auf den Tagesordnungen. Wir haben 1948 darüber diskutiert und haben 1950 diskutiert. Sie werden aus der Periode der planlosen Regierungserklärungen mit freundlichen Verheißungen nicht herauskommen, Sie werden den festen Boden konkreter Regierungsarbeit nicht erreichen können, der erst ein Fundament für eine dauerhafte Koalition wäre, wenn Sie nicht Planung durchsetzen und die Planungszentrale nicht mit der notwendigen Autorität ausstatten. Das ist ein Punkt, um den wir kämpfen werden.

Die Stunde ist fortgeschritten. Erlauben Sie mir, nur noch ein paar Bemerkungen zu machen über die Dinge, die fehlen! Ich hätte einiges zu sagen über die Frage der **unabhängigen Rechtsprechung**. Wir treten für die deutliche **Trennung von Legislative und Exekutive** ein, die sich in der letzten Legislaturperiode nicht immer gezeigt hat. Kritik an Urteilen der unabhängigen Richter kann der Privatmann üben, nicht die Legislative. Ich halte diesen Weg für problematisch.

Herr von Knoeringen hat mit Recht Volksnähe für die Regierung verlangt. Dabei wird aber die Staatszeitung oder der Rundfunk nicht ihre **Überparteilichkeit** verlieren können und verlieren dürfen. Wir werden als Opposition sehr scharf auf diese Überparteilichkeit achten. Wenn die Zeitung, die der Staat herausgibt, nur ein Sprachrohr der Regierung ist, ohne der Opposition die Möglichkeit zu geben, auch ihren Standpunkt zu vertreten, sind Sie auf dem Wege zu totalitären, staatlich gelenkten Propagandamaßnahmen. Ich darf darauf aufmerksam machen.

(Zuruf: Sie haben Erfahrung!)

— Wir werden als Opposition auf diesen Punkt achten, genau so auf dem Gebiet des Rundfunks. Der **Rundfunk** hat, das weiß jeder, in den letzten zwei Jahren, seit er selbständig ist, in seiner Leitung, dem Intendanten **von Scholz**, einen Mann, der nicht in der Lage ist, Propaganda von objektiver politischer Analyse zu unterscheiden. Sein Kennzeichen ist: Er schwankt wie ein Rohr im Winde.

Was er an Kommentaren bringen sollte, was er bringen müßte, wäre das, was nun einmal der Angelsachse vortrefflich beherrscht: in der politischen Wissenschaft, in der politischen Analyse auf die Grundsätze zurückzugehen und die Tatsachen von den Grundsätzen aus zu messen. Das wäre richtig. Sehen Sie in Herrn **von Cube** den Mann, der in der Lage ist, am Rundfunk objektiv zu verfahren? Hier wird Propaganda getrieben, einmal für diese Richtung, einmal für jene Richtung. Für keine Richtung sollte Propaganda gemacht werden, außer für die Grundhaltung eines freien Bürgerstaates, und von da aus sollte gemessen werden, statt daß jeder Kommentator primitiv seine politische Überzeugung als die allein mögliche propagandistisch am Mikrophon durchzusetzen vermag. Auf diesem Gebiet haben wir die Bitte an die Vertreter im Rundfunkrat, genau zu kontrollieren. Das ist ein sensibles Gebiet. Der Rundfunk schreit immer dort von bedrohter Meinungsfreiheit, wo es sich um die einseitige Propagandatätigkeit einiger bestimmter Sprecher handelt. Propaganda hat mit Meinungsfreiheit im Programm eines Monopolinstituts schon gleich gar nichts zu tun. Genau dort ist die Meinungsfreiheit gefährdet, wo einzelne Propagandisten das Mikrophon zur Propagierung ihrer privaten Überzeugung in die Hand bekommen. Das ist am bayerischen Rundfunk der Fall.

Sehr wesentlich ist, was Herr Dr. Bezold

(Abg. Bezold: Ohne Doktor bittel)

der Regierung vorgehalten hat: Die Regierung habe bisher keinerlei Äußerung getan über den **Kurs**, den sie im **Bundesrat** vertreten will. Das ist ein sehr interessanter Vorgang. War es nicht der Herr bayerische Ministerpräsident, der die Bedeutung des Bundesrats so sehr unterstrichen hat? Das ist doch die Plattform für die Länderregierungen; und wer bestimmt denn den Kurs der Länderregierungen, wenn nicht die Länderparlamente? Die **Länderparlamente** haben doch ein Recht, zu erfahren, welchen Kurs die Staatsregierung in den entscheidenden Fragen im Bundesrat gehen wird. Deshalb ist es von der Regierung falsch, auf Verwaltungsfragen auszuweichen. Hier hat unsere eigentliche politische Position nicht Ausdruck gefunden. Das ist der Einwand, den wir gegen die Regierungserklärung zu erheben haben.

Es gibt dabei einige Fragen, über die wir gerne Auskunft haben wollen; meine Fraktion hat Anträge dazu gestellt. Ich darf eine Frage anschneiden, bei der uns der Kurs der Regierung interessiert, vor allem, weil die Meinungen der Regierungsparteien in diesem Punkte auseinanderzugehen scheinen: die Frage der **Remilitarisierung**, ein Problem, das selbst der Ministerpräsident in seinen Wahlreden diskutiert hat. Es hätte für ihn Veranlassung bestanden, dieses Problem auch in seiner Regierungserklärung zu definieren. Wie sieht es da aus? Wir haben einen Antrag gestellt. Ich persönlich halte eine Politik für falsch, die glaubt, von Bedingungen ausgehen zu können. Ich habe selbst die Adenauersche Wendung von den Voraussetzungen für nicht richtig gehalten und ich darf Ihnen die Gründe hierfür sagen: Entweder wir erleben das koreanische Schicksal, und das ist dann der

(Haußleiter [DG])

definitive Untergang des deutschen Bereichs, oder wir treffen alle Maßnahmen, damit wir uns das koreanische Schicksal ersparen. Das ist doch die Alternative. Dr. Adenauers Politik mit seinen Remilitarisierungsangeboten war vorzeitig und falsch, weil sie in völliger Unkenntnis der inneren Haltung des ehemaligen deutschen Soldaten erfolgt sind. Der ehemalige deutsche Soldat ist auf zwei Grundlinien festzulegen, und die darf ich hier ausdrücklich hervorheben.

(Zuruf: Die brauchen Sie ja nur in Ihren Büchern nachzulesen.)

— Ich bin bereit, Ihnen daraus etwas vorzulesen. Ich bekenne mich zu der Leistung des ehemaligen deutschen Soldaten, bekenne mich aber auch genau so dazu, daß der ehemalige deutsche Soldat derjenige ist, der unter keinen Umständen will, daß das Elend eines Krieges noch einmal wiederkommt. Unter allem, was ich an Angriffen erlebt habe, schien mir einer der törichtsten zu sein, nämlich der des bayerischen Rundfunks, der behauptete, ich hätte einmal erklärt, nicht gerne Soldat gewesen zu sein. Wer ist jemals gerne in Rußland Soldat gewesen! Kein ehemaliger Soldat will aber doch, daß wieder ein Krieg kommt! Das ist eine ganz natürliche Feststellung, das hat nichts zu tun mit der typischen Beschimpfung der Leistung des deutschen Soldaten, die wir nach 1945 oft genug erlebt haben. Ich bedauere, daß Herr Dr. Baumgartner nicht da ist. Er hat sich eine der tollsten Beschimpfungen auf diesem Gebiet einmal in Nürnberg geleistet, wo er glaubte, jeden, der in Rußland für seine Heimat eingestanden ist, deshalb, weil er in Rußland an Deutschland gedacht hat, als Nazi abtun zu können.

(Zuruf von der BP: Das stimmt ja gar nicht!)

Solche Methoden hat es gegeben, und ich habe sie auch von Dr. Baumgartner erlebt, und gegen solche Methoden wehrt sich der ehemalige deutsche Soldat.

Und nun will ich Ihnen noch eines sagen: Wie es falsch war, südkoreanische Divisionen, schlecht ausgerüstet, ohne Kampfwert, mit mangelnder Disziplin, einzusetzen, ebenso falsch ist das, was Dr. Adenauer tut. Das muß einmal ganz nüchtern festgestellt werden. Noch eine weitere Gefahr ist zu bedenken. In der Reichswehr hat es bis 1932 auch kommunistische Zellen gegeben. Glauben Sie, daß Sie in einer Wehrmacht, die ohne echtes soziales Fundament aufgebaut wird, nicht auch die innere Auflösung mitten drinstehen hätten? Deshalb habe ich einen Antrag gestellt, den ich hier begründen muß.

(Zuruf: Gehört ja nicht zur Sache!)

— Das gehört sehr wohl zur Sache, weil wir wünschen, daß sich die Regierung einmal zu dieser Frage äußert. Etwas ganz Einfaches scheint mir hier deutlich zu sein. Es wird keinen Soldaten in Deutschland geben, der die ganze Schwere der Ostfeldzüge kennt und nun die Absicht hätte, sich für eine fremde Macht als **Fremdenlegionär** zur Verfügung zu stellen. Hier gibt es nur die Gleich-

berechtigung. Die volle Gleichberechtigung, die politische und die militärische, ist die Voraussetzung für eine Diskussion. Und wenn wir eines bedauern, dann ist es dies, daß Dr. Adenauer und einige seiner Berater sich für Verhandlungen zur Verfügung gestellt haben, ehe diese Frage geklärt gewesen ist; denn von da an haben sie von vornherein gegen die Instinkte der ehemaligen Soldaten und der deutschen Jugend überhaupt in jeder nur erdenklichen Weise verstoßen.

Noch eine andere Erwägung! Machen Sie eine Remilitarisierung, die das soziale Elend in Deutschland erhöht, dann werden Sie erleben, daß Sie Divisionen aufstellen, die in sich selbst zerfallen. Sie werden, wenn Sie durch die Remilitarisierung das soziale Elend der Verzweifelten erhöhen wollen, überhaupt keine deutschen Divisionen aufstellen können. Mit anderen Worten: Wer **Divisionen statt Lastenausgleich** zu geben versucht, der wird eines Tages erleben, daß er den Untergang Mitteleuropas und schließlich Europas zu verantworten hat, weil man eben auf sozial ungesichertem Boden nicht eine Armee aufstellen kann. Sie können den jungen Soldaten stellen, wie Sie wollen: wenn seine Eltern in Massenlagern leben und wenn es ihnen schlecht geht, wird er nicht die Absicht haben, für einen unerträglichen sozialpolitischen Zustand zu kämpfen. Nebeln wir uns nicht ein mit den Phrasen von der Freiheit! Diese Freiheit muß schon definiert sein, und die Definitionen der „Neuen Zeitung“ nehmen wir da nicht entgegen. Wir Deutsche haben das bedrückende Gefühl, daß wir manchmal nicht zwischen Stalin und der Freiheit, sondern zwischen **Stalin und Morgenthau** stehen. Dieses unsichere Gefühl muß uns genommen werden, wenn Sie sinnvoll verfahren wollen.

Ich habe schon gesagt: Sie können einen Heimatvertriebenen nicht aktivieren, wenn Sie ihn als Heimatlosen vor sich sehen. Mit anderen Worten: jeder, der kämpfen, jeder, der sein Leben einsetzen, jeder, der sich einer Todesgefahr aussetzen soll, wird das nur tun, wenn er es für seine Heimat tun kann, und für nichts anderes. Deshalb ist die Bestätigung der **Rückkehr der Vertriebenen in ihre Heimat**, die feierliche Verpflichtung hierzu durch Vertrag die erste Voraussetzung für jede Art von Remilitarisierung. Das muß einmal zur allgemeinen Klärung gesagt werden.

Da darf man uns nicht von amerikanischer Seite, wie uns das heute von den Morgenthau-Boys serviert wird, entgegenhalten: Dann ziehen wir uns einfach zurück. Wir möchten auf den ganzen Ernst dieses Problems hinweisen. Wenn es nämlich falsch gelöst wird, dann kommt es zu einem Rückzug im Kriege. Wenn wir eine richtige, psychologisch und sachlich fundierte Behandlung dieses Problems für notwendig halten, dann deshalb, weil ein Rückzug im Kriege zum Untergang dieses Landes führt. Deshalb kann uns auch kein Anhänger Morgenthau beruhigen, wenn er sagt: entweder macht Ihr diese falschen Maßnahmen oder wir ziehen uns im Frieden zurück. Das ist eine Alternative, bei der die Entscheidung dem Geschmack des einzelnen über-

(Haußleiter [DG])

lassen bleibt. Die Frage ist nur, ob ein Rückzug im Frieden oder ein Rückzug im Kriege besser ist. Jedenfalls ist das eine sehr unentschiedene Angelegenheit. Ich persönlich bin der Überzeugung, daß wir gerade um eines guten europäischen Verhältnisses, auch um eines guten Verhältnisses zur Besatzungsmacht willen, die Dinge nicht einnebeln dürfen, sondern klar auszusprechen haben, wie der Deutsche denkt, damit man weiß, was man in Deutschland zu tun hat.

Damit komme zu einem anderen Antrag, zu dem ich auch eine Erklärung durch die Staatsregierung für notwendig halte. Wir haben einen Antrag zur Frage der **internationalen Ausnahmegerichte** nach dem Kriege gestellt: Wir haben nicht etwa die Absicht, individuell für den oder jenen Verurteilten einzutreten, sondern es geht hier um etwas ganz anderes. Die juristische Grundlage dieser internationalen Ausnahmegerichte ist zu bestreiten; denn sie waren Gerichte ohne jede Revisions- und Berufungsmöglichkeit. Es genügt uns nicht, zu erfahren, daß irgendein Gnadenausschuß oder sonst jemand, sei es auch ein Hoher Kommissar, die Urteile überprüft. Die Urteile eines Ausnahmegerichts können unserer Ansicht nach nur durch ein ordentliches Gericht und durch sonst niemand überprüft werden. Diese Gerichte haben im übrigen nach Gesetzen geurteilt, die im Augenblick der Begehung der Tat nicht erlassen waren. Das verstößt gegen alle Grundsätze der Rechtsprechung der UN; das muß einmal klar herausgestellt werden. Was uns aber so schwer erschüttert, ist folgendes: Man war nicht in der Lage, diese Anfänge einer sogenannten internationalen Rechtssprechung auszuweiten und zur Grundlage einer allgemeinen neuen Rechtsordnung zu machen. Rückblickend wissen wir heute: es waren Ausnahmegerichte, gestellt in die Nachkriegsatmosphäre des Hasses, in die Nachkriegsatmosphäre der Leidenschaft, der Verbitterung, und diese Ausnahmegerichte haben Urteile gefällt, von denen feststeht, daß Unschuldige verurteilt worden sind. Wir können an denen, die bereits verurteilt sind, geschehenes Unrecht nicht wieder gut machen. Was wir aber zu verlangen haben, ist folgendes: Da es nicht gelungen ist, aus dieser quasiinternationalen Rechtssprechung gültiges neues Recht zu entwickeln, muß das normale Recht an die Stelle der Ausnahmegerichte treten. Das ist eine unausweichliche Forderung. Bis das geschehen ist, soll keines der Urteile vollstreckt werden, die man heute zu vollstrecken im Begriff ist.

Ich will jetzt schließen.

(Zurufe: Höchste Zeit! Bravo!)

Es wäre noch einiges dazu zu sagen. Vielleicht ergibt sich bei der weiteren Aussprache noch die Möglichkeit, zu dem etwas zu sagen, was die Regierung zur Politik dieses Landes und zur Vertretung der Politik dieses Landes in Bonn hätte sagen müssen, wovor sie aber unter der bescheidenen, ausgleichenden, sachlichen, liebevollen, unentschiedenen Hand des Herrn Ministerpräsidenten ausgewichen ist.

Wir alle stehen unter dem Eindruck der Gefährdung dieses Raumes. Wir alle stehen unter dem ungeheuren Eindruck der unmittelbaren Notlage Deutschlands, seiner Zerrissenheit, seiner Zerspaltung, seiner inneren Unruhe. Jede Sorge ist heute meiner Ansicht nach berechtigt und in jedem Wort, das wir hier gesprochen haben, hat sich diese Sorge ausgedrückt. In einem Land, das so bedroht ist, in einer Zeit, in der wir so bedroht sind, wie es heute der Fall ist, helfen nicht die unentschiedenen Maßnahmen, hilft nicht das „Sowohl — als auch“, sondern nur die entschiedenen Maßnahmen.

Erlauben Sie mir hier ein Bekenntnis! Wir sind Opposition. Wir werden unseren Beitrag leisten, soweit wir das im Rahmen einer kleinen Gruppe können. Wir werden dabei klare Worte gebrauchen. Wir sind der Überzeugung, das freundliche, das die Welt verschleiernde „Sowohl — als auch“ hilft in dieser Notzeit nicht. Wir müssen an die Wurzel der Dinge herangehen. Wir können nicht so freundlich konservativ verfahren, wie es Herr Dr. Hundhammer ausgedrückt hat, in einer Welt, die selber verwandelt ist, die selber mitten aus den Ruinen heraus alles neu aufzustellen hat. Wir müssen an die Wurzel gehen, wir müssen eine **soziale Neuordnung** durchsetzen. Wir müssen die deutsche und die europäische **Friedensplanung** verwirklichen. Menschen, die an die Wurzel gehen, sind radikale Menschen. Erlauben Sie mir, hier für meine Gruppe zu sagen: In einem Haus, das sich Freundlichkeiten und Schmeicheleien sagt, muß das offene Wort gehört werden, muß an die Wurzel gegangen werden. Aus Sorge, Not und brennender Angst um dieses deutsche Vaterland bekennen wir uns vor ihm als eine Gruppe, entschlossen in der Opposition zu konstruktiven Maßnahmen, aber auch als eine Gruppe, die entschlossen ist, die Dinge beim Namen zu nennen, unbekümmert, ob Sie es ernst nehmen oder nicht. Für unser Volk ist es ganz ernst, und da sind wir verpflichtet, mit aller Entschiedenheit in diesem Haus unsere Meinung zu sagen.

(Beifall bei der DG und dem BHE)

Präsident Dr. Stang: Ich schlage dem Hause vor, die Sitzung jetzt abzubrechen und heute nachmittag um 3 Uhr fortzusetzen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 12 Uhr 53 Minuten unterbrochen)

Präsident Dr. Stang nimmt die Sitzung um 15 Uhr 17 Minuten wieder auf.

Präsident Dr. Stang: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Meine Damen und Herren! An der unter Punkt 1 der Tagesordnung aufgeführten Aussprache über die Erklärung der Staatsregierung haben sich jetzt sämtliche Fraktionen des Hauses durch die von ihnen vorgeschickten Redner beteiligt. Es sind noch weitere Redner gemeldet. Mit ihnen würde eine sogenannte zweite Garnitur eröffnet werden. Wir haben uns heute vormittag im Ältestenrat über die Fortführung der Verhandlungen im Plenum unter-

(Präsident Dr. Stang)

halten und sind zu der Auffassung gekommen, daß wir uns bestreben müssen, möglichst bald zu **praktischer Arbeit** zu gelangen,

(Allgemeiner Beifall)

und daß wir uns mit den Ausführungen begnügen sollten, die die einzelnen Redner der verschiedenen Fraktionen bereits gemacht haben. Aber wenn wir schon die Debatte fortsetzen sollten, müßte mindestens die Redezeit verkürzt werden. Im Ältestenrat haben wir vereinbart, dem Hause vorzuschlagen, die Redezeit auf höchstens 20 Minuten abzukürzen.

(Zurufe)

— Auch eine kürzere Redezeit würde genügen. Aber vielleicht einigt sich das Hohe Haus vernünftigerweise überhaupt darauf, sich mit dem bereits Gesagten zu begnügen und vielleicht noch der Staatsregierung eine Erwiderung auf das Gesagte vorzubehalten.

(Abg. Dr. Hundhammer: Herr Präsident!)

— Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer hat das Wort.

Dr. Hundhammer (CSU): Ich beantrage in aller Form Schluß der Debatte.

(Abg. Haußleiter: Herr Präsident, ich bitte ums Wort!)

Es ist bereits eine eingehende Aussprache gepflogen worden. Alle Fraktionen sind, ohne daß man ihnen die Redezeit beschränkt hat, und ohne Rücksicht auf ihre Größe zum Wort gekommen. Ich glaube, es genügt, wenn wir zur Kenntnis nehmen, was die einzelnen Sprecher dargelegt haben.

Präsident Dr. Stang: Der Herr Abgeordnete Dr. Hundhammer hat den Antrag auf Schluß der Aussprache gestellt.

(Abg. Haußleiter: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung!)

— Ich will zunächst zum Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Hundhammer sprechen, um das Verfahren klarzustellen. Nach § 63 Absatz 3 der Geschäftsordnung müssen Anträge auf Schluß der Aussprache von mindestens 50 Mitgliedern unterstützt werden. Ein solcher Antrag kann erst gestellt werden, wenn ein Antrag auf Schluß der Rednerliste oder auf Verkürzung der Redezeit sich nach der Meinung des Landtags als nicht zweckmäßig erwiesen hat.

Im Namen des Ältestenrats ist bereits der Antrag gestellt, die Redezeit zu verkürzen.

Ich frage jetzt zunächst einmal das Haus — der Herr Abgeordnete Haußleiter wird noch zur Geschäftsordnung sprechen —, ob es die Verkürzung der Redezeit für ausreichend hält, um eine Förderung unserer Arbeit zu erzielen.

(Lebhafter Widerspruch)

Zur Geschäftsordnung hat das Wort der Herr Abgeordnete Haußleiter.

Haußleiter (DG): Meine Damen und Herren! Es geht in der Tat um ein Prinzip. Wir haben in der Geschäftsordnung grundsätzlich nicht den sofortigen Antrag auf Schluß der Debatte zugelassen, und zwar warum? Es gibt ohne Zweifel bei einigen Fraktionen keinen Fraktionszwang. Wenn Sie sich auf Fraktionsredner beschränken und dann sofort den Antrag auf Schluß der Debatte annehmen, dann führen Sie automatisch den Fraktionszwang ein.

(Lebhafter Widerspruch)

Darüber besteht kein Zweifel. Das ist selbstverständlich. Ich kenne diese Situation sehr genau. In einer Fraktion kann es abweichende Meinungen geben. Wenn Sie hier gegen die Geschäftsordnung verfahren, dann können Sie abweichende Meinungen innerhalb einer Fraktion sofort abdrosseln. Es ist also ein Grundsatz, der hier zur Debatte steht. Ich bin dagegen, daß von dieser Bestimmung der Geschäftsordnung abgewichen wird.

Und nun darf ich ein Zweites sagen:

(Abg. Kraus: Aber zur Geschäftsordnung, bitte!)

Diese Bestimmung des § 63 der Geschäftsordnung ist klug und der Antrag des Ältestenrats auf Begrenzung der Redezeit ist wohl überlegt. Uns liegen einige — darunter ohne Zweifel sehr wenig wichtige — Interpellationen vor. Wir haben in vier Jahren — oder wenn Sie pessimistisch sind, in zwei Jahren — eine einzige Aussprache über die Regierungserklärung. Wenn Sie diese Aussprache abwürgen und nicht einzelnen Abgeordneten die Möglichkeit geben, ihre Bemerkungen zur Regierungserklärung zu machen, dann schaffen Sie einen Präzedenzfall, der mir bedenklich scheint. Dann weichen Sie von jener Freiheit der Rede ab, die wir ausdrücklich in der Geschäftsordnung festgelegt haben. Deshalb bin ich der Überzeugung, daß in diesem Hause jetzt nicht eine Frage der Verkürzung der Debatte, sondern ein Prinzip zur Entscheidung steht, da wir bewußt in der Geschäftsordnung den sofortigen Antrag auf Schluß der Debatte nicht zugelassen haben. Ich wende mich mit aller Entschiedenheit dagegen, einen solchen Bruch der Geschäftsordnung, der zum Fraktionszwang zurückführt, jetzt herbeizuführen.

Schließlich darf ich noch bitten, auch folgendes zu bedenken: Für die Regierung würde es den unglücklichsten Eindruck hervorrufen, wenn Sie das Gefühl erwecken würden, als ließen die Regierungsparteien die Aussprache über die Regierungserklärung grundsätzlich abwürgen. Deshalb schlage ich doch vor, so zu verfahren, wie es in aller Weisheit in der Geschäftsordnung bestimmt ist. Verkürzen Sie die Redezeit, wenn Sie wollen, bitte, auf zehn Minuten — wenn Ihnen 20 Minuten zu viel sind. Wenn es Ihnen dann nicht auszureichen scheint, dann können Sie den nächsten Antrag stellen, nicht vorher! Entweder wir haben eine Verfassung für dieses Haus oder wir haben keine. Aber stillschweigend zu alten Fehlmethoden zurückzukehren, scheint mir nicht richtig zu sein. Deshalb spreche ich für das Prinzip, auf das hin die Geschäftsordnung angelegt ist.

Präsident Dr. Stang: Herr Abgeordneter Dr. Hundhammer zur Geschäftsordnung!

Dr. Hundhammer (CSU): Der Herr Vorredner hat mit der Bemerkung geschlossen: Entweder haben wir eine Geschäftsordnung für das Haus oder nicht. Wir haben eine Geschäftsordnung. § 63 Absatz 3 besagt: „Anträge auf Schluß der Aussprache müssen von „soundso viel Mitgliedern unterstützt werden“ usw. Wir haben eine Geschäftsordnung, die ausdrücklich die Möglichkeit eines Antrags auf Schluß der Debatte vorsieht.

(Abg. Haußleiter: Bitte lesen Sie doch den nächsten Satz!)

Von dieser Möglichkeit mache ich jetzt Gebrauch und stelle den Antrag.

(Abg. Haußleiter: Ich bitte ums Wort!)

Ich möchte außerdem grundsätzlich zu den Ausführungen meines Vorredners bemerken, daß sich von seiner, der kleinsten Fraktion im Hause, noch vier Redner gemeldet haben.

(Lachen. — Abg. Haußleiter: Einige verzichten.)

— Einer verzichtet. 5 oder 6 Mitglieder hat die Fraktion. Wenn wir dieses Prinzip auf alle Fraktionen im Hause übertragen würden, käme, wie ich glaube, nicht eine sachliche Arbeit, sondern ein Prinzip der Obstruktion zutage.

(Abg. Hagen Georg: So ist es. — Starker Beifall)

Präsident Dr. Stang: Herr Abgeordneter Haußleiter!

Haußleiter (DG): Ich habe dem Herrn Fraktionsvorsitzenden der stärksten Partei nur den wirklichen Wortlaut der von ihm zitierten Bestimmung in § 63 vorzulesen, damit er informiert ist:

Anträge auf Schluß der Aussprache müssen von mindestens 50 Mitgliedern unterstützt werden. Ein solcher Antrag kann erst gestellt werden, wenn ein Antrag auf Schluß der Rednerliste oder auf Verkürzung der Redezeit sich nach der Meinung des Landtags als nicht zweckmäßig erwiesen hat.

(Zurufe links: Das ist der Fall)

Also kommt zuerst der Antrag auf Verkürzung der Redezeit oder auf Schluß der Rednerliste. Vorher kann der Antrag des Herrn Kollegen Hundhammer nach dieser Geschäftsordnung nicht gestellt werden. Bitte doch den Paragraphen zu lesen!

Zweitens darf ich sagen: Meine Kameraden wollten ein paar sachliche Bemerkungen machen. Ich verbitte mir ein für allemal, daß uns, bevor meine Partei überhaupt gesprochen hat,

(Oh!-Rufe)

der Fraktionsvorsitzende der CSU Obstruktion vorwirft. Wahrscheinlich wäre es von ihm klüger gewesen, uns diese überflüssige Geschäftsordnungsdebatte zu ersparen und korrekt nach der Geschäftsordnung zu verfahren, als uns grundlos den Vorwurf der Obstruktion zu machen.

(Abg. Dr. Hundhammer: Abstimmen, Herr Präsident!)

Präsident Dr. Stang: Ich möchte vollständige Klarheit schaffen. Ich habe das vorgetragen, was der Ältestenrat heute vormittag beschlossen hat. Dieser Beschluß geht dahin, die Redezeit zu verkürzen. Nun habe ich vorhin das Haus gefragt, ob es der Meinung ist, daß diese Verkürzung der Redezeit genügt, um die von uns angestrebte Förderung unserer Arbeit zu erreichen. Diese meine Frage ist einstimmig verneint worden. Ich kann aber noch einmal die Probe aufs Exempel machen.

Ich bitte diejenigen, welche der Meinung sind, daß eine Verkürzung der Redezeit nicht ausreicht, sich von den Sitzen zu erheben. — Das sind jedenfalls weit mehr als 50 Mitglieder. — Ich bitte jetzt diejenigen Mitglieder des Hauses, welche dem Antrag auf Schluß der Debatte zustimmen wollen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit des Hauses.

(Abg. Haußleiter: Ein glatter Bruch der Geschäftsordnung Herr Präsident!)

Ich bitte um die Gegenprobe. Jedenfalls war das erstere weitaus die Mehrheit. Damit ist die Debatte geschlossen.

(Abg. Haußleiter: Ein glatter Bruch der Geschäftsordnung)

— Herr Abgeordneter Haußleiter, ich muß diesen Vorwurf mit aller Entschiedenheit abwehren, nachdem ich mich bemüht habe, genau nach den Bestimmungen der Geschäftsordnung vorzugehen.

(Abg. Haußleiter: Eindeutig!)

Ich rufe Sie deswegen zur Ordnung.

(Abg. Haußleiter: Ich protestiere!)

Der Herr Ministerpräsident Dr. Ehard hat das Wort.

Dr. Ehard, Ministerpräsident: Meine Damen, meine Herren, Hohes Haus! Ich darf mir erlauben, ein paar kurze Bemerkungen den Ausführungen anzufügen, die zur Regierungserklärung aus dem Haus gemacht worden sind. Ich werde mich auf ein Minimum von Erklärungen beschränken.

Es ist zunächst beanstandet worden, daß die Regierungserklärung zu wenig politisch sei und die politischen Probleme zu wenig oder gar nicht herausstelle. Daraus ist der Schluß gezogen worden, das sei wohl ein Ausfluß einer Resignation dieses Ministerpräsidenten, der sicher einmal — in nüchternes Deutsch übertragen — schlechte Erfahrungen mit der Bürokratie und mit Sonstigem gemacht habe. Auch davon ist geredet worden, daß das nur ausweichende Erklärungen seien.

Man kann auf zweierlei Weise eine Regierungserklärung abgeben. Es wäre natürlich verlockend, eine politische Rede zu halten und zu den akuten politischen Problemen Stellung zu nehmen, die nicht nur in Bayern, sondern auch in Deutschland und darüber hinaus in Europa und, wenn Sie wollen, international eine Rolle spielen. Das wäre der Auftakt zu einer außerordentlich lebhaften Debatte; denn daran würden sich ganz von selbst die Meinungen entzünden und man würde flammende

(Dr. Ehard, Ministerpräsident)

Reden für oder gegen halten können. Aber, meine Damen und Herren, ich höre bereits das, was dagegen eingewendet würde. Man hätte der Regierung vorgeworfen: Ja, das wollen wir doch von euch nicht hören, sondern wir wollen hören, wie ihr euch euer Arbeitsprogramm denkt, welche akuten Probleme ihr jetzt im Lande seht und wie ihr versuchen wollt, an diese Probleme heranzugehen!

Was nun die Wahl dieser beiden Methoden angeht, so bin ich auch jetzt noch der Meinung, daß es richtig gewesen ist, sehr nüchtern darüber zu sprechen, wie sich die Regierung das **Arbeitsprogramm** vorstellt; denn der Landtag hat ein Recht, das zu wissen. Daß dabei — am Rande bemerkt — nicht alle Probleme und Einzelheiten bis ins Detail erörtert werden konnten, habe ich seinerzeit schon angedeutet und darauf darf ich wohl auch heute zurückkommen; denn es ist ja eine ganze Reihe von Problemen angeklungen, von denen übrigens manche sehr ausführlich erörtert wurden. All diese Probleme werden im Anschluß an die Haushaltsberatungen, an eine Reihe von Interpellationen und sonstige Gelegenheiten noch ausführlichst erörtert werden können. Mir scheint es nun einmal notwendig zu sein, das Arbeitsprogramm darzustellen, um zu zeigen, wie man von seiten der Regierung versuchen will, die Kräfte des Landes zusammenzufassen und zu aktivieren, damit das geschieht, was tatsächlich als Notwendigkeit vor uns steht.

Im übrigen, meine Damen und Herren, ist damit beileibe nicht gesagt, daß wir gegenüber den politischen Ereignissen, die alle auf uns zukommen und inmitten deren wir bereits stehen, resigniert abseits stehen wollen. Sie können mir, meine Damen und Herren, wohl nicht den Vorwurf machen, daß ich an den großen politischen Fragen nicht interessiert sei. Ich habe immer — allerdings nicht immer vorschnell, wie ich glaube, aber immer dann, wenn es notwendig war — zu den großen politischen Ereignissen und Problemen Stellung genommen.

(Bravo! bei der CSU)

Ich darf Sie daran erinnern, daß ich immer auch folgenden Standpunkt eingenommen habe: Zwar ist die Außenpolitik, die Beschäftigung mit den internationalen Fragen, eine Sache der Bundesregierung und des Bundestags; aber auch der **Bundesrat** hat die Berechtigung, dabei **als das Instrument der Länder** eingeschaltet und unterrichtet zu werden, weil er ja in manchen Dingen auch ein unmittelbares Mitspracherecht hat, namentlich wenn es sich um Gesetze handelt, die außenpolitische Wirkungen, aber auch nach innen eine Rechtskraft haben sollen. Ich habe auch immer den Standpunkt eingenommen und nehme ihn jetzt noch ein, daß die Länder ein Interesse daran und ein Recht darauf haben, an diesen **außenpolitischen Vorgängen** beteiligt zu sein. Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß es auch Sache eines Landesparlaments ist, zu den Dingen Stellung zu nehmen, die lebensnotwendig und lebenswichtig auf uns zukommen und die schließlich und zu guter Letzt doch wir auszubaden haben. Und ich habe

immer den Standpunkt eingenommen, daß ich mir vorbehalte — und ich werde das auch tun —, mein Parlament, dem ich ja selber angehöre, zu unterrichten und seine Meinung einzuholen und, wenn es notwendig ist, mich auch zu einer großen internationalen Frage zu äußern. Man kann das nicht damit abwürgen, daß man sagt: Das ist Sache der Bundesregierung, das ist Sache des Bundestags, die Länder haben dazu nichts zu sagen! — Die Länder müssen es ja letzten Endes auch mit bezahlen,

(Sehr gut! bei der CSU)

und zwar im weitesten Sinne des Wortes.

Ich bin der Meinung, daß **die äußere und die innere Sicherheit** — ich brauche nur das Stichwort „**Polizei**“ aufzuwerfen — Dinge sind, die man auch auf der Landesebene selbstverständlich nicht nur mit Interesse verfolgen, sondern auch mit den Mitteln, die einem die Verfassung gibt, beeinflussen muß. Mindestens aber muß ich in all diesen Dingen den Ländern und den Länderparlamenten ebenso wie einer Landesregierung das Recht zubilligen, zu dem, was alle angeht, Stellung zu nehmen; denn es ist ein Unterschied, ob man das von einer etwas entfernteren Warte aus oder eng gedrängt in einem Raum sieht, in dem sich die Sachen härter stoßen. Ich bin also der Meinung, daß man zu diesen politischen Fragen sehr wohl Stellung nehmen kann, und bin ihnen nie ausgewichen.

Allerdings bin ich auch der Meinung, daß man zu diesen Dingen nicht vorzeitig und nicht unnötig Stellung nehmen soll, namentlich wenn sie in der Entwicklung begriffen sind.

(Sehr gut! bei der CSU. — Zuruf von der DG:
In der Entwicklung sind sie immer begriffen!)

Ich habe mich wiederholt zu politischen Fragen geäußert. Es ist beanstandet worden, daß ich nicht zu der **Frage Europa** gesprochen habe. Oh, ich habe mich über diese Frage sehr eingehend geäußert, allerdings nicht jetzt im Rahmen der Regierungserklärung. Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie wissen wollen, wie ich darüber denke, so brauche ich nur an wiederholt Gesagtes zu erinnern: Ja, wohl, ich habe mich zum Europa-Gedanken bekannt. Ich bin der Meinung, man soll an Europa denken, man soll über Europa reden; ich bin aber noch viel mehr der Meinung — und auch das sage ich heute nicht zum ersten Mal —, man sollte allmählich darangehen, **europäisch zu handeln**.

(Sehr lebhafter allgemeiner Beifall)

Deshalb habe ich mich auch dafür eingesetzt, nach **Straßburg** zu gehen. Ich weiß sehr wohl, daß das nur ein Anfang sein kann und wir noch nicht wissen, wie sich die Dinge weiter entwickeln. Aber nun sind wir einmal in einer Situation, wo man auch einen Anfang, den ersten Schritt machen muß, um die Hoffnung auf ein Weiterschreiten hegen zu können.

Es ist wiederum das **Verhältnis des Landes Bayern zum Bund** erörtert worden. Dazu darf ich folgendes sagen: In der Regierungserklärung steht der Satz, daß sich die Regierung — ich werde das jetzt vereinfacht wiedergeben — dafür einsetzen

(Dr. Ehard, Ministerpräsident)

will und wird, an den **föderalistischen Grundsätzen des Grundgesetzes** festzuhalten, um, soweit es in ihrer Macht liegt, zu verhüten, daß man zu einer zentralistischen Einheit kommt, die man für unzweckmäßig halten muß.

Weiter ist erklärt worden, daß sich Bayern in seiner **Bundestreue** nicht von einem anderen Land übertreffen lassen will. Meine Damen und Herren, mit diesem Bekenntnis ist es mir außerordentlich ernst; denn ich bin der Meinung, es ist etwas anderes, ob ich mich beim Zustandekommen eines Grundgesetzes kritisch äußere und, wenn es zu einer Abstimmung kommt, mir auch das Recht vorbehalte, aus Gründen, die ich jetzt nicht zu wiederholen brauche, dieses Grundgesetz abzulehnen. Denn sonst hätte es ja gar keinen Sinn, überhaupt eine Abstimmung vorzunehmen. Wenn ich es in vielen Punkten für zweifelhaft oder unzweckmäßig halte oder — wollen wir einmal nicht zu weit gehen! — wenn es mir nach meiner Auffassung nicht in allem entspricht, muß ich das Recht haben, nein zu sagen. Das haben wir und das habe auch ich getan. — Aber, meine Damen und Herren, ich habe sofort erklärt, ich bin Demokrat genug, um mich einer demokratischen Abstimmung zu fügen. Ist das eine Schande? Ich glaube nicht. Und wenn schon der Bund zustande gekommen ist und mir manches am Grundgesetz nicht gefällt — das sage ich Ihnen ganz offen und das sagen heute viele, die es damals vielleicht noch nicht erkannt hatten —, so hat das mit meiner Bundestreue nichts zu tun; denn nach meiner Meinung gehören wir zu einer **Schicksalsgemeinschaft**, die uns noch viel enger aneinanderdrängt, als das früher der Fall war. Wir können und wollen und dürfen uns von dieser Schicksalsgemeinschaft nicht lösen, auch nicht auf Grund einer nebelhaften Vorstellung, man könnte es vielleicht in irgendeiner anderen Form besser machen. Uns verbindet ja noch etwas anderes, nämlich die **deutsche Sprache**. Vielleicht ist das ein Band, das bisher noch zu wenig hervorgehoben worden ist. Wie wäre es denn, wenn man sich aus dieser deutschen Schicksalsgemeinschaft lösen wollte? Wir wären noch nicht einmal in der Lage, unsere Gedanken, die ja in Deutschland oft so gegensätzlich sind, einander mitzuteilen, wenn wir nicht eine gemeinsame Sprache hätten! Wir würden sonst in verschiedenen Sprachen aufeinander losgehen müssen. Dieses Band ist meines Erachtens so stark, daß man sich unter keinen Umständen davon lösen kann. Und das ist mein Bekenntnis zum Bund. Ich glaube nicht, daß ich dabei irgend etwas zurücknehmen muß.

Ich möchte dann noch ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Etzel machen. Herr Dr. Etzel sagte: Die Bayernpartei war von Anfang an gegen die Bonner Gründung, in der sie einen Akt der Separation, die Ursache einer Verstärkung und Verschärfung der Elbelinie, den Anlaß zur Errichtung der ostzonalen Republik, der Abtrennung von 16½ Millionen evangelischer und über 2 Millionen katholischer Christen, der Entfremdung zwischen deutschem Osten und Westen sieht. Meine Damen und Her-

ren! Ich habe mit einiger Besorgnis diese Begründung, etwas prononciert, vorgetragen gehört; denn sie hat mich leider an einige Anklänge erinnert, mit denen von Osten her dieselbe Agitation geführt wurde.

(Lebhafter Beifall)

Aber ich bekenne mich dazu, daß ich für die Gründung der westdeutschen Bundesrepublik eingetreten bin und ich bekenne mich dazu, daß ich das insbesondere auch **im Interesse des Ostens unseres deutschen Vaterlandes** getan habe,

(Bravorufe. — Beifall bei CSU, SPD und BHE)

und zwar deshalb, weil ich der Meinung bin, vom Westen her müßte eine Anziehungskraft auf den Osten ausgeübt werden, man müßte unseren Brüdern und Schwestern im Osten einen geistigen Anhalt geben, man müßte ihnen zeigen, daß noch etwas da ist, was auf sie wartet, das sie aufnehmen kann und das nicht schon vorher vernichtet ist, so daß sie nicht in ein völliges Nichts in dem ganzen deutschen Vaterlande blicken müssen.

Umgekehrt hat Herr Dr. Etzel gesagt, die Einbeziehung Bayerns in den Bund sei gegen die bayrische Verfassung erfolgt und das Volk habe mit der Errichtung der Bundesrepublik nichts zu tun.

(Zuruf: Oho!)

Nach meiner Ansicht ist hier ein gewisser Widerspruch. Ich sage das nicht, um zu polemisieren, nichts liegt mir ferner als das, sondern ich will folgendes hinzufügen: Wir sollten in der jetzigen Zeit den Bund und auch die Bundesregierung, selbst wenn da oder dort dem einen oder anderen etwas nicht so sehr gefällt, stark machen, nicht aber schwächen. Man sollte nicht auflösen, man sollte zusammenfassen. Man sollte den Bund nicht vermiesen; denn wir sind ja schließlich alle auf diese Schicksalsgemeinschaft angewiesen und gerade der Westdeutsche Bund soll ja eine Zelle des Aufbaues der deutschen Einheit werden.

Es ist gesagt worden, dieser Bonner Bund sei das Geschöpf des Verfassungsrechts.

(Zuruf von der BP: Sehr richtig!)

Ich weiß nun nicht ganz genau, was damit gesagt sein soll. Ich darf vielleicht fragen: Was ist dann das, was sich östlich des Eisernen Vorhangs gebildet hat?

(Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Ist das etwa ein Geschöpf der freien Meinungsbildung? Ich glaube es nicht.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Was soll das? Auch hier bekenne ich mich, wenn Sie schon wollen, zu einer politischen Meinung. Man sagt abfällig, die **Bundesrepublik** sei ja nichts weiter wie **ein Geschöpf der Besatzung**. Ja, meine Damen und Herren, wer hat denn den Krieg verloren, und wie hat im Jahre 1945 das Ganze ausgefallen? Haben wir uns etwa dagegen gewendet, daß uns die Besatzungsmächte damals in der Not und dem Elend unseres Volkes zu Hilfe gekommen sind und Lebensmittel hereingebracht haben?

(Abg. Ritter von Rudolph: Sehr richtig, das muß man sagen!)

(Dr. Ehard, Ministerpräsident)

Ist es eine Schande, wenn ein Volk, das unter der größten Zerstörung und in der tiefsten Armut — wörtlich genommen und staatspolitisch gesehen — niedergebrosen ist, von der **Möglichkeit zu einer Staatsgründung**, die ihm gegeben wird, Gebrauch macht?

(Zuruf von der CSU: Sehr richtig! — Zuruf von der SPD: Sehr gut! — Beifall bei der CSU und SPD)

Man sollte doch froh sein, daß wir diese Möglichkeit hatten und daß wir sie ergriffen.

Es ist gesagt worden, unsere deutsche und unsere internationale Lage wäre weniger gefährvoll, wenn die deutschen Politiker den Einflüssen und Zumutungen der Sieger beharrlicher Widerstand geleistet hätten. Ich stehe wohl nicht im Verdacht, daß ich etwa die Besatzungsmächte in allem und jedem immer lobe. Ich habe die Fehler, die die Besatzungsmacht begangen hat, wiederholt, zwar nicht in propagandistischen Reden, aber in sehr ernstesten Gesprächen hervorgehoben und ich habe immer wieder auf dieses oder jenes hingewiesen, was falsch ist.

(Bravorufe bei der CSU)

Aber hat sich denn vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1950 nichts ereignet? Herr Dr. Etzel meint, die Feststellungen der Regierungserklärung über die Entwicklungen des Verhältnisses zur Besatzungsmacht seien lyrische Emotionen. Nun, ich nehme die Überspitzung eines solchen Ausdrucks hin, weil sie natürlich besser wirkt, als wenn man die Dinge nüchtern darstellt.

(Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Aber ich möchte nochmals fragen: Hat sich denn in der Zeit vom Jahre 1945 bis zum Jahre 1950 nichts ereignet?

(Zuruf von der SPD: Die Bayernpartei hat sich gegründet! — Heiterkeit)

Sie erinnern sich wohl nicht mehr an die Zeit des Jahres 1945, da man jeden einzelnen Bürgermeister und Landrat, auch Regierungsmitglieder, vor einen kleinen Captain zitiert hat? Und sie sind auch gekommen, weil sie kommen mußten!

(Beifall)

Hat sich in der Zwischenzeit dieses Verhältnis zur Besatzungsmacht nicht ganz wesentlich geändert und ist nicht doch etwas anderes daraus geworden? Es ist schwer, zur Verdeutlichung Schlagworte zu gebrauchen: statt der Besatzungsmacht spricht man schon von Schutzmacht; zum großen Teil hat sich auch eine freundschaftliche Entwicklung angebahnt. Aber etwas, das uns fehlt — und das kann man nicht durch lyrische Emotionen fordern oder auf die Seite schieben — ist das **Verständnis**, das man für beide Teile und von beiden Teilen fordern muß. Wir werfen beispielsweise den Amerikanern vielfach vor, daß sie zu wenig Verständnis für die europäischen und insbesondere für die deutschen

Verhältnisse haben. Das ist sogar richtig und das erkennen viele einsichtsvolle Amerikaner, die bei uns sind, durchaus an. Aber machen wir nicht auch Fehler? Machen wir nicht auch Fehler, indem wir uns nicht bemühen, nun einmal die Wirkungen unseres eigenen Verhaltens auf die anderen zu sehen?

(Zuruf: Sehr gut!)

Ich meine, das wäre besonders notwendig in der Zeit, in der wir jetzt leben, einer Zeit, der überaus schwierigen **internationalen Spannungen**. Es läßt sich über die Frage der Sicherheit, über die Frage der Neutralisierung Deutschlands, über die Frage der Remilitarisierung, über die Frage der Einheit Deutschlands, über die Frage Europa sehr ernst reden. Man kann darüber auch sehr verschiedener Meinung sein. Aber man müßte, glaube ich, zuerst einmal den **Tatbestand erforschen**. Man müßte ihn nicht nur bei sich in seiner eigenen Seele, in seinen eigenen Emotionen, sondern vor allem auch einmal in Bezug auf die andere Seite klären. Ich habe viele Gespräche mit Amerikanern über diese Fragen geführt. Was sagen Sie, wenn man Ihnen vorhält: Ja, haben sich denn die Deutschen nun für den Osten oder für den Westen entschieden? Wir sagen: Natürlich haben wir uns für den Westen entschieden, wir gehen landauf und landab und erzählen, daß wir die christlich-abendländische Kultur gegen das, was aus dem asiatischen Raum als eine geistige Bedrohung kommt, verteidigen wollen. Die Amerikaner aber sagen Ihnen: Das, was von hier über den Ozean zu uns hinüberstrahlt, ist nichts wie Kritik und Ablehnung. Dabei haben wir immerhin soundso viele Milliarden allein in dieses Deutschland hineingesteckt. Natürlich haben wir demonstriert, natürlich haben wir die Geschichte mit der Entnazifizierung falsch gemacht. Das erkennen wir an, aber in der Zwischenzeit — ich will jetzt keine Prozentsätze nennen — ist die deutsche Wirtschaft, der deutsche Export und was damit zusammenhängt, doch auf einen Stand gekommen, der die Welt im großen und ganzen aufhorchen läßt! Also bitte: Die Folgerungen auf der anderen Seite! So schwer können unsere Fehler doch nicht gewesen sein, jedenfalls nicht so schwer, daß sie nicht hätten überwunden werden können oder daß sie nicht weiter überwunden werden könnten.

In der Frage der **Remilitarisierung** erhitzen sich die Gemüter. Hören Sie einmal einen Augenblick auf die andere Seite! Sie sagt: Ja, sollen wir Deutschland seinem Schicksal überlassen und das, was aus dem Osten kommt, einfach darauf zugehen lassen? Wir haben eine Menge Geld hineingepumpt, nicht um Geschäfte zu machen, jedenfalls ist dabei kein Geschäft in der Form von Zinsen und Vergütungen herausgekommen, sondern deshalb, weil wir überzeugt und gewillt waren, wirklich für die **Freiheit und die Menschenwürde** einzutreten! Warum soll man immer bei den anderen eine Überzeugung nicht als ehrlich gelten lassen, wenn man für sich beansprucht, daß die anderen die eigene Überzeugung als ehrlich voraussetzen? Bei dieser Situation müssen die Amerikaner ja in ihrer öffentlichen Meinung irre werden. Sie sagen: Man verlangt von uns eine Sicherheitsgarantie, man ver-

(Dr. Ehard, Ministerpräsident)

langt von uns Truppen. Aber irgendetwas müssen doch die Deutschen auch dazu tun. Darüber kann man verschiedener Meinung sein. Man kann auch über die Voraussetzungen verschiedener Meinung sein, nur ist es falsch, wenn sich dann die Gemüter plötzlich am unrechten Fleck gegenseitig entzünden. Es ist ein nettes Schlagwort, von der **Neutralisierung** Deutschlands zu sprechen. Die Schweiz ist das Musterbeispiel eines neutralen Landes. Man kann ihr gewiß nicht vorwerfen, daß sie nicht neutral ist. Heute hat sie die stärkste Militärmacht Europas. Warum? Weil es eine ins Leere fallende Neutralität überhaupt nicht gibt. Irgend jemand muß sie doch schützen!

Das sind lauter Probleme, meine Damen und Herren, über die man sich natürlich unterhalten kann. Wenn Sie wollen — darum spreche ich davon —, bin ich gerne bereit, mich darüber zu unterhalten. Aber sagen Sie nicht, daß der Ministerpräsident diesen großen politischen Fragen ferne steht und aus Resignation nur eine mehr oder weniger gute, von Ministerialreferenten aus der Registratur zusammengetragene Erklärung vorgelegt hat!

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Aber bitte, meine Damen und Herren, alles eben zu seiner Zeit! Ich wollte das nur andeuten. Eine eingehendere Unterhaltung darüber wäre sehr interessant. Der Herr Abgeordnete Bezold hat wohl recht, es wäre zweckmäßig, wenn eine gewisse Verbindung zwischen der Regierung und dem Landtag in Bezug auf das, was in Bonn vorgeht, bestehen würde. Nach meiner Auffassung geht es nicht in der Form, daß ein Ausschuß des Landtags die Regierung mit Weisungen versieht, wie sie im Bundesrat abzustimmen hat. Das läßt sich schon aus technischen Gründen nicht durchführen. Aber es gibt eine ganze Reihe von wichtigen Problemen, bei denen auch die Regierung das Bedürfnis hätte, darüber einmal in aller Ruhe zunächst in einem kleineren Ausschuß zu reden, in dem man auch Mitteilungen machen kann, die nicht sofort für die große Öffentlichkeit bestimmt sind. Die Entwicklung gewisser Fragen verläuft so, daß man nicht gleich mit der Schelle im Dorf umeinanderlaufen und die Sache breittreten kann, sondern man muß sie sich erst ruhig entwickeln lassen und kann nur dann darüber reden, wenn man die Einzelheiten kennt. Aber, meine Damen und Herren, meistern können wir, denn wir sind in diesem Fall nur ein Teilstück dessen, was man Deutschland nennt, alle diese Fragen nur, wenn wir ehrlich in all den Dingen zusammenhalten, die absolute Lebensnotwendigkeiten für uns darstellen. Man kann also über verschiedene Fragen verschiedener Meinung sein, und man kann sich sogar darüber völlig auseinanderreden. Aber darüber, daß **Deutschland leben muß**, kann man eigentlich nur einer Meinung sein.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Zum Schluß darf ich noch folgendes sagen. Der Herr Abgeordnete Bezold hat mit seinem an sich geistreichen, manchmal etwas überspitzten

Spott — seien Sie mir nicht böse, ich höre Ihre Reden sehr gerne! — gemeint: Ein Satz in der Regierungserklärung ist absolut überzeugend, ihn erkennen wir ohne weiteres an, nämlich den Satz: Wir wissen nicht, was kommt. Hier muß ich leider sehr ernst werden. So heißt es nämlich nicht, bitte, lesen Sie den Satz im Zusammenhang! Ich möchte daher auf den Zusammenhang zurückkommen, weil es mir hier wirklich sehr ernst darum geht, nicht mißverstanden zu werden. Weit entfernt nämlich, sagen zu wollen, wir wissen nicht, was etwa hier in diesem Raum geschieht oder welches Schicksal der Regierung innerhalb Bayerns zuteil wird oder was mit der einen oder anderen Vorlage, die wir ausarbeiten, bei der Abstimmung im Landtag geschehen wird, habe ich etwas ganz anderes gemeint. Ich wäre sehr betrübt, wenn ich hier mißverstanden worden wäre. Ich habe nur darauf hingewiesen, daß wir außerordentlich schwierigen Zeiten entgegengehen, und habe dann erklärt: Wenn wir auch mit Ruhe und ohne die Furcht, die so viele Gemüter bewegt, der Zukunft entgegensehen, so sind wir doch sicher, daß die Dinge, die vor uns stehen, im Großen und im Kleinen einen sehr weiten und unbefangenen Blick für das Wesentliche und für das Wirkliche verlangen, einen Blick, der möglichst wenig durch rein parteipolitische Betrachtungsweisen beeengt sein sollte. Wir wissen alle nicht, was kommt. Wir wissen aber, daß es um das Ganze gehen wird, daß wir trotz unserer geschwächten Volkskräfte in unserer Gesamtheit vor so gewaltige seelische, geistige und wirtschaftliche Anstrengungen gestellt werden, daß wir alles daran setzen müssen, um über die Spannungen hinweg, die immer so große Anforderungen in einem Volk erzeugen, unter allen Umständen den inneren Frieden zu erhalten. Dieser Friede ist mehr denn je die Voraussetzung des äußeren Friedens, auf dessen Herstellung letzten Endes alle diese unsere Anstrengungen gerichtet sind!

Ich habe im Anschluß daran, und damit möchte ich schließen, alle **politisch Einsichtigen im Lande** aufgefordert, sich unter diesen Gesichtspunkten zusammenzuschließen. Unter diesen Gesichtspunkten habe ich für dieses Ziel das Verständnis und die Mitarbeit aller politisch Einsichtigen für die Tätigkeit der Regierung erbeten und das möchte ich gerne wiederholen.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Stang: Der erste Punkt der heutigen Tagesordnung „Aussprache über die am 9. Januar 1951 abgegebene Erklärung der Staatsregierung“ ist damit erledigt.

Ich rufe auf Punkt 2 der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Dr. Baumgartner, Bantele, Dr. Etzel, Dr. Weiß und Fraktion betreffend Wiederaufnahme der tschechoslowakischen Kohlenlieferungen an Bayern.

Die Interpellation ist in Beilage 47 abgedruckt. Zu dieser Interpellation hat zu einer geschäftsordnungsmäßigen Bemerkung der Herr Abgeordnete Dr. Baumgartner das Wort.

Dr. Baumgartner (BP): Meine Damen und Herren! Zu dieser Interpellation haben wir von der bayerischen Staatsregierung erfahren, daß hierüber nicht aussichtslose Verhandlungen schweben. Da wir nicht gewillt sind, diese Verhandlungen zu stören, ist meine Fraktion damit einverstanden, daß diese Interpellation auf kurze Zeit vertagt wird. Wir werden uns erlauben, die Interpellation zu gegebener Zeit wieder auf die Tagesordnung setzen zu lassen.

(Beifall)

Präsident Dr. Stang: Das Haus ist mit diesem Verfahren der Vertagung der Besprechung einverstanden; ich stelle das fest.

Ich rufe auf Punkt 3 der Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Dr. Baumgartner, Dr. Etzel und Fraktion betreffend Fortführung des Wohnungsbauprogramms.

Die Interpellation ist in Beilage 48 enthalten. Wer von den Interpellanten verliest die Interpellation?

(Abg. Dr. Baumgartner: Dr. Etzel!)

— Herr Abgeordneter Dr. Etzel verliest die Interpellation.

Dr. Etzel (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Geschäftsordnung bin ich gehalten, zunächst den Wortlaut der Interpellation zu verlesen:

Unter dem fünffachen Druck

- a) des großen neuen Steuerbedarfs,
- b) der Zerrüttung des Kapitalmarktes,
- c) der bevorstehenden Kürzung der „auswärtigen“ (ECA-) Mittel,
- d) der Illiquidität der oft mit fünfzig und mehr Prozent der Baukosten in Vorlage getretenen Betriebe des Bauhandwerks und der Bauindustrie,
- e) der übermäßigen Aufblähung des Rediskont-Volumens der vorfinanzierenden Bank deutscher Länder.

Ist nicht nur die finanzielle Konsolidierung des Wohnungsbauprogramms 1950 ernstlich gefährdet, die Fortführung des Wohnungsbaues im Jahre 1951 selbst ist in Frage gestellt und, wenn nicht rasche und durchgreifende Maßnahmen getroffen werden, voraussichtlich überhaupt unmöglich. Die Lage ist alarmierend.

Wir fragen die Staatsregierung, was sie zu tun denkt, um dem drohenden Zusammenbruch der Fortführung des Wohnungsbauprogramms entgegenzutreten. Ist die Staatsregierung bereit, bei der Bundesregierung und der Bank deutscher Länder darauf zu dringen, daß mit der bisherigen Vernachlässigung des Kapitalmarktes und den Mißachtungen und Benachteiligungen der Altsparer (Konten- und Wertpapiersparer) sofort Schluß gemacht, der Sparwille geweckt und ermutigt und entschlossen, planmäßig und nachhaltig die Wiederherstellung eines ordentlich funktionierenden Kapitalmarktes in die Wege geleitet wird? Ist die Staatsregierung insbesondere bereit, die Bundesregierung zur Würdigung der Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft der privaten Hypothekenbanken vom 21. November 1950 zu veranlassen?

Präsident Dr. Stang: Ich frage die Staatsregierung, und zwar den zuständigen Staatsminister des Innern, Herrn Dr. Wilhelm Hoegner, ob und wann er bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Dr. Hoegner, Staatsminister: Die Staatsregierung ist bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Präsident Dr. Stang: Dann darf ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Etzel das Wort zur Begründung der Interpellation erteilen.

Dr. Etzel (BP): Mit Ihrer Zustimmung darf ich mich auf einige kurze Sätze beschränken. Das Wohnungsbauprogramm 1950 ist sowohl in Bezug auf den sozialen wie auf den privaten Wohnungsbau weitgehend auf die Mittel des Steuerzahlers und die Bereitstellung aus ERP-Konten gegründet gewesen. Die Bereitstellung vor allem der erststelligen und nachstelligen Hypotheken bereitete die größten Schwierigkeiten. Nach den Feststellungen des Statistischen Bundesamtes vom 30. September 1950 sind 77 Prozent der gesamten Aufwendungen für den Wohnungsbau im Jahre 1950 durch öffentliche Mittel, durch ERP-Freigaben und vor allem durch Steuermittel des Bundes und der Länder bestritten worden. Nur 23 Prozent des Solls könnten oder sollen noch mit Hilfe privater Kapitalien aufgebracht werden. Die Sparkassen haben dem Wohnungsbauminister im Jahre 1950 eine **Zusage auf 300 Millionen D-Mark** gemacht. Diese Zusage stützte sich auf das damalige Aufkommen an Einlageüberschüssen der Sparkassen, die etwa 90 Millionen D-Mark im Monat betrugen. Durch die Auswirkungen des Korea-Konflikts sind diese Einlageüberschüsse auf 8 Millionen D-Mark im Monat September gesunken. Die Sparkassen selbst sind in die Zwangslage gekommen, ihre Zusage nun nicht einhalten zu können, und haben vorübergehend einen Rediskontrückhalt des Zentralbanksystems, also der Bank deutscher Länder, erhalten. Die Zusage der Sparkassen muß eingehalten werden. Sie ist fällig. Sie ragt als eine Last in das Wohnungsbaujahr 1951 hinüber. Das Rediskontvolumen der Bank deutscher Länder ist dadurch stark angespannt worden. Es ist nicht daran zu denken, daß Sparkapital in nennenswertem Maße für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms 1951 zur Verfügung steht. Wir wissen, daß der Herr Bundesfinanzminister eine **neue Steuervorlage** im Betrage von rund vier Milliarden D-Mark vorbereitet. Diese vier Milliarden sind nicht dazu bestimmt, den Wohnungsbau zu finanzieren, sondern dazu, einen Beitrag zur Verteidigung der Bundesrepublik beziehungsweise Europas zu leisten.

Die Aussichten für die Durchführung des **Wohnungsbauprogramms 1951** sind also denkbar düster. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es möglich sein muß, aus dieser neuen Steuervorlage einen nennenswerten Betrag für den Wohnungsbau abzuweigen. Es darf nicht der größte Teil der vier Milliarden in Rüstungsbauten angelegt werden, so daß deutsche Menschen nicht die Möglichkeit einer würdigen Unterkunft finden. Auf die Dauer aber,

(Dr. Etzel [BP])

meine Damen und Herren, ist es unmöglich, derart große Programme auf die Schultern des Steuerzahlers selbst zu legen. Es ist nicht damit zu rechnen, daß die Änderung des Einkommensteuergesetzes sowie des Körperschaftssteuergesetzes, die die Begünstigung vor allem der Selbstfinanzierung aufheben soll, die notwendigen Mittel flüssig macht. Warum nicht? Weil die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nur durch die Wiederherstellung des Vertrauens gebremst und verlangsamt und durch Konsumverzicht zurückgelegtes Geld in die Sparkanäle umgeleitet werden kann.

Die Ursachen des Vertrauensschwundes liegen in zwei Richtungen: einmal in einer außenpolitischen Richtung, nämlich in der Furcht der Menschen vor einer sich ankündigenden neuen Katastrophe; daher die Flucht in den Verbrauch und in die Sachwerte. Die andere Ursache ist der Sparerboykott, der Sparerstreik, der durch die Mißhandlung der anständigen Menschen hervorgerufen worden ist, die sich in früheren Jahren und Jahrzehnten einen großen Konsumverzicht für ihren Lebensabend und die Sicherung ihrer Familie abgerungen haben. Die **Wiederherstellung des Vertrauens der Sparer** aber ist eine Sache der Korrektur ihrer Enteignung durch die Währungsgesetze. Es erhebt sich die Frage, ob es wirklich unmöglich sein soll, wenigstens eine teilweise Aufwertung der Guthaben der Altsparer und des Altbesitzes von Wertpapieren des Realkredits vorzunehmen. Das Umstellungsgesetz selbst sieht ja in verschiedenen Paragraphen eine Anwartschaft auf eine zweite Deutsche Mark für weitere zehn Reichsmark vor. Die Hypothekenbanken, die doch alle wichtige und bewährte Träger der Finanzierung des Wohnungsbaus sein sollen, weisen darauf hin, daß sie 90 vom Hundert ihrer Hypothekenforderungen als Umstellungsgrundschulden zum Lastenausgleichsfonds hätten abgeben müssen, also 40 vom Hundert mehr als die in einer 24jährigen Rentenleistung abzugeltende Leistung von grundsätzlich 50 vom Hundert.

Wichtig ist, daß die öffentliche Hand in den vergangenen Jahren seit der Währungsreform nicht in der Lage war, Anleihen aufzunehmen, daß die von dem Bundesfinanzminister beabsichtigte Prämienanleihe auch in diesem Jahre zu spät kommt und daß sie gefährdet ist, weil im Zuge der Restriktionsmaßnahmen der Bank deutscher Länder inzwischen eine beträchtliche Erhöhung des Landeszinssfußes und der Diskonte stattgefunden hat. Die Bundesbahnanleihe ist mit 250 Millionen Mark zwar von den Konsortialbanken eingezahlt, aber nicht gezeichnet, das heißt vom Sparkapital aufgebracht worden.

Ich gebe zu, daß eine **Aufwertung der Altsparguthaben** Schwierigkeiten bereiten kann, vor allem deswegen, weil den Kapitalsammelstellen dann sogenannte Ausgleichsforderungen zur Verfügung gestellt werden müßten. Der Bundesfinanzminister hat sich in der gestrigen Regierungserklärung mit Recht darüber beschwert, daß Bayern nicht mehr und nicht weniger als bereits 2 Milliarden D-Mark

an Ausgleichsforderungen zu verzinsen habe, eine Last, die an und für sich der Bund tragen müßte; denn es handelt sich hierbei um eine aus der früheren Reichspolitik hervorgegangene Last. Ich begreife also durchaus, daß diese Lösung Schwierigkeiten bereitet. Aber ich meine, angesichts der Größe der Aufgabe und der ernsten Tatsache, daß die Durchführung einer für die soziale und wirtschaftliche Befriedung wesentlichen Maßnahme gefährdet ist, sollten alle Anstrengungen gemacht werden, um wenigstens mit einer **Teilrestitution** gegenüber den Altspargern, den Wertpapier- und den Kontensparern, zu beginnen.

Darauf zu verweisen und darauf hinzuwirken, war der Zweck unserer Interpellation. Wir haben die Form dieser parlamentarischen Initiative deshalb gewählt, meine Damen und Herren, weil Gefahr im Verzug ist. Wir nähern uns dem Ende des Januar und wir wissen vom vorigen Jahre, daß die Ankurbelung und Durchführung des Wohnungsbauprogramms damals außerordentlich erschwert und unnötig kompliziert wurde, weil die Vorbereitungen zu spät erfolgt sind.

(Beifall bei der BP)

Präsident Dr. Stang: Das Wort zur Beantwortung der Interpellation nimmt der Herr Staatsminister des Innern Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner, Staatsminister: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Interpellation geht nicht in allen Punkten von einer zutreffenden Beurteilung der gegenwärtigen Lage aus.

(Sehr richtig! links)

Die finanzielle Restabwicklung des sozialen **Wohnungsbauprogramms 1950** in Bayern ist gesichert, da nur völlig durchfinanzierte Bauvorhaben gefördert wurden. Soweit bayerische Kreditinstitute die Refinanzierungszusage der Bank deutscher Länder in Anspruch genommen haben, richtet sich deren Ablösung nach dem Pfandbriefverkauf beziehungsweise dem Zuwachs an Spareinlagen und betrifft somit die Institute nicht unmittelbar.

Die nachstellige Finanzierung des **Wohnungsbauprogramms 1951** kann ebenfalls bereits als zu etwa 80 Prozent gesichert angesehen werden. Ich muß dazu allerdings eine Einschränkung machen: Sie kann nur als gesichert angesehen werden, sofern die bereits erteilten Zusagen seitens des Bundes und des Hauptamtes für Soforthilfe auch eingehalten und insbesondere auch die von der Obersten Baubehörde für die Förderung des sozialen Wohnungsbaus beantragten Mittel des bayerischen Haushalts zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag, die Regierung zu ermächtigen, aus diesen Zusagen **80 Millionen D-Mark im Vorgriff** zur sofortigen Verplanung freizugeben, ist vom Staatsminister des Innern gestellt und wird, die Zustimmung des Finanzministeriums vorausgesetzt, in Kürze dem Landtag vorliegen.

Die Bereitstellung der notwendigen erststelligen Mittel für das kommende Baujahr wird dagegen

(Dr. Hoegner, Staatsminister)

zweifellos auf Schwierigkeiten stoßen, wenn auch die Aufstellung des Wohnungsbauprogramms schon bisher erkennen läßt, daß Mittel in höherem Umfang zur Verfügung stehen, als zunächst nach der Lage am Kapitalmarkt zu befürchten war.

Die Interpellation enthält insoweit einen gewissen Widerspruch, als sie einerseits gegen eine weitere Ausweitung des Rediskontvolumens der Bank deutscher Länder Stellung nimmt und andererseits bei dieser Bank Schritte zur Stärkung des Kapitalmarktes fordert. Die diesem Thema gewidmete Sitzung des Bayerischen Aufbaurats vom 13. Januar 1951 hat ebenfalls klar gezeigt, daß die gegenwärtige Schwäche des Kapitalmarktes in erster Linie auf der außerordentlichen **Vertrauenskrise** beruht, die weite Kreise der Bevölkerung erfaßt hat und deren Ursachen auf der weltpolitischen Spannungslage und der Unsicherheit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik, insbesondere ihrer künftigen finanziellen Inanspruchnahme, beruhen. Aus dieser Einstellung heraus wird heute von der Bevölkerung die an sich vorhandene Sparquote in Sachwerten angelegt, in der Hoffnung, auf diesem Wege eine Entwertung zu vermeiden. Eine Stärkung des Kapitalmarktes könnte also nur im Wege einer beschränkten Offenmarktpolitik erfolgen, der jedoch die Bindungen entgegenstehen, die die Bundesrepublik im Zusammenhang mit der Gewährung des 120 Millionen-Dollar-Kredits gegenüber der europäischen Zahlungsunion eingehen mußte. Da der mangelnde Sparwille also in der allgemeinen welt- und wirtschaftspolitischen Lage seine Ursache hat, dürfte für seine Stärkung die Aufwertung der Altsparkonten keine entscheidende Rolle spielen.

Die angezogene **Denkschrift** der Arbeitsgemeinschaft der privaten Hypothekenbanken vom 21. November 1950 sieht diese Aufwertung letztlich auf Kosten des Wohnungsbaus vor, da die Umstellungsgrundschulden zu diesem Zwecke von $\frac{9}{10}$ auf $\frac{4}{10}$ gekürzt werden sollten. Aus dem Aufkommen aus Umstellungsgrundschulden werden aber etwa 50 Prozent der für die nachstellige öffentliche Finanzierung im Wohnungsbau benötigten Mittel gewonnen. Selbst wenn die oben genannten $\frac{4}{10}$ über den Kapitalmarkt als staatsverbürgte zweite Hypotheken an den Wohnungsbau zurückfließen, würde damit doch durch die vom Staate zu gewährenden Zinszuschüsse eine weitere Verpflichtung für den bayerischen Staatshaushalt entstehen, die nur unter Kürzung der für den sozialen Wohnungsbau benötigten Mittel gedeckt werden könnte.

Da die der Interpellation zugrunde liegenden Gedanken und Beobachtungen auch der Staatsregierung bereits seit den Herbstmonaten 1950 bekannt sind, sind bereits seit diesem Zeitpunkt Verhandlungen im Gange, um die finanzielle Durchführung des Wohnungsbauprogramms 1951 zu sichern. Während dies im Raum der nachstelligen Finanzierung bereits weitgehend gelungen ist, sind die Verhandlungen über die **Sicherung der erststelligen Finanzierung** noch im Gange. Insbesondere wird diese

Frage auch vom Bundesminister für den Wohnungsbau mit den Spitzenverbänden des Realkredits weiter geklärt.

Zusammenfassend kann ich also sagen: Die bayerische Staatsregierung wird alles tun, um auch für das Baujahr 1951 ein umfassendes Bauprogramm durchzuführen. Sie steht auf dem Standpunkt, daß gerade auf diesem Gebiete ein Stillstand einen wesentlichen Rückschritt bedeuten würde.

Zu den Einzelheiten der kredit- und finanzpolitischen Lage wird noch der Herr Staatsminister der Finanzen Stellung nehmen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Stang: Zur weiteren Beantwortung der Interpellation erteile ich das Wort dem Herrn Staatsminister der Finanzen Dr. Zorn.

Dr. Zorn, Staatsminister: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir; zu den Ausführungen des Herrn Innenministers Dr. Hoegner eine kurze Ergänzung vom Standpunkt des Finanzministeriums aus!

Um das **Wohnungsbauprogramm 1951** sicherzustellen, ist es nötig, worauf Herr Dr. Hoegner bereits hingewiesen hat, rechtzeitig die Mittel hierfür bereitzustellen. Die bayerische Staatsregierung wird Ihnen infolgedessen den Antrag unterbreiten, sie zu ermächtigen, im Vorgriff auf das Haushaltsjahr 1951 Mittel in Höhe von 89,6 Millionen D-Mark zur **Förderung des sozialen Wohnungsbaues** bereitzustellen. Der einschlägige Antrag ist augenblicklich in Bearbeitung und wird Ihnen in einigen Tagen zugehen.

Neben der direkten Förderung des sozialen Wohnungsbaues ist es aber auch notwendig, den Wohnungsbau steuerlich attraktiv zu gestalten. Die bayerische Staatsregierung wird sich deshalb dafür einsetzen, die **steuerlichen Vergünstigungen** wenigstens in beschränktem Umfang auch weiter zu gewähren. Der soziale Wohnungsbau genießt, wie Sie wissen, besondere steuerliche Vorteile auf dem Gebiete der Grundsteuer und der Grunderwerbssteuer. Bekanntlich werden beim sozialen Wohnungsbau auch keine Gebühren erhoben. Diese Vergünstigungen gehen zu Lasten der Länder und der Gemeinden. Sie sind aber ein wesentlicher Beitrag zur Förderung des Wohnungsbaues, der nur nicht öffentlich in Erscheinung tritt.

Meine Damen und Herren! Die Interpellation beschäftigt sich auch mit dem **Altsparerproblem**. Es ist mir fast etwas peinlich, mich in diesem Hause zu diesem Problem zu äußern, nachdem es sozusagen zu den Aufgaben meines zivilen Berufs gehört, mich für die Aufwertung der Altsparguthaben einzusetzen.

(Bravo!)

Bekanntlich hat die Bundesregierung die Aufwertung der Altsparguthaben in ihrer Regierungserklärung in Aussicht gestellt. Leider hat sie die Altsparerentschädigung nicht im Lastenausgleichsgesetz vorgesehen, sondern sie einem besonderen

(Dr. Zorn, Staatsminister)

Gesetz vorbehalten. Es war nun gerade die bayerische Regierung, die in der Bundessatzung vom 19. Januar 1951, also vor wenigen Tagen, erklärt hat, daß sie dem Lastenausgleichsgesetz nur dann ihre Zustimmung geben kann, wenn auch der Rechtsanspruch der Altsparrer im Lastenausgleichsgesetz anerkannt wird.

(Bravo!)

Dieser Antrag ist im Bundesrat einstimmig durchgegangen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das **Zinsproblem** ist, wie Sie alle wissen, heute wohl eines der schwierigsten Probleme in der Finanzpolitik. Es ist Ihnen sicher bekannt, daß das Bundeswirtschaftsministerium für eine Kapitalzinserhöhung eingetreten ist, das Bundesfinanzministerium sie dagegen abgelehnt hat. Ich neige dazu, zu sagen, daß alle praktischen Gesichtspunkte gegen eine Kapitalzinserhöhung sprechen. Ich glaube, es war Herr Abgeordneter **Bezold**, der dazu Stellung genommen hat. Ihm muß ich hier widersprechen: Es gibt zur Zeit keinen marktgerechten Zins. Auch wenn wir den Kapitalmarktzins um 2 Prozent erhöhen, ist das noch lange kein marktgerechter Zins, sondern eben auch ein manipulierter Zins, der sich vom alten Zins nur dadurch unterscheidet, daß er eben um 2 Prozent höher liegt als der alte. Würden wir aber den Zins auspendeln lassen, so kämen wir vielleicht auf einen Zinsfuß von 12 bis 14 Prozent. Sie werden alle zugeben, meine Damen und Herren, daß ein derartig ausgependelter Zins, also ein wirklich marktgerechter Zins, ein Ding der Unmöglichkeit wäre. Im übrigen darf ich noch erwähnen, daß sämtliche Vertreter des Aufbaurats sich gegen eine Kapitalzinserhöhung ausgesprochen haben. Die bayerische Staatsregierung hat zu diesem schwierigen Problem noch keine Stellung genommen und ich muß mir deshalb vorbehalten, mich zu einem späteren Zeitpunkt noch ausführlich zu dieser Frage zu äußern. Im übrigen ist die bayerische Staatsregierung für diese Frage nicht zuständig, sondern, wie Sie wissen, die Bank deutscher Länder.

Meine Damen und Herren! Ich bitte meinen Ausführungen zu entnehmen, daß — das möchte ich nochmals betonen — die bayerische Staatsregierung alles tun und alle Kräfte anspannen wird, um das Wohnungsbauprogramm auch im Jahre 1951 durchzuführen.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Präsident Dr. Stang: Nach der Geschäftsordnung schließt sich an die Antwort des Ministers dann eine Besprechung der Interpellation an, wenn sie von mindestens 25 Mitgliedern verlangt wird. Es muß also erst dieses Verlangen an den Landtag gestellt und ihm stattgegeben werden.

Dr. Baumgartner (BP): Meine Fraktion verzichtet auf eine Besprechung.

(Beifall. — Abg. Dr. Etzel: Ich erbitte das Wort zu einer persönlichen Bemerkung!)

Präsident Dr. Stang: Zu einer persönlichen Bemerkung außerhalb der Interpellation?

(Abg. Dr. Etzel: Nein, im Zusammenhang damit, um ein Mißverständnis aufzuklären! — Zuruf von der SPD: Zur Sache!)

— Dazu kann ich Ihnen nach der Beratung noch während der Sitzung das Wort erteilen.

(Abg. Dr. Baumgartner: Eine Beratung schließt sich ja nicht an!)

An die Beantwortung der Interpellation schließt sich eine Besprechung an, wenn sie von mindestens 25 Mitgliedern verlangt wird. Herr Abgeordneter Dr. Baumgartner hat erklärt, daß seine Fraktion auf eine Besprechung verzichtet. Bei der Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Etzel handelt es sich nur um eine persönliche Bemerkung, die im Laufe einer Beratung möglich ist. Aber wir können sie auch gleich jetzt vornehmen, wenn es sich wirklich nur um eine persönliche Bemerkung handelt.

(Zuruf von der SPD: Zur Sache!)

Dr. Etzel (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur ein Mißverständnis aufklären. Da ich die Ehre habe, der Verfasser dieser Interpellation zu sein, darf ich feststellen, daß ein Widerspruch in ihr nicht enthalten ist, wie der Herr Innenminister annimmt. Er sagt, auf der einen Seite sei der Überhang und Umfang des Rediskontvolumens der Bank deutscher Länder bemängelt worden, und zwar mit Recht, auf der anderen Seite sei aber doch der Vorschlag gemacht worden, mit eben dieser Bank deutscher Länder in Verbindung zu treten und Verhandlungen zu führen. Unser Vorschlag entspringt aber nur dem Zweck, den bisherigen Widerstand der Bank deutscher Länder gegen eine Aufwertung der Altsparguthaben zu beseitigen. Nur diesem Zweck!

Präsident Dr. Stang: Das ging etwas über den Rahmen einer rein geschäftsordnungsmäßigen beziehungsweise einer persönlichen Bemerkung hinaus, aber es ist nun einmal geschehen. Ich glaube auch nicht, daß damit die Arbeit des Landtags stark aufgehalten worden ist. Eine Besprechung wird nicht gewünscht. Damit ist die Behandlung der Interpellation abgeschlossen.

Ich rufe auf Ziffer 4 der heutigen Tagesordnung:

Bericht des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft zum Antrag der Abgeordneten Kaifer und Genossen betreffend Bereitstellung von Bundesmitteln zur Wildbachverbauung im Regierungsbezirk Schwaben (Beilage 49).

(Abg. Dr. Baumgartner: Zur Geschäftsordnung! Herr Präsident, wir haben vereinbart, zuerst die Interpellationen zu behandeln!)

Der Punkt wäre rasch erledigt. Die anderen Gegenstände, nämlich die Berichte des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, müssen heute noch erledigt werden.

(Abg. Dr. Baumgartner: Einverstanden!)

Den Bericht zu Ziffer 4 erstattet der Herr Abgeordnete Baumeister. Ich erteile ihm das Wort.

Baumeister (CSU), Berichterstatter: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Der Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft hat in seiner 1. Sitzung am Dienstag, den 16. Januar 1951, einen Antrag Kaifer und Genossen behandelt, der nach Beilage 19 folgenden Wortlaut hat:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, sich beim Bund dafür einzusetzen, daß zum Zwecke der Wildbachverbauung im Regierungsbezirk Schwaben Bundesmittel (wie für Deichbauten im Lande Niedersachsen) zur Verfügung gestellt werden.

Berichterstatter zu diesem Antrag war meine Wenigkeit, Mitberichterstatter der Herr Abgeordnete Kiene.

Nachdem sich die Berichterstatter für die Notwendigkeit der Wildbachverbauungen in Schwaben eingesetzt und der Antragsteller seinen Antrag begründet hatte, wurde der Regierungsvertreter, Ministerialdirektor Fischer, gebeten, sich über den Stand der Wildbachverbauungen und des Aufwands hierfür zu äußern. Herr Ministerialdirektor Fischer legte in einem ausführlichen Bericht dar, daß die bayerische Staatsregierung schon im vergangenen Jahr durch die Oberste Baubehörde vom Bundesfinanzministerium gefordert hat, zirka 20 Millionen Bundesmittel für Wildbachverbauungen bereitzustellen. Leider sei dies bis heute nur in einem zu geringen Umfang geschehen. Auf Grund dieser Erfahrungen hat sich der Ausschuß zu folgendem Beschluß veranlaßt gesehen:

Die Staatsregierung wird ersucht, sich beim Bund dafür einzusetzen, daß zum Zwecke der Wildbachverbauung im bayerischen Alpen- und Voralpengebiet Bundesmittel (wie für Deichbauten im Lande Niedersachsen) zur Verfügung gestellt werden.

Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Ich bitte, ihm beizutreten.

Präsident Dr. Stang: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte die Mitglieder des Hauses, die dem eben bekanntgegebenen Ausschußantrag zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Das Haus hat so beschlossen.

Ich rufe auf:

Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Schreiben des Verfassungsgerichtshofs betreffend Antrag von Frau Sophie Spatz in Hurlach/Obb., vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Hans Keller auf Feststellung der Nichtigkeit des Gesetzes über eine Volksbefragung bezüglich der Rückgliederung des Landkreises Friedberg in den Regierungsbezirk Oberbayern vom 11. März 1950 (GVBl. S. 50) — Beilage 50 —.

Es ist das eine eilige Sache, die noch heute erledigt werden muß. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Lacherbauer.

(Zuruf: Ist nicht da!)

— Dann schlage ich vor, über die Angelegenheit ohne Bericht abzustimmen. Der Antrag des Ausschusses lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.

II. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Carl Lacherbauer bestellt.

III. Der Schriftsatz des Vertreters des Landtags, der in der Sitzung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen am 16. Januar 1951 zur Verlesung gekommen ist, wird gebilligt.

(Abg. Michel: Der Schriftsatz sollte wenigstens bekanntgegeben werden!)

— Wenn das gewünscht wird, müssen wir die Beratung zurückstellen.

(Abg. Dr. Franke: Ich bitte um Zurückstellung; ich kann nicht über eine Sache beschließen, von der ich gar nichts weiß!)

— Der Punkt wird zurückgestellt, bis der Berichterstatter, Herr Kollege Dr. Lacherbauer, anwesend ist.

Ich rufe auf:

Interpellation des Abgeordneten Nerlinger und Fraktion betreffend Kohlenversorgung der bayerischen Papierfabriken (Beilage 85).

Der Herr Abgeordnete Nerlinger verliest die Interpellation.

Nerlinger (BP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich erlaube mir, folgende Interpellation zur Kenntnis zu bringen:

Was gedenkt die bayerische Staatsregierung zu tun, um die bayerischen Papierfabriken durch zusätzliche Kohlenlieferung derart zu unterstützen, daß die Papierproduktion nicht weiter absinkt?

Präsident Dr. Stang: Ich frage die Staatsregierung, ob und wann sie bereit ist, die Interpellation zu beantworten.

Dr. Seidel, Staatsminister: Ich bin bereit, sie sofort zu beantworten.

Präsident Dr. Stang: Dann bitte ich, die Interpellation zu begründen.

Nerlinger (BP): Ein erheblicher Teil der papiererzeugenden Fabriken liegt in Bayern. Die Papiererzeugung selbst steht und fällt mit der Kohlenzuteilung. Die Papiererzeugung wird ohne jede Priorität nach der Staffel „Übrige Industrie“ beliefert, was wegen der erheblichen Prioritätsgruppen eine zirka 50prozentige Kürzung des echten Kohlenverbrauchs ergibt.

Durch die eingetretenen Produktionsstörungen ist die Versorgung der Zeitungen und Zeitschriften ernsthaft gefährdet.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung des graphischen Gewerbes ist bekannt. Hier dürften die Zahlen interessieren: zirka 1200 Betriebe mit weit über

(Nerlinger [BP])

20 000 Beschäftigten und einem jährlichen Umsatz, der eine Viertelmilliarde D-Mark übersteigt! Darüber hinaus kann aber nicht genug betont werden, daß die öffentliche Meinungsbildung ebenso wie der Schulbuchbedarf und vieles andere gefährdet ist, wenn die bayerische Staatsregierung nicht durch Sonderbehandlung der Papiererzeugung Abhilfe schafft.

Wir bitten die bayerische Staatsregierung, über das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, im Einvernehmen mit den Verbänden: Verein der Graphischen Betriebe in Bayern e. V., München 2, Weinstraße 4, Verein der Bayerischen Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie, München 23, Ansprengerstraße 8/II, Verein Bayerischer Zeitungsverleger, Augsburg, Ulmerstraße 160 a, Verein Bayerischer Zeitungsverleger im Verband Deutscher Zeitungsverleger e. V., München 2, Maximiliansplatz 7, für eine ausreichende Versorgung der bayerischen Papierindustrie besorgt zu sein. Besonders wird gebeten, daß die Zuteilung auch tatsächlich im Rahmen der Schlüsselzahlen erfolgt, die aufgestellt werden. Es wird immer wieder festgestellt, daß zwar die Auslieferung von bayerischer Braunkohle gemäß den Zuteilungsziffern vorgenommen wird, daß aber die Steinkohlenauslieferung wesentlich hinter den Zuteilungssätzen nachhinkt.

Vizepräsident Hagen: Ich erteile dem Herrn Staatsminister Dr. Seidel das Wort.

Dr. Seidel, Staatsminister: Meine Damen und Herren, Hohes Haus! Die Interpellanten übersehen, daß die **Kohlenbewirtschaftung mit dem 1. April 1950 aufgehoben** wurde. Die Landeswirtschaftsverwaltung hat daher keine gesetzliche Grundlage, in die Verteilung der Kohle grundlegend einzugreifen.

Infolge der angespannten Kohlenversorgungslage hat der Herr Bundeswirtschaftsminister am 31. Oktober 1950 einen **Beauftragten für die inländische Kohlenversorgung** bestellt mit der Aufgabe, die Verteilung der Kohle so zu steuern, daß Produktionsstörungen nach Möglichkeit vermieden werden. Es handelt sich also um keine Bewirtschaftung, sondern um eine sogenannte „Lenkung mit leichter Hand.“ Die **Lenkung** bedient sich folgender Methodik:

Die **Planungsabteilung des Bundeswirtschaftsministeriums** setzt im Benehmen mit dem Kohlenbeauftragten sogenannte Richtmengen für die Hauptverbrauchergruppen fest. Die Richtmengen werden für die industriellen Abnehmer auf Grund der Bezüge im Sommer- oder Winterhalbjahr 1949/50 ermittelt. Nach meiner Unterrichtung hat das Bundeswirtschaftsministerium in letzter Zeit auch einige Spitzenverbände der Industrie verantwortlich in die Kohlenverteilung eingeschaltet, ohne daß diese Einschaltung auch auf die Landeswirtschaftsverwaltungen erstreckt worden wäre.

Die jetzt geltenden Richtmengen werden im Durchschnitt nur mit rund 70 Prozent ausgeliefert. Dies bedeutet, daß bei der gegenüber dem Vorjahr

um rund 30 Prozent gestiegenen Produktion und der viel zu geringen Bevorratung für den Winter 1950/51 die zur Verfügung gestellten Mengen bei weitem nicht ausreichen, um den tatsächlichen Bedarf der Industrie zu decken. Da ein Teil der kontinuierlich arbeitenden Betriebe unter allen Umständen mit den zur Aufrechterhaltung des Betriebes benötigten Kohlenmengen beliefert werden muß, bleiben die Belieferungen der übrigen Industrie noch wesentlich unter dem obengenannten Auslieferungssatz von 70 Prozent zurück. Zur Deckung des gegenwärtigen Kohlendefizits im Bundesgebiet sind monatlich rund 1 Million Tonnen Kohle zusätzlich erforderlich. Da zur Zeit keine Möglichkeit besteht, diese Fehlmenge auf irgendeinem Weg zu decken, müssen bei allen Wirtschaftszweigen entsprechende Kürzungen vorgenommen werden.

Wenn die Herren Interpellanten von Prioritäten sprechen, so ist hierzu festzustellen, daß bisher Prioritäten nicht festgesetzt worden sind und auch in der Zukunft nicht eingeführt werden sollen. Bonn hat allerdings sogenannte „**bevorrechtigte Bedarfsträger**“ anerkannt.

(Zuruf von der CSU: Jawohl!)

Das sind Bedarfsträger wie die Bundesbahn, die Schifffahrt, Berlin, Ernährung, Armee, eisenschaffende Industrie, Hausbrand usw., die unter allen Umständen zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft beliefert werden müssen. **Bayern** hat ähnlich wie Bonn für die oberbayerische **Pechkohle** im Einvernehmen mit der Wirtschaft und den Gruben eine sogenannte **Verteilerstelle** bestimmt, die die Verteilung der Pechkohle auf Grund einer Referenzperiode (Mitte Juli 1949 bis 31. August 1950) vornimmt.

Die Landeswirtschaftsverwaltung hat die Kohlenverteilungsstelle für den Kohlenbergbau des rechtsrheinischen Bayern ermächtigt, die Kohlenlieferungen im Rahmen der normalen Auslieferungen des Vorjahres durchzuführen. Änderungen größeren Ausmaßes in der Belieferung der Abnehmer sollen im Interesse der Sicherung einer gleichmäßigen Hausbrandversorgung nach Möglichkeit vermieden werden.

Diese Bemerkungen waren notwendig, um Verständnis für die besondere Lage zu erwecken.

Was nun den Einzelfall der Interpellation anlangt, so hat mein Ministerium die Verteilerstelle für die Pechkohle gebeten, die Papierindustrie über die in der Referenzperiode bezogenen Mengen hinaus nach Möglichkeit stärker zu beliefern. Dies ist auch geschehen. Die Verteilerstellen haben der Papierindustrie zu Lasten der übrigen Wirtschaft im November 1485 Tonnen und im Dezember 1875 Tonnen oberbayerische Pechkohle zusätzlich zur Verfügung gestellt. Im Monat Januar 1951 wurden bis jetzt zusätzlich 532 Tonnen geliefert. Darüber hinaus hat das Bundeswirtschaftsministerium der Zeitungsdruck-Papierindustrie rund 6000 Tonnen Ruhrkohle im Januar 1951 zusätzlich zugeteilt. Auf **Bayern** entfallen auf Grund des Verbraucherschlüssels 420 Tonnen. Das Wirtschaftsministerium

(Nerlinger [BP])

ist bei dieser Zuteilung nicht eingeschaltet gewesen, die Verteilung wurde vielmehr im Benehmen mit den zuständigen Verbänden und dem Bundeswirtschaftsministerium in Bonn vorgenommen. Ich persönlich bin der Auffassung, daß der Anteil von 420 Tonnen an 6000 Tonnen zusätzlicher Ruhrkohle völlig unzureichend ist

(Sehr richtig! bei der CSU)

und die bayerischen Interessen keineswegs berücksichtigt,

(Hört! bei der BP)

weil zum Beispiel die Papierfabrik Haindl in Augsburg, wie wir wissen, einen großen Teil des westdeutschen Papierbedarfs deckt. Ich werde bemüht sein, diesen Schlüssel revidieren zu lassen,

(Abg. Dr. Baumgartner: Sehr richtig!)

und hoffe, daß es uns gelingt, die Einflußnahme der Spitzenverbände, die ja keine bayerischen Verbände sind, in Bonn auszuschalten.

(Abg. Dr. Baumgartner: Sehr gut!)

Das bayerische Staatsministerium für Wirtschaft hat im Januar in Bonn eine weitere Besprechung über die Belieferung der Zeitungsdruck-Papierfabriken mit Kohle vereinbart. Wir werden auf dieser Besprechung unseren Standpunkt entsprechend vortragen. Im übrigen stehen wir in dauernder Verbindung mit den einschlägigen Fachverbänden. Bisher ist eine reibungslose Zusammenarbeit gewährleistet gewesen.

Vizepräsident Hagen: Ich frage, ob eine Besprechung der Interpellation verlangt wird.

Dr. Baumgartner (BP): Die Fraktion verzichtet auf eine Besprechung.

Vizepräsident Hagen: Dann ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Punkt 2 und Punkt 3 der Nachtragstagesordnung sollen, wie ich höre, auf Antrag der Interpellanten ausfallen.

Dr. Baumgartner (BP): Ich kann mich nur zu Punkt 2 äußern. Punkt 3 betrifft eine andere Fraktion.

Vizepräsident Hagen: Punkt 3 betrifft die Interpellation des Abgeordneten Drechsel und Fraktion. Hierzu ist mir mitgeteilt worden, daß sie wegfallen soll. Stimmt das?

von Knoering (SPD): Wir ziehen die Interpellation bis zur nächsten Woche zurück.

Dr. Baumgartner (BP): Wir sind mit der einstweiligen Absetzung von Punkt 2 einverstanden.

Vizepräsident Hagen: Dann fallen die Punkte 2 und 3 heute weg.

Ich rufe auf Punkt 4 des Nachtrags zur Tagesordnung:

Interpellation der Abgeordneten Dr. Etzel, Dr. Baumgartner und Fraktion betreffend aus-

gleichende Umsiedlung der Heimatvertriebenen innerhalb des Bundesgebietes (Beilage 78).

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Etzel das Wort zur Verlesung der Interpellation.

Dr. Etzel (BP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Interpellation lautet:

- I. In der Beantwortung einer Anfrage der Bundestagsabgeordneten Goetzendorff und Genossen (Bundestagsdrucksache 414) hat der Bundesminister des Innern am 16. 2. 1950 (Bundestagsdrucksache 593) festgestellt, daß der Anteil der Heimatvertriebenen an der Gesamtbevölkerung des Bundesgebiets am 1. 4. 1949 sich auf 15,5 v. H. belief.
- II. Am 8. 11. 1950 (Bundestagsdrucksache 1597) hat der Bundesminister für Vertriebene auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion der Bayernpartei vom 12. 10. 1950 (Bundestagsdrucksache 1456) geantwortet. Aus den der Antwort beigegebenen Zahlenübersichten geht hervor, daß
 - a) aus Bayern per 10. 10. 1950 der geringste Hundertsatz des nach der VO vom 29. 11. 1949 (BGBl 1950 S. 4) für die überbelegten Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern festgesetzten Plan-Solls umgesiedelt worden ist,
 - b) unter den Umsiedlern aus Bayern sich ein weit höherer Hundertsatz von Erwerbspersonen befand als unter jenen aus den beiden anderen Ländern,
 - c) das reiche Nordrhein-Westfalen den weitaus geringsten Teil des ihm obliegenden Solls durchgeführt hat.

Nicht ersichtlich ist aus den Tabellen für die einzelnen Länder die Altersschichtung und die anteilmäßige Beteiligung der Geschlechter.

- III. Am 19. 12. 1950 hat die Bundesregierung zur Fortführung der Umsiedlung den Entwurf einer weiteren Rechtsverordnung gem. Art. 119 BGG beschlossen (Bundesrats-Drucksache 1082/50). Nach ihr sollen bis zum 15. 9. 1951 aus Bayern 30 000, aus Niedersachsen 50 000, aus Schleswig-Holstein 120 000 Heimatvertriebene umgesiedelt werden. Der Umsiedlungsanteil Bayerns soll also von bisher 25 v. H. auf 15 v. H. verschlechtert werden.

Wir fragen die Staatsregierung, welche Schritte sie zu unternehmen gedenkt, um

1. die notwendige Folgerung aus der zu I. festgestellten Tatsache des 15,5 v. H.-Bundesdurchschnitts für § 9 des Bayerischen Flüchtlingsgesetzes und Art. VIII der Ausführungsbestimmungen hiezu zu ziehen,
2. die berechtigten Interessen Bayerns im Hinblick auf die unter II. und III. angegebenen Sachverhalte wahrzunehmen, einen Ausgleich seiner bisherigen Benachteiligung zu erwirken, einer erneuten Benachteiligung bei den bevorstehenden Umsiedlungen entgegenzutreten und zu verhindern, daß Bayern im Zusammenhang und Zuge der Umsiedlungen die Rolle und Aufgabe eines Armenhauses, eines Altersheimes, eines Krankenhauses und einer Fürsorgeanstalt zugemutet und aufgebürdet wird.

Vizepräsident Hagen: Ich frage die Staatsregierung, ob und wann sie gewillt ist, diese Interpellation zu beantworten.

Staatssekretär Dr. Oberländer: Sofort!

Vizepräsident Hagen: Herr Abgeordneter Dr. Etzel, wollen Sie die Interpellation begründen?

Dr. Etzel (BP): Ich darf zur Ergänzung der Interpellation, meine Damen und Herren, nur noch ganz wenige Sätze sprechen. Die Zahlentabellen lassen klar ersehen, daß unter den aus Bayern umgesiedelten Heimatvertriebenen sich vor allem gewerbliche Facharbeiter befinden. In den Ländern der französischen Zone sind die bis jetzt durchgeführten Umsiedlungsaktionen noch keineswegs in der Weise zum Abschluß gebracht worden, daß dort den Flüchtlingen — wenigstens in der Mehrzahl der Fälle — auch eine menschenwürdige Wohnung geboten würde.

(Abg. Dr. Keller: Föderalismus!)

Viele von den Umgesiedelten sind dort ohne Arbeit. Das reiche Nordrhein-Westfalen hat aus Mitteln der Soforthilfe 100 Millionen D-Mark für die Erstellung von Wohnungen zur Unterbringung der Umzusiedelnden erhalten. Meine Damen und Herren, Sie werden sehr erstaunt sein, zu hören, daß dieses reiche Nordrhein-Westfalen von den 100 Millionen bis vor acht Tagen keine D-Mark in Anspruch genommen hat.

(Hört, hört! bei der BP)

In welchem Gegensatz befindet sich dazu Bayern, dessen landwirtschaftliche Gebiete man vor allem in einer unvorstellbaren Weise überfüllt hat, so daß dort die Flüchtlinge zwar eine Unterkunft, aber keine Arbeit und Existenzmöglichkeit fanden! Es ist notwendig, daß das ungleich beladene deutsche Schiff, um nicht zu kentern oder zu stranden, gleichmäßiger beladen wird und daß in unserer deutschen Schicksalsgemeinschaft nicht den ärmeren Ländern größere Opfer und Leistungen zugemutet werden, als die reichen zu übernehmen bereit und willens sind.

(Lebhafter Beifall bei der BP)

Vizepräsident Hagen: Zur Beantwortung der Interpellation erteile ich das Wort Herrn Staatssekretär Dr. Oberländer.

Dr. Oberländer, Staatssekretär: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Die Umsiedlung wurde bisher nach dem **Schlüssel 2:1:1** durchgeführt. Der genannte Schlüssel wurde auf Grund einer **Denkschrift des Instituts für Raumforschung** errechnet, nach dessen Ermittlung Bayern 764 000 Heimatvertriebene abzugeben hat. Im ganzen betrug der Überhang für die drei Abgabeländer Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern 2 031 000. Man beschloß zunächst, eine Million als Spitzenausgleich umzusiedeln, und teilte dabei in dem Verhältnis: Schleswig-Holstein 2, Niedersachsen 1, Bayern 1, während in Wirklichkeit bei Schleswig-Holstein ein Überhang von 41 Prozent, bei Niedersachsen von 21 Prozent und bei Bayern von 38 Prozent festgestellt wurde. Das Bundesministerium für Angelegenheiten der Heimatvertriebenen gab dem Institut für Raumforschung neuerlich den Auftrag, eine Denkschrift für die Umsiedlung von zunächst 200 000 Heimatvertriebenen auszuarbeiten. Diese Denkschrift unterschied sich von der ersten Denkschrift dadurch völlig, daß sie die Grundlagen für eine Berechnung der Überbevölkerung außer acht

ließ und daher zu einem Schlüssel kam, wonach 60 Prozent der Umzusiedelnden auf Schleswig-Holstein, 25 Prozent auf Niedersachsen und 15 Prozent auf Bayern entfallen. Dieser Schlüssel wurde sowohl vom Ministerpräsidenten wie vom Innenministerium abgelehnt. Der Ausschuß für Fragen der Heimatvertriebenen des Bundesrats hat die Gelegenheit an einen neuen Arbeitsausschuß innerhalb dieses Ausschusses verwiesen, in dem wir eben um die Beteiligung Bayerns mit mindestens 25 Prozent ringen. Im übrigen wurde in diesem Ausschuß festgesetzt, daß künftig auch der Prozentsatz der Fürsorgeempfänger und Altersrentner eingehalten wird, so daß es nicht wieder passieren kann, daß aus Bayern nur arbeitsfähige Kräfte wegkommen, sondern die Gewähr dafür gegeben ist, daß in allen drei Ländern gleichmäßig verfahren wird. Außerdem hat der **Flüchtlingsausschuß des Bundestags** am vergangenen Freitag über diese Frage verhandelt und vorgeschlagen, 300 000 Heimatvertriebene umzusiedeln, wobei Schleswig-Holstein 150 000, Niedersachsen 85 000 und Bayern 65 000 abgibt. Ich habe an der Sitzung teilgenommen und für Bayern erklärt, daß wir unter keinen Umständen mit dieser Regelung einverstanden sein können.

Das Maßgebliche scheint zu sein, daß es an einer **Gesamtplanung fehlt** und man gewissermaßen nur in Stufen arbeitet.

Was eben über Nordrhein-Westfalen gesagt worden ist, stimmt; es ist mir bekannt, daß Nordrhein-Westfalen die gewaltigen Mittel für den Wohnungsbau für Heimatvertriebene bisher nicht verwendet hat. Man muß auch die Aufnahmeländer, vor allem die südwestdeutschen Aufnahmeländer, die für uns in Frage kommen, mit entsprechenden Wohnungsmitteln versehen, damit sich nicht wieder Dinge wie in Frankenthal ereignen. In Frankenthal ist es nämlich vorgekommen, daß die Umsiedler aus Bayern schlechtere Verhältnisse als in Bayern vorgefunden haben.

Ich kann also sagen, daß diese Dinge in beiden Ausschüssen noch nicht geklärt sind. Wir werden jedenfalls nichts unversucht lassen, um für **Bayern mindestens die bisherige Quote** von 2:1:1 durchzusetzen.

(Allgemeiner Beifall, besonders lebhaft bei der BP)

Vizepräsident Hagen: Ich frage das Hohe Haus, ob es in eine Besprechung eintreten will.

(Abg. Dr. Baumgartner: Meine Fraktion verzichtet darauf. — Abg. Kiene: Wir verzichten ebenfalls.)

— Wer wünscht eine Besprechung? —

Dr. Keller (BHE): Wir würden doch vorschlagen, in eine kurze Besprechung der Fragen einzutreten.

Vizepräsident Hagen: Es haben sich nur drei Mitglieder gemeldet. Infolgedessen kann in eine Besprechung nicht eingetreten werden.

Dr. Keller (BHE): Mit Fraktion! Ich sagte: „wir“.

Vizepräsident Hagen: Ich habe ja gefragt, wer eine Besprechung wünscht. Da sind nur drei Mitglieder aufgestanden. Infolgedessen ist die Sache erledigt.

Dr. Keller (BHE): Ich darf feststellen, Herr Präsident, daß ich sagte: „wir“. Das ist leider offenbar überhört worden.

Vizepräsident Hagen: Es müssen mindestens 25 Mitglieder für die Besprechung sein. Ich bitte nochmals diejenigen Mitglieder, des Hauses aufzustehen, die eine Besprechung wünschen. — Ich danke; ich stelle fest, es sind keine 25.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt. Ich rufe auf:

Interpellation der Abgeordneten Dr. Etzel, Dr. Baumgartner und Fraktion betreffend Abwehr des Abbaus der föderalistischen Elemente und Grundlagen des Bonner Grundgesetzes (Beilage 79).

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Etzel das Wort zur Verlesung der Interpellation.

Dr. Etzel (BP): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Interpellation lautet:

Die Bonner Ministerialbürokratie und Parteien des Bundestags verstärken seit geraumer Zeit ihre Anstrengungen, die im Grundgesetz vorhandenen föderalistischen und föderativen Elemente und Grundlagen einschränkend auszulegen und abzubauen, die Bundesrepublik zu einem zentralistischen Verwaltungsstaat zu entwickeln und die Länder zu Provinzialgebilden herabzuwürdigen.

Klar und deutlich ist diese hartnäckige Politik der Zentralisten bei der Verabschiedung des Gesetzes über ein Bundesamt für Verfassungsschutz und des Gesetzes über ein Bundeskriminalamt, bei der Kleinen Justizreform und bei der Verabschiedung des Flaggenrechtsgesetzes sichtbar geworden. Sie zeigte sich in den auf die Schaffung einer Bundespolizei und den auf die Errichtung von dreigegliederten (Bundesoberbehörde, Mittel- und Unterbehörden) Grenzschutzbehörden bezüglichen Vorarbeiten, Antragsstellungen und Gesetzesvorschlägen und bei den bisherigen Beratungen über die Errichtung eines Bundesaufsichtsamtes für privatrechtliches Versicherungswesen.

Neuerdings ist der Bundesminister des Innern mit dem Vorschlag und Plan hervorgetreten, eine Änderung des Grundgesetzes dahingehend vorzunehmen, daß für die Organisation der im Entwurf eines allgemeinen Lastenausgleichsgesetzes vorgesehenen Verwaltung eine Bundesauftragsverwaltung mit der Maßgabe eingerichtet wird, daß das Weisungsrecht gegenüber den Ländern schon einer oberen (nicht obersten) Bundesbehörde zustehen soll. Gewisse Parteikreise machen Stimmung dafür, den gegenwärtigen föderalistischen Aufbau des Zentralbanksystems (Bank deutscher Länder, Landeszentralbanken) durch das alte zentralistische „Reichsbanksystem“ zu ersetzen. Sogar der Bundesfinanzminister hat jüngst die Möglichkeit durchblicken lassen, daß eines Tages die finanzielle Auftragsverwaltung der Länder durch eine bundeseigene Verwaltung abgelöst werden könnte, und auf die bedenkliche Wahrscheinlichkeit hingewiesen, daß der Bund Teile der Einkommen- und der Körperschaftsteuer gemäß Art. 106 Abs. 3 und Art. 108 Abs. 2 BGG für sich in

Anspruch nehmen werde. Auch hinsichtlich der Betreuung und Aufteilung des ehemaligen Reichs- und Preußenvermögens (Art. 134 BGG) sind Kräfte am Werk, welche gegen die berechtigten Interessen der Länder gerichtet sind.

Wir fragen die Staatsregierung,

1. was sie zu tun gedenkt, um dieser unheilvollen Entwicklung auf das entschiedenste nicht nur mit verfassungsrechtlichen und grundgesetzlichen, sondern auch mit politischen Mitteln entgegenzuwirken.

2. ob sie bereit ist, den Plan der Einrichtung eines „Ständigen Länderbüros“ in Bonn aufzugreifen und im Benehmen mit den Staatsregierungen der übrigen Länder des Bundes zu prüfen?

Vizepräsident Hagen: Ich frage die Staatsregierung, ob und wann Sie gewillt ist, die Interpellation zu beantworten.

Dr. Ehard, Ministerpräsident: Ich bin bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Vizepräsident Hagen: Die Begründung ist ja schon erfolgt. Infolgedessen darf ich wohl annehmen, daß der Herr Ministerpräsident sofort sprechen kann. —

Dr. Etzel (BP): Herr Präsident! Ich muß wohl noch kurz zu der Frage des Ständigen Länderbüros eine Erklärung geben und darf auch noch einen weiteren Punkt ergänzen, Herr Ministerpräsident!

Zu den von mir aufgeführten Beispielen ist noch die Absicht des Bundes hinzuzufügen, die **Vermögenssteuer** in den Lastenausgleich einzubeziehen, also eine wichtige Finanzquelle der Länder ebenfalls unmittelbar für Bundeszwecke in Anspruch zu nehmen. Die einzelnen Fragen näher zu klären, ist vielleicht überflüssig, wenn auch nicht jedem Mitglied des Hohen Hauses der nähere Sachverhalt vollständig bekannt sein kann. Ich habe in der Interpellation am Schlusse angegeben, daß gewisse Kreise auch den föderalistischen Aufbau des Zentralbanksystems beseitigen wollen. Hierzu hat vor allem ein grundlegender Artikel des früheren preußischen Finanzministers und jetzigen Bundestagsabgeordneten Dr. Höpker-Aschoff in der „Neuen Zeitung“ Anlaß gegeben. Ich habe weiter darauf hingewiesen, daß starke Kräfte am Werk sind, die sich gegen die berechtigten Interessen der Länder hinsichtlich der Betreuung und Aufteilung des ehemaligen Reichs- und Preußenvermögens wenden. Hiezu darf ich darauf aufmerksam machen, daß der wirtschaftspolitische Ausschuß des Bundestags heute vormittag tagesordnungsgemäß eine Anfrage der FDP behandelt hat, die eine Art Interpellation war. Sie lautet:

„Artikel 134 Absatz 1 des Grundgesetzes bestimmt, daß Reichsvermögen grundsätzlich Bundesvermögen wird. Artikel 135 Absatz 6 bestimmt, daß Beteiligungen des preußischen Staates an Unternehmen des privaten Rechts auf den Bund übergehen.“

Es ist bekannt geworden, daß die Länder in ständig wachsendem Maße Verfügungen über Vermögenswerte treffen, die hiernach Bundes Eigentum geworden sind, und hierbei vielfach nicht übliche Bedingungen und Preise zum

(Dr. Etzel [BP])

Schaden dieser Vermögensmassen vereinbaren. Sie verfügen hierbei insbesondere über Vermögenswerte selbständiger oder juristischer Personen, deren Anteile nach den Vorschriften des Grundgesetzes dem Bund zustehen, und schädigen dadurch

— so behauptet diese Interpellation der FDP —

nicht nur den Bund, sondern auch die Gläubiger dieser Unternehmen.

In mehreren Fällen haben die Gerichte und Grundbuchämter die Verfügungsberechtigung der Länder in Zweifel gezogen. Es ist daraufhin versucht worden, diese Schwierigkeiten im Dienstaufsichtswege auszuräumen.

Wir fragen die Bundesregierung:

Sind ihr diese Verhältnisse bekannt? Was denken Sie zu tun, um solche Verfügungen in Zukunft zu verhindern?"

Zu der Einrichtung eines **Ständigen Länderbüros** darf ich mir mit wenigen Sätzen eine Erläuterung erlauben. Es besteht ein Justizkollegium; das ist ein Gremium der Justizminister der elf Bundesländer. Außerdem existiert eine Ständige Konferenz der Kultusminister. Im übrigen ist auch eine gewisse lose Zusammenarbeit der Innenminister der elf Länder zu beobachten gewesen. Wir sind der Auffassung, daß es möglich sein müßte, auf einem nicht institutionellen, also verfassungsrechtlichen Wege die konkurrierende Gesetzgebung des Bundes in zahlreichen Beziehungen entbehrlich zu machen. Ich erinnere daran, daß im Jahre 1949 der Bund zum Jahresende ein Amnestiegesetz verabschiedet hat. Ich stimme mit dem Herrn Ministerpräsidenten in der Auffassung überein, daß dieses Amnestiegesetz juristisch und strafpolitisch nicht das Non plus ultra ist, sondern ernste Bedenkenheiten enthält. Hier wäre eine Möglichkeit gewesen, der konkurrierenden Gesetzgebung des Bundes zuvorzukommen. Ich muß darauf hinweisen, daß nach dem Grundgesetz die Gesetzgebungsbefugnis der Länder auf allen Gebieten der konkurrierenden Gesetzgebung primär, die des Bundes aber subsidiär ist. Davon sollten die Länder Gebrauch machen. Sowohl im Artikel 70 als auch im Artikel 72 des Grundgesetzes kommt das klar zum Ausdruck. Artikel 70 sagt: „Die Länder haben das Recht der Gesetzgebung, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bunde Gesetzgebungsbefugnisse verleiht.“ Artikel 72 sagt: „Im Bereiche der konkurrierenden Gesetzgebung haben die Länder die Befugnis zur Gesetzgebung, solange und soweit der Bund von seinem Gesetzgebungsrecht keinen Gebrauch macht.“ Er kann aber einen Gebrauch nur dann machen, wenn ein Bedürfnis nach Maßgabe der Ziffern 1 bis 3 des Absatzes 2 des Artikels 72 besteht.

Ich darf weiterhin sagen, daß ein solches ständiges Länderbüro gar nichts anderes bedeuten würde als die mit verhältnismäßig kleinen Mitteln mögliche Zusammenfassung der bereits jetzt bestehenden Teileinrichtungen zu einem Gesamtapparat, der durchaus kein Konkurrenzunter-

nehmen zum Bundesrat sein soll, der aber die Möglichkeit hat, auch auf Gebieten, wo eine konkurrierende oder eine ausschließliche Gesetzgebung des Bundes nicht besteht, eine in den Grundlagen übereinstimmende gesetzgeberische Regelung zu versuchen und herbeizuführen. Als einen besonders aktuellen Fall möchte ich das derzeitige **Reichsleistungsgesetz** hervorheben. Das Reichsleistungsgesetz ist nur zu einem kleineren Teil Bundesrecht geworden, wenn man das überhaupt zugeben will, zum weitaus überwiegenden Teil aber zweifelsohne durch Rezeption Landesrecht. Nun entsteht die Frage: Kann der Bund dieses Reichsleistungsgesetz — diese Frage bewegt den Bundestag zur Zeit — überhaupt aufheben oder nicht? Er kann es nach meiner Meinung nicht aufheben. Hier bestünde eine Möglichkeit für ein solches ständiges Länderbüro, zu versuchen, das überwiegend als Länderrecht geltende Leistungsgesetz durch eine in den Grundlagen übereinstimmende Neuordnung zu ersetzen.

Ich bin der Meinung, daß wir auf diesem Wege zu einem besseren Einvernehmen und zu einer großen Beruhigung in der Gesetzgebung und zu einer stärkeren Zusammenarbeit kommen, als die Möglichkeiten des Grundgesetzes allein sie bieten, das allzu viele Konfliktskeime enthält. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Staatsregierung den Anregungen unserer Interpellation Folge geben könnte.

Vizepräsident Hagen: Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, das Wort zu nehmen.

Dr. Ehard, Ministerpräsident: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Zu der Interpellation darf ich folgendes ausführen: Der Staatsregierung sind natürlich die Bestrebungen bekannt, das **Grundgesetz** mehr nach der zentralistischen Seite zu entwickeln, als es auf der föderalistischen Linie zu belassen. Das Grundgesetz gibt ohne Zweifel eine gewisse Möglichkeit der Entwicklung nach der einen und nach der anderen Seite. Der Standpunkt, den die bayerische Staatsregierung dazu bisher eingenommen hat und jetzt einnimmt, ergibt sich grundsätzlich, glaube ich, völlig eindeutig aus der **Regierungserklärung**, auf die ich Sie verweisen darf. Es ist dort darauf hingewiesen, daß das Grundgesetz nach seiner jetzigen Grundrichtung verteidigt werden soll. Aus diesem Grunde, heißt es, wird die Regierung nicht nur theoretisch, sondern in allen Fragen, die vom Bunde her auf sie zukommen, ihr Verhalten gemäß dem verfassungsmäßigen, bundesstaatlichen Charakter der Bundesrepublik einrichten. Sie wird an den wesentlichen Grundlagen des Grundgesetzes unbedingt festhalten. Weiter ist ausgeführt, daß die Staatsregierung mit offenen Augen und sorgsam darüber wachen wird, daß **keine Verschiebung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern zu Ungunsten der Länder** eintritt und daß die den Ländern zustehenden Hoheitsgebiete unangetastet bleiben. Die Regierung wird sich auch gegen jede unnötige Errichtung eigener Mittel- und Unterbehörden des Bundes wenden. Ich darf Sie, um nicht zu wiederholen, was bereits ausführlich dargelegt worden ist,

(Dr. Ehard, Ministerpräsident)

insbesondere auch auf die Regierungserklärung zu den Finanzfragen und auf das Verhältnis zur Steuergesetzgebung des Bundes verweisen, die zum Teil natürlich auch in die durch das Grundgesetz vorgesehenen Rechte des Landes eingreift. Ich darf Sie darauf verweisen, daß in der Regierungserklärung auch dazu Stellung genommen worden ist, was die Verwaltung und die Aufteilung des Reichs- und preußischen Vermögens anlangt. Das ist der Standpunkt, den die Regierung grundsätzlich einnimmt. Die einzelnen Probleme, die in der Interpellation aufgeworfen worden sind, werden natürlich von dieser grundsätzlichen Linie aus behandelt, und von dieser grundsätzlichen Linie aus bestimmt sich auch die Einstellung der bayerischen Staatsregierung dazu.

Wenn nun gefragt wird, was die bayerische Staatsregierung tun kann oder will, um Tendenzen entgegenzutreten, die das Grundgesetz entgegen seinem Sinne und seiner Absicht ändern wollen, so darf ich sagen: Verfassungsrechtlich stehen dazu zur Verfügung zunächst einmal die Mittel, sich auf die **Verfassung** zu berufen, und diese Dinge insbesondere auch im **Bundesrat** zu unterstreichen. Aber die Beratungen im Bundesrat sind nicht die einzigen Möglichkeiten. Es besteht auch gleichzeitig die Möglichkeit, durch die Vertretungen der Länder, die diese bei der Bundesregierung eingerichtet haben, schon in den Vorbesprechungen oder im Vorstadium einer Gesetzesentwicklung, soweit es zugänglich ist, Einfluß zu nehmen, Vorbesprechungen zu führen und unter Umständen bereits gewisse Vorbehalte anzumelden oder, was ja wiederholt geschehen ist, darauf hinzuweisen, daß die oder jene Bestrebung mit der Verfassung nicht in Einklang zu bringen ist.

In dem Zusammenhang vielleicht gleich ein Wort zu der **konkurrierenden Gesetzgebung** des Bundes! Es besteht natürlich eine gewisse Neigung, eine Sache, die nun einmal angeblich leichter, wenn auch nicht besser, zentral zu erledigen ist, im Bundestag durch ein Bundesgesetz zu regeln und sich dabei auf das Recht der konkurrierenden Gesetzgebung zu stützen. Dabei ist, wie mir scheint, eines bisher noch nicht sehr stark beachtet worden, nämlich, daß auch die konkurrierende Gesetzgebung und die Inanspruchnahme dieser Gesetzgebung durch den Bund an **verfassungsrechtliche Voraussetzungen** gebunden ist. Es heißt nämlich in Artikel 72 Absatz 1 des Grundgesetzes:

solange und soweit der Bund von seinem Gesetzgebungsrechte keinen Gebrauch macht.

Der Bund aber — ich will es jetzt einmal etwas allgemeiner ausdrücken — soll von seiner konkurrierenden Gesetzgebung nur dann Gebrauch machen, wenn ein sachliches **Bedürfnis** dafür vorhanden ist. Und nun ist die Frage: Wer entscheidet das?

(Abg. Dr. Baumgartner: Sehr richtig!)

Wir haben bisher kein Instrument, darüber zu entscheiden. Dieses Instrument ist aber in der Verfassung vorgesehen. Es ist nämlich der **Bundesver-**

fassungsgerichtshof. Es wird sich bei dem einen oder anderen Fall sehr wohl die Möglichkeit ergeben, darauf hinzuweisen, daß man über diese verfassungsrechtliche Voraussetzung mit vielleicht allzu leichter Hand hinweggegangen ist

(Abg. Dr. Baumgartner: Sehr gut!)

oder bereit ist, darüber wegzugehen. Aber eine Entscheidung darüber, ob das Bedürfnis nun wirklich besteht, muß der Bundesverfassungsgerichtshof treffen. Wir würden keineswegs Anstand nehmen, diesen Bundesverfassungsgerichtshof auch anzurufen, wenn ein solcher Fall etwa akut werden sollte. Aber im Augenblick hängen da manche Dinge in der Luft, und es besteht immerhin die Möglichkeit, daß man da noch einige Überraschungen erlebt, wenn der Bundesverfassungsgerichtshof einmal in Tätigkeit ist. Wir haben ja auch in Bayern nach dieser Richtung einige Erfahrungen mit dem Verfassungsgerichtshof gemacht, und es ist durchaus möglich, daß solche Erfahrungen eines Tages auch im Bund gemacht werden.

Darüber hinaus bestünde, wie angedeutet worden ist, natürlich auch die Möglichkeit, durch **Einzelgesetze der Länder**, die aufeinander abgestimmt sind, ein Bundesgesetz überflüssig zu machen. Meine Damen und Herren! Der Versuch nach dieser Richtung ist wiederholt gemacht worden; aber es ist natürlich schwierig, wenn es sich um eine große Kreise berührende Materie handelt, elf Länder so aufeinander abzustimmen, daß alles ganz gleich geht und sich ohne Schwierigkeiten nebeneinander gestalten läßt. Man hat auch den Versuch gemacht, durch **Vereinbarungen der Länder** eine Regelung zu treffen, die sehr vernünftig wäre und den einzelnen Ländern zwar die Ausführung ließe, aber in der grundsätzlichen Linie eine Übereinstimmung herbeiführte. Das ist in verschiedenen Fällen gelungen und wird, wie ich hoffe, zum Beispiel auch bezüglich der Verwaltung des ehemaligen Reichsvermögens gelingen. Dadurch würde nämlich die Frage der materiellen Auseinandersetzung wesentlich vereinfacht und jedenfalls nicht akut und unvermittelt schnell auf uns zukommen. Aber zu diesen Ländervereinbarungen gehören immer zwei Teile: der eine, der etwas wünscht und vorschlägt, und der andere, vielleicht aus mehreren Untergliedern bestehende Teil, der bereit ist, sich auf eine solche Vereinbarung einzulassen. Aber es sind immerhin erfreuliche Ansätze nach dieser Richtung vorhanden und sie werden sich wohl vermehren lassen.

Was nun die Einrichtung des **Ständigen Länderbüros** anlangt, so darf ich auf eines hinweisen: Im Bundesrat setzen sich eine Reihe von Ausschüssen, praktisch bereits aus den Ressortministern gewisser Sachgebiete zusammen, seien es nun die Finanzminister, die ein besonderes Gewicht innerhalb des Finanzausschusses haben, seien es die Wirtschaftsminister, die ein solches innerhalb des Wirtschaftsausschusses des Bundesrats besitzen, oder die Ernährungsminister usw. Man muß sagen, daß sich auf der Ebene dieser Ausschüsse ein ausgezeichnetes Zusammenspiel der Länder entwickelt hat. Aus diesen verschiedenen Ausschüssen des Bundes-

(Dr. Ehard, Ministerpräsident)

rats sind bereits ganz vorzügliche Arbeiten und Gutachten hervorgegangen, die sehr sachlich fundiert sind und sehr überzeugend wirken. Sie haben auch auf die weitere Entwicklung der Gesetzgebung bereits Einfluß ausüben können.

Darüber hinaus können natürlich auch die einzelnen Ressortminister, ebenso wie beispielsweise auch einmal die Ministerpräsidenten, zusammenkommen. Aber das ist an sich keine verfassungsmäßige Einrichtung. Es ist vielleicht ein besonderer Fall, wenn sich die Kultusminister zu einer Konferenz zusammenfinden, weil ja ohnehin die Länder auf dem Gebiet der Kultur zuständig sind und ihre Zuständigkeit bisher nicht ernstlich bestritten worden ist und nach der Verfassung wohl auch nicht bestritten werden kann. Umgekehrt ist es aber notwendig, daß eine Abstimmung unter den einzelnen Ländern erfolgt; denn es geht natürlich nicht an, daß man beispielsweise irgendein Schulzeugnis in dem einen Land anerkennt und im anderen nicht und ähnliches mehr. Solche Dinge gibt es auch auf dem Gebiet der Justiz, wenn man zum Beispiel nach einer Möglichkeit sucht, die verschiedenen Arten von Rechtsprechung, die man ja nicht durch eine Weisung beeinflussen kann, durch eine Vereinbarung, durch eine Abgleichung, durch eine Aussprache gegenseitig zu erleichtern, die dann an die Präsidenten und an die Generalstaatsanwälte der Gerichte weitergetragen werden kann. Auf dem Gebiet der Innenminister ist dergleichen bezüglich des Polizeiwesens wiederholt geschehen.

Aber die Einrichtung eines Länderbüros in dem Sinne, daß gewissermaßen die Versammlung der einzelnen Ressortminister nunmehr durch eine Dachorganisation in Bonn zusammengefaßt werden sollte, bedarf natürlich erstens einmal der Zustimmung auch der anderen Länder. Außerdem wird man wahrscheinlich bei einem solchen Bestreben mit Schwierigkeiten von seiten der Bundesregierung, des Bundestags und vielleicht auch des Bundesrats rechnen müssen. Eine Übersteigerung nach dieser Richtung würde nach meiner Meinung der Sache mehr schaden als nützen. Man müßte die von mir angedeuteten vorhandenen Möglichkeiten ausnützen. Das geschieht bereits, und ich kann Ihnen versichern, daß das auch künftig geschehen wird.

Ich kann Ihnen dazu sagen, daß die Länder ohne Rücksicht auf die parteipolitische Zusammensetzung ihrer Regierungen in ihren diesbezüglichen Bestrebungen alle einig sind und daß sie in den Ausschüssen auf der Ebene des Bundesrats und in den verschiedenen Ressortbesprechungen innerhalb dieser Ausschüsse durchaus ihre Interessen zu wahren bereit und auch wohl in der Lage sind. — Das möchte ich zu dieser Interpellation in Kürze ausgeführt haben.

Präsident Dr. Stang: Wird aus dem Hause der Wunsch laut, an diese Beantwortung der Interpellation eine Besprechung anzuschließen? — Das ist nicht der Fall.

(Abg. Dr. Baumgartner: Herr Präsident!)

— Bittel!

Dr. Baumgartner (BP): Meine Fraktion verzichtet darauf, heute eine Generalbesprechung anschließen zu lassen, weil wir das Haus bitten werden, sich mit den Dingen, wenn sie jeweils zu einer Entscheidung herangereift sind, von Fall zu Fall zu befassen.

Präsident Dr. Stang: Im Anschluß an die Interpellation findet also eine Besprechung jetzt nicht statt. Damit ist diese Interpellation erledigt.

Wir haben damit alle sieben Interpellationen, die auf der Tagesordnung stehen, erledigt, bis auf eine, die noch zurückgestellt worden ist, weil die Antwort darauf erst später — vielleicht in 14 Tagen — erteilt werden kann.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich noch einer Pflicht genügen, bevor ich die Sitzung schließe. Gestern vormittag haben sich in den Räumen vor dem Landtag etwa 40 bis 50 Frauen zusammengefunden, die teilweise auch mit Plakaten ausgestattet waren, auf denen unter anderem das Verlangen zum Ausdruck kam: Gebt uns und unseren Kindern **Kohlen!** — Natürlich habe ich nicht alle 40 Frauen in meinem Zimmer empfangen können, sondern nur eine Abordnung von 3 bis 4 Frauen zu mir kommen lassen und den Herrn Wirtschaftsminister bewogen, an der Besprechung teilzunehmen. Wenn ich diese Angelegenheit jetzt kurz zur Sprache bringe, so geschieht es aus dem Gefühl heraus, daß ich diesen Frauen die Erfüllung meines Versprechens wirklich schuldig bin. Ich habe nämlich gesagt, daß heute nachmittag bei der politischen und allgemeinen wirtschaftlichen Aussprache die Möglichkeit gegeben ist, auch auf diese Sache zu sprechen zu kommen.

Das ist zwar nicht in ausdrücklicher Weise geschehen, aber ich glaube, im Einverständnis mit allen Mitgliedern des Hauses den Frauen versichern zu können, daß an alle anständigen Kaufleute der Appell gerichtet werden wird, bei der Verteilung der Kohlen nicht nach der gesellschaftlichen Herkunft zu fragen, sondern nach wirklich sozialen Geboten zu verfahren und allen Kohlen zuteil werden zu lassen, soweit die Kohlenhändler darüber verfügen.

Im übrigen hat der Herr Staatsminister für Wirtschaft, Dr. Seidel, den Frauen klar gemacht, aus welchen Gründen die Kohlenknappheit entstanden ist, nämlich aus der Verminderung der Lieferung aus anderen Kohlenländern (England, Belgien usw.), aus der Erhöhung der Exportquote bei uns und aus der nicht rechtzeitigen Eindeckung mit Kohlen im Sommer.

Ich wollte bitten, dieser Frage die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden, soweit es im Rahmen Ihrer Möglichkeiten liegt. Selbstverständlich können wir nicht nach den Bewirtschaftungsmethoden von früher verfahren; aber jedenfalls könnte doch irgendwie versucht werden, gerade durch die Vermittlung der Kohlenfachmänner oder der Obmänner, die in den einzelnen Landratsämtern und in den Städten aufgestellt worden sind, eine gewisse **Lenkung** herbeizuführen.

(Präsident Dr. Stang)

Für die Tagesordnung von morgen möchte ich folgendes bekanntgeben: Morgen gelangen zur Behandlung zunächst einmal die Berichte des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zu den Schreiben des Verfassungsgerichtshofs betreffend

- a) Antrag von Frau Sophie Spatz in Hurlach/Oberbayern, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Hans Keller, auf Feststellung der Nichtigkeit des Gesetzes über eine Volksbefragung bezüglich der Rückgliederung des Landkreises Friedberg in den Regierungsbezirk Oberbayern vom 11. März 1950 (GVBl. S. 50) — Beilage 50 —
- b) Antrag des Assessors Alfred Strohmaier in Passau auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des § 48 Absatz 3 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof vom 22. Juli 1947 (GVBl. S. 147) — Beilage 51 —
- c) Antrag des Strafrichters beim Amtsgericht Kitzingen, Gerichtsassessor Lungwitz, auf Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit der ortspolizeilichen Vorschrift der Stadt Kitzingen vom 29. April 1948 zum Schutz des Stadt-, Straßen- und Landschaftsbildes gegen verunstaltende Reklame (Beilage 52).

Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete Dr. Lacherbauer. Diese Angelegenheiten sollten heute bereits ihre Erledigung finden, konnten aber nicht behandelt werden, weil Herr Dr. Lacherbauer nicht anwesend war.

Weiter werden behandelt:

Berichte des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zu den Schreiben des Verfassungsgerichtshofs betreffend

- a) Antrag des Ingenieurs und Diplomkaufmanns Ludwig Meyerhain in München und weiterer Antragsteller auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Anordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung von Forderungen für den Lastenausgleich vom 29. September 1948 (Staatsanzeiger Nr. 40) und der 4. Bekanntmachung des Staatsministeriums der Finanzen vom 23. Februar 1949 zum Vollzug der Anordnung (Staatsanzeiger Nr. 9) — Beilage 61 —
- b) Antrag des Vorsitzenden des Schöffengerichts beim Amtsgericht Nürnberg, Oberamtsrichter Dr. Wilhelm, auf Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Ziffer 21 des Bayerischen Gesetzes Nr. 3 über die Bestrafung von Verfehlungen gegen die Anordnung der Besatzungsbehörden vom 16. Oktober 1945 (GVBl. Nr. 6 Seite 2) — Beilage 62 —,

— auch zu diesen Punkten ist Herr Dr. Lacherbauer Berichterstatte —

dann Berichte des Ausschusses für den Staatshaushalt

- a) zum Schreiben des Staatsministeriums des Innern betreffend Umwandlung der im Einzelplan III Kapitel 201 B ausgebrachten Stelle eines Staatssekretärs in die Stelle eines Ministerialdirektors (Beilage 63)

— Berichterstatte ist Herr Dr. Lacherbauer —

- b) zum Schreiben des Herrn Ministerpräsidenten betreffend Anbringung eines Vermerks bei der Planstelle des Präsidenten des Obersten Landesgerichts im Ausweis der planmäßigen Beamten des Einzelplans IV, Kapitel 302 (Beilage 64)

— Berichterstatte ist der Herr Abgeordnete von Haniel-Niethammer —

- c) zum Antrag der Abgeordneten Kaifer und Genossen betreffend Inangriffnahme der Schmutterregulierung (Beilage 66)

— Berichterstatte ist hier der Herr Abgeordnete Bachmann Georg.

Ich möchte noch bemerken, daß morgen auch eine Interpellation Lorenz Hagen und Fraktion (SDP) behandelt wird, die lautet:

Welche Maßnahmen gedenkt die bayerische Staatsregierung für den eigenen Bereich zu ergreifen, um jede ungerechtfertigte Steigerung der Preise, insbesondere die unerträgliche Erhöhung der Handelsspannen für Lebensmittel, Textilien, Schuhe, Kohle und die Verteuerung des Berufsverkehrs zu verhindern?

Ist die bayerische Staatsregierung außerdem bereit, sich bei der Bundesregierung für eine Wirtschaftspolitik einzusetzen, welche die unerträglichen Preissteigerungen verhindert und ferner eine ausreichende, preislich tragbare Versorgung aller Volksschichten mit den lebensnotwendigen Nahrungsmitteln und Gebrauchsgegenständen sicherstellt?

Der Interpellation ist eine Begründung beigegeben.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß morgen die Hauptveranstaltung der sogenannten Grünen Woche stattfindet. Jedenfalls wird eine große Anzahl von Kollegen an dieser Kundgebung teilnehmen. Deswegen wollen wir morgen die Sitzung bereits um 8 Uhr 30 Minuten beginnen, und um 10 Uhr 30 Minuten abbrechen, so daß wir zwei Stunden Zeit haben, um die Gegenstände der Tagesordnung zu beraten.

Das Haus ist damit einverstanden; ich stelle das fest.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 17 Uhr 36 Minuten)

